



Operationelles Programm Bremen

2014-2020

FÜR DEN

**EUROPÄISCHEN FONDS FÜR
REGIONALE ENTWICKLUNG**

Investitionen in Wachstum und Beschäftigung

(OP EFRE Bremen)

Genehmigt durch die Europäische Kommission am 02.12.2014



Europäische Union
Investition in Bremens Zukunft
Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung

Inhalt

1	Strategie für den Beitrag des operationellen Programms zur Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt	1
1.1	Beschreibung der Art und Weise, wie das Programm zur Umsetzung der Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beitragen soll	1
1.2	Begründung der Mittelzuweisungen	20
2	Beschreibung der Prioritätsachsen	25
2.1	Prioritätsachse 1: Stärkung eines spezialisierten, unternehmensorientierten Innovationssystems	25
2.2	Prioritätsachse 2: Diversifizierung u. Modernisierung d. Wirtschaftsstruktur	39
2.3	Prioritätsachse 3: Förderung CO ₂ -effizienter Wirtschafts- u. Stadtstrukturen	51
2.4	Prioritätsachse 4: Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze	68
2.5	Prioritätsachse für technische Hilfe	79
3	Finanzierungsplan	83
3.1	Mittelausstattung jedes Fonds u. Beträge d. leistungsgebundenen Reserve	83
3.2	Mittelausstattung insgesamt nach Prioritätsachse und nationaler Kofinanzierung	84
4	Integrierter Ansatz für die territoriale Entwicklung	87
4.1	Von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung (CLLD)	87
4.2	Integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung	87
4.3	Integrierte Territoriale Investitionen (ITI)	88
4.4	Vorkehrungen für interregionale und transnationale Maßnahmen im Rahmen der operationellen Programme mit Begünstigten aus mindestens einem anderen Mitgliedsstaat	88
4.5	Beitrag zu den geplanten Maßnahmen im Rahmen des Programms zu makroregionalen Strategien und Strategien für die Meeresgebiete, je nach den von dem Mitgliedsstaat ermittelten Erfordernissen des Programmgebietes	90
5	Besondere Bedürfnisse der ärmsten geografischen Gebiete oder der am stärksten von Diskriminierung oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Zielgruppen (falls zutreffend)	92
6	Besondere Bedürfnisse der Gebiete mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen (falls zutreffend)	93

7	Für Verwaltung, Kontrolle und Prüfung zuständige Behörden und Stellen sowie Aufgaben der jeweiligen Partner	94
7.1	Zuständige Behörden und Stellen	94
7.2	Einbindung der relevanten Partner in die Erstellung der operationellen Programme und Rolle dieser Partner bei Durchführung, Begleitung und Bewertung der operationellen Programme	95
8	Koordination zwischen den Fonds, dem ELER und dem EMFF sowie anderen nationalen und Unionsfinanzierungsinstrumenten und mit der EIB	99
8.1	Übergreifende Koordinationsmechanismen	99
8.2	Europäischer Sozialfonds (ESF)	100
8.3	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	101
8.4	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF)	101
8.5	Europäische Territoriale Zusammenarbeit	102
8.6	Relevante nationale und EU-Finanzierungsinstrumente, EIB	102
9	Ex-ante-Konditionalitäten	104
9.1	Ex-ante-Konditionalitäten	104
9.2	Beschreibung der Maßnahmen zur Erfüllung der Ex-ante-Konditionalitäten, zuständige Stellen und Zeitplan	114
10	Bürokratieabbau für die Begünstigten	116
11	Bereichsübergreifende Grundsätze	117
11.1	Nachhaltige Entwicklung	117
11.2	Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung	119
11.3	Gleichstellung von Männern und Frauen	121
12	Andere Bestandteile	125
12.1	Liste der geplanten Großprojekte	125
12.2	Leistungsrahmen des Operationellen Programms	125
12.3	Relevante Partner, die in die Erstellung des Programms eingebunden sind	127

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Begründung der ausgewählten thematischen Ziele und Investitionsprioritäten	18
Tabelle 2:	Überblick über die Investitionsstrategie des operationellen Programms	23
Tabelle 3:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 1	26
Tabelle 4:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 1a	28
Tabelle 5:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 2	29
Tabelle 6:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 1b	34
Tabelle 7:	Leistungsrahmen der Prioritätsachse 1	36
Tabelle 8:	Dimension 1: Interventionsbereich	38
Tabelle 9:	Dimension 2: Finanzierungsform	39
Tabelle 10:	Dimension 3: Art des Gebietes	39
Tabelle 11:	Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen	39
Tabelle 12:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 3	40
Tabelle 13:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische Outputindikatoren (PS) zur Investitionspriorität 3d	43
Tabelle 14:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 4	45
Tabelle 15:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische Outputindikatoren (PS) zur Investitionspriorität 3a	47
Tabelle 16:	Leistungsrahmen der Prioritätsachse 2	48
Tabelle 17:	Dimension 1: Interventionsbereich	50
Tabelle 18:	Dimension 2: Finanzierungsform	50
Tabelle 19:	Dimension 3: Art des Gebietes	50
Tabelle 20:	Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen	50
Tabelle 21:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 5	52

Tabelle 22:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 4b	56
Tabelle 23:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 6	58
Tabelle 24:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 4e	63
Tabelle 25:	Leistungsrahmen der Prioritätsachse 3	64
Tabelle 26:	Dimension 1: Interventionsbereich	66
Tabelle 27:	Dimension 2: Finanzierungsform	66
Tabelle 28:	Dimension 3: Art des Gebietes	66
Tabelle 29:	Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen	67
Tabelle 30:	Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 7	69
Tabelle 31:	Gemeinsame (GI) und programmspezifische Outputindikatoren (PS) zur Investitionspriorität 9b	75
Tabelle 32:	Leistungsrahmen der Prioritätsachse 4	76
Tabelle 33:	Dimension 1: Interventionsbereich	78
Tabelle 34:	Dimension 2: Finanzierungsform	78
Tabelle 35:	Dimension 3: Art des Gebietes	78
Tabelle 36:	Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen	79
Tabelle 37:	Outputindikatoren der Prioritätsachse für technische Hilfe	81
Tabelle 38:	Dimension 1: Interventionsbereich	82
Tabelle 39:	Dimension 2: Finanzierungsform	82
Tabelle 40:	Dimension 3: Art des Gebietes	82
Tabelle 41:	Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen	82
Tabelle 42:	Gesamtfinanzierungsplan nach Jahresscheiben	83
Tabelle 43:	Finanzierungsplan des Operationellen Programms nach Prioritätsachsen einschließlich Kofinanzierung	84
Tabelle 44:	Aufschlüsselung des Finanzplans nach Prioritätsachse, Fonds, Regionenkategorie und thematischen Zielen	85

Tabelle 45:	Als Richtwert dienender Gesamtbetrag der für die Klimaschutzziele vorgesehenen Unterstützung	86
Tabelle 46:	Zuständige Behörden und Stellen	94
Tabelle 47:	Geltende Ex-ante-Konditionalitäten und Bewertung, ob diese erfüllt sind	106
Tabelle 48:	Maßnahmen zur Erfüllung der geltenden thematischen Ex-ante-Konditionalitäten	114

1 Strategie für den Beitrag des operationellen Programms zur Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt¹

- 1.1 Beschreibung der Art und Weise, wie das Programm zur Umsetzung der Unionsstrategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beitragen soll

Eckpunkte der bremischen EFRE-Strategie und Beitrag zur Europa-2020-Strategie

Die Europäische Union hat im Jahr 2010 die Europa-2020-Strategie vorgelegt. Die Strategie soll das wirtschaftspolitische Handeln der Europäischen Union neuausrichten und damit ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa fördern.² Laut Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates gibt die EU-2020-Strategie zudem den Rahmen für die inhaltliche Ausgestaltung der aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) finanzierten Programme und Maßnahme vor und ist somit auch für die Ausrichtung der EFRE-Strategie handlungsmaßgebend. Dies wird in der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen ausdrücklich begrüßt.³ Im Folgenden wird dargestellt, wie die Strategie des bremischen EFRE-Programms die regionalen Bedarfe und Herausforderungen des Landes Bremen reflektiert und dabei einen Beitrag zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum im Sinne der Europa-2020-Strategie leistet.

Den strategischen Rahmen für die künftige Strukturpolitik des Landes hat die Landesregierung der Freien Hansestadt Bremen im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode festgelegt. Die Ziele der Europa-2020-Strategie sind demnach

1 Für den im Folgenden beschriebenen Förderrahmen des EFRE-Programms gilt, dass jegliche staatliche Finanzierung zum Zeitpunkt ihrer Gewährung die verfahrens- und materialrechtlichen Bedingungen der staatlichen Beihilfavorschriften erfüllt. In Fällen, in denen Großunternehmen Unterstützung aus dem EFRE erhalten werden, wird die Verwaltungsbehörde sicherstellen, dass in Folge der finanziellen Unterstützung für das Großunternehmen kein signifikanter Arbeitsplatzverlust an anderen bestehenden Standorten des Großunternehmens innerhalb der Union entsteht.

2 Europäische Kommission (2010): EUropa-2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020 endgültig.

3 Freie Hansestadt Bremen 2012: "EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen"; hier: Seite 3.

„auch die Ziele bremischer Strukturpolitik, umgesetzt unter den besonderen lokalen und regionalen Bedingungen“.⁴ Basis für die integrierte und mit den Landesstrategien verknüpfte Umsetzung des EFRE-Programms 2014-2020 im Land Bremen sind eine Reihe von landespolitischen Fachprogrammen und -konzepten. Das „Strukturkonzept Bremen 2020“⁵ bildet dabei den strategischen Rahmen für die Strukturpolitik des Landes insgesamt und ist damit die gemeinsame Dachstrategie für den Einsatz des EFRE, andere Fachpolitiken des Wirtschaftsressorts sowie auch für das in enger Abstimmung mit der EFRE-Programmplanung entwickelte bremische ESF-Programm. Zudem ist die EFRE-Strategie maßgeblich mit den anderen zentralen fachpolitischen Strategien des Landes verknüpft, wie z.B. mit dem Innovationsprogramm 2020, der Clusterstrategie 2020, dem Klimaschutz und Energieprogramm (KEP) 2020 und dem Leitbild Bremen 2020.

Auf Basis der Befunde aus der sozio-ökonomischen Analyse für das Land Bremen werden im Folgenden zunächst die Eckpunkte der bremischen EFRE-Strategie skizziert und die thematischen Ziele hergeleitet, bevor dann im weiteren Verlauf des Kapitels der strategische Ansatz im Kontext der EU 2020-Strategie dargestellt und begründet wird.

Regionale Bedarfe und Eckpunkte für die bremische EFRE-Strategie

Das Land Bremen, bestehend aus den beiden Großstädten Bremen und Bremerhaven, ist im europäischen Maßstab eine wirtschaftlich starke Region. Bremen ist heute einer der bedeutendsten Industriestandorte in Deutschland und verfügt über eine solide mittelständische und breite Unternehmensbasis. Die auch im internationalen Vergleich bedeutende Position Bremens in ausgewählten Wirtschaftszweigen und Technologiefeldern ist u.a. das Ergebnis einer kontinuierlichen regionalen Struktur- und Innovationspolitik, die den seit über dreißig Jahren andauernden, tiefgreifenden Strukturwandel im Land zielgerichtet flankiert hat.

Kernelemente der ressortübergreifend angelegten Innovationspolitik sind und waren insbesondere der Aufbau wissenschaftlicher Infrastrukturen und anwendungsnaher FuE-Zentren im Zusammenspiel mit bedarfsgerecht zugeschnittenen Instrumenten zur Unterstützung von FuE-Verbundprojekten zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Insbesondere mithilfe der EFRE-Förderung

⁴ Koalitionsvereinbarung 2011-2015: „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015“, Bremen, Seite 8.

⁵ Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2014); Strukturkonzept Land Bremen 2020

hatte die bremische Innovationsstrategie dabei in den vergangenen Förderperioden eine große Impulswirkung für die Entwicklung international bedeutsamer Kompetenzzentren, die Forcierung von FuE-Aktivitäten im unternehmerischen Bereich, die Schaffung wissensbasierter Arbeitsplätze und damit eine konstitutive Rolle bei der Entstehung und Weiterentwicklung von Clustern sowie der intelligenten Diversifizierung und Spezialisierung der bremischen Wirtschaftsstruktur.⁶ An diesen Erfolgen der regionalen Struktur- und Innovationspolitik will das bremische EFRE-Programm auch in der Förderperiode 2014-2020 anknüpfen. Die Unterstützung des Innovationsprogramms 2020 und der Clusterstrategie 2020 - zusammengekommen die bremische „Smart-Specialisation-Strategy“- bildet daher den strategischen Kern des künftigen EFRE-Programms.

Als Zwei-Städte-Staat und Wirtschaftsstandort mit ehemals großen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteilen in schrumpfenden und stagnierenden Wirtschaftsbereichen sieht sich das Bundesland Bremen jedoch auch heute noch mit besonderen, strukturwandelbedingten Problemen und Herausforderungen konfrontiert, die durch das EFRE-Programm adressiert werden sollen:

- Starke Strukturbrüche insbesondere im Schiffbau und der Fischereiindustrie sowie Rationalisierungs- und Stagnationstendenzen in der Hafen-, sowie Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft führten bis in die 1990er Jahre hinein zu enormen Arbeitsplatzverlusten und bis heute entsprechend zu weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten in Bremen und Bremerhaven. Hinzu kommt, dass Arbeitsplatzzuwächse in den vergangenen Jahren signifikant durch den Anstieg atypischer Beschäftigung gekennzeichnet waren, so dass das Land trotz der Erfolge im Strukturwandel heute im Bundesvergleich einen überdurchschnittlich hohen Anteil an prekären Arbeitsverhältnissen aufweist. Hiervon sind Frauen häufiger betroffen als Männer.
- Die Betriebsgrößenstruktur der bremischen Wirtschaft wird heute stärker als andernorts durch Produktions- und Zweigwerke von Großunternehmen geprägt. Diese haben ihre Konzernzentralen und damit meist auch ihre Entscheidungs- und FuE-Funktionen weitgehend außerhalb Bremens. Eine langfristig unterdurchschnittliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts,

⁶ Schlussfolgerung aus der Evaluierung im Rahmen der EFRE-Förderperiode 2007-2013: PROGNOSE (2010): „Analyse zu den Wirkungen der EFRE-Förderung auf das regionale Innovationssystem im Land Bremen und daraus abgeleitete Handlungsoptionen für die Fortführung des RWB-Ziels nach 2013“; Bremen, 11.02.2010

der betrieblichen Investitionstätigkeit und der Kapitalintensität sowie vergleichsweise geringe FuE-Leistungen der Wirtschaft und eine starke Exportabhängigkeit zeigen die weiterhin bestehenden, strukturwandelbedingten Schwächen und Abhängigkeiten der bremischen Wirtschaft.

- Die Folgen des Strukturwandels im Land Bremen konzentrieren sich räumlich besonders stark in bestimmten Stadtgebieten, die sich - ausgehend v.a. vom massiven Beschäftigungsabbau - heute in einer kumulativen Abwärts Spirale mit mittlerweile äußerst vielfältigen, ausgeprägten und sich gegenseitig verstärkenden Entwicklungshemmnissen und -defiziten und besonderen Herausforderungen (Arbeitsmarktzugang, Bildungs- und materielle Armut, soziale und ethnische Integration, bauliche, funktionale und ökologische Missstände, Versorgung und lokale Ökonomie, etc.) befinden. Durch die Konzentration von sozialen Problemlagen in bestimmten Stadtgebieten vergrößern sich die Gefahren von sozialer Ausgrenzung, Marginalisierung und Armut.

Als urbaner, küstennaher und stark von der Wirtschafts- und Industrieentwicklung geprägter Standort kommt dem Land Bremen zudem eine besondere Rolle mit Blick auf den Klimawandel und die Entwicklung klimafreundlicher Wirtschafts- und Stadtstrukturen zu. Dabei zeigen aktuelle Bilanzen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen im Land Bremen, dass die regionalen Anstrengungen zur CO₂-Reduktion verstärkt werden müssen, um die EU-2020-Ziele sowie die ambitionierten Einsparziele des regionalen Klimaschutz- und Energieprogramm (KEP 2020) bis 2020 zu erreichen. Dies betrifft u.a. die Steigerung der Energieeffizienz im betrieblichen Bereich und v.a. im verarbeitenden Gewerbe, in dem die CO₂-Emissionen seit 1990 deutlich weniger stark gesunken sind, als bei anderen Verbrauchergruppen. Zwar sind die betrieblichen Emissionen auch stark von der konjunkturellen Lage abhängig, es gibt aber Anzeichen dafür, dass Unternehmen, insbesondere KMU, ihre Energie- und CO₂-Reduktionspotenziale - und effizienzseitig damit auch zentrale Kosteneinsparpotenziale - bisher in einem geringeren Maß nutzen, als dies langfristig gesehen aus ökonomischer, technischer und ökologischer Sicht sinnvoll wäre. Darüber hinaus besteht für Bremen und Bremerhaven die Chance, verstärkt das besonders in Städten vorhandene Potenzial räumlich integrierter Klimaschutzkonzepte zu nutzen und diese ganzheitlich und unter den spezifischen lokalen Bedingungen im urbanen Raum umzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde ist es daher das übergeordnete Ziel des bremischen EFRE-Programms,

- die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation basierenden, ressourcenschonenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft mit existenzsichernden und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen für Frauen und Männer zu forcieren,
- regionale Klimaschutzpotenziale stärker zu nutzen sowie
- den sozialen und räumlichen Zusammenhalt in den Städten Bremen und Bremerhaven zu stärken.

Bremen konzentriert sein EFRE-Programm daher auf die folgenden thematischen Ziele (TZ):

- TZ 1 „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“,
- TZ 3 „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“,
- TZ 4 „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“,
- TZ 9 „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“.

Einordnung der bremischen EFRE-Strategie in den Kontext von EU 2020 Intelligentes Wachstum

Zur erfolgreichen Anpassung Bremens an den Strukturwandel hat in den vergangenen Jahren insbesondere die gezielte, ressortübergreifende Innovationspolitik des Landes beigetragen, die gemäß dem bremischen Innovationsprogramm 2020 und der Clusterstrategie 2020 auf den vorhandenen Kompetenzen aufbaut, sich auf die starken innovativen Branchen und Technologien der bremischen Wirtschafts- und Wissenschaftsstruktur fokussiert, aber - unter Berücksichtigung der bestehenden regionalen Technologiepfade und Kompetenzen - auch auf die Erschließung neuer strategischer Zukunftsfelder ausgerichtet ist, mit denen die Kernkompetenzen des Landes vertieft oder diversifiziert werden können.

Als bremische „Smart-Specialisation-Strategy“ leistet die Innovations- und Clusterstrategie des Landes dabei einen direkten Beitrag zur Europa-2020-Strategie, die mit Blick auf die Priorität „intelligentes Wachstum“ das Thema „Innovation“ zu einem übergeordneten politischen Ziel erklärt hat⁷ und konkret vorsieht, dass bis zum Jahr 2020 EU-weit 3% des BIP in FuE-Aktivitäten investiert werden sollen. Die Unterstützung der Innovations- und Clusterstrategie des Landes ist ein zentraler Kern des bremischen EFRE-Programms. Mit der Auswahl des thematischen Ziels 1 „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“ wird somit ein signifikanter Beitrag zum intelligenten Wachstum und zur europäischen Leitinitiative „Innovationsunion“ geleistet.

Thematisches Ziel 1: Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation

Der wesentliche Ansatzpunkt der bremischen Innovationsstrategie ist die Entwicklung wissenschaftlicher Infrastrukturen und anwendungsnaher FuE-Zentren in Kombination mit einem bedarfsgerecht zugeschnittenen Förderinstrumentarium zur Unterstützung von einzel- und zwischenbetrieblichen FuE-Vorhaben sowie der Kooperationen zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Dieser Ansatz wird mit dem vorliegenden EFRE-Programm verstärkt und zielgerichtet in der Prioritätsachse 1 „Stärkung eines spezialisierten und unternehmensorientierten Innovationssystems“ fortgeführt.

Das zentrale Ziel der Achse liegt angesichts der Befunde aus der sozio-ökonomischen Analyse dabei in der Steigerung der FuE-Aktivitäten in den bremischen Unternehmen. Die Unterstützung öffentlicher und infrastruktureller Kapazitäten im Zusammenhang mit verschiedenen Ansätzen des Technologie- und Wissenstransfers hat eine hohe Bedeutung, ist aber kein Selbstzweck, sondern vielmehr ein Instrument, um betriebliche FuE-Aktivitäten zu forcieren.

⁷ MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN: Leitinitiative der Strategie Europa 2020, Innovationsunion, hier: S. 3

Investitionspriorität 1a) Ausbau der Infrastruktur im Bereich Forschung und Innovation (F&I) und der Kapazitäten für die Entwicklung von F&I-Spitzenleistungen; Förderung von Kompetenzzentren, insbesondere solchen von europäischem Interesse

Die anwendungsorientierten, öffentlichen und außeruniversitären FuE-Einrichtungen sind auch überregional eine besondere Stärke des Landes, vor allem in den in der Innovations- und Clusterstrategie identifizierten Wertschöpfungsketten und Spezialisierungen. Sie sind konstitutiv für den Aufbau und die langfristige Weiterentwicklung leistungsfähiger Cluster im Land Bremen, weil sie Technologietrends und -anwendungen in den Clustern über die kurz- bis mittelfristige Nachfrage- und Marktentwicklung hinaus antizipieren und somit für die Region nutzbar machen (Antennenfunktion).

Neben ihrer regionalen Antennen- und Leuchtturmfunktion sind die Einrichtungen aber auch ganz konkret wichtige Kooperationspartner für technologieorientierte Unternehmen im Rahmen von Innovationsprozessen (regionale Transferfunktion). Da gerade kleinen und mittleren Betrieben häufig die Ressourcen fehlen, um kontinuierlich eigenständig FuE zu betreiben, sind sie auf den Bezug externer FuE-Dienstleistungen angewiesen. In stabilen regionalen Innovationssystemen nehmen forschungsaktive Großunternehmen mit regionaler Entscheidungskompetenz in diesem Zusammenhang wichtige Transferfunktionen für kleinere technologieorientierte Unternehmen wahr. Da solche Großunternehmen im bremischen Innovationssystem aber unterrepräsentiert sind, ist die regionale Transferfunktion der anwendungsnahen FuE-Einrichtungen im Land Bremen von besonderer Bedeutung. Durch strategische Kooperationsvorhaben und eine frühzeitige Vernetzung mit den wenigen, in Bremen ansässigen forschungsaffinen Großunternehmen können die Zentren darüber hinaus eine wichtige Plattformfunktion mit Blick auf die stärkere Standortbindung dieser Unternehmen sowie ihre Einbindung in das regionale Innovationssystem übernehmen.

Ein Schwerpunkt für die Steigerung von FuE-Kapazitäten in anwendungsnahen FuE-Einrichtungen ist entsprechend der Ausbau in solchen Feldern, in denen die regionale Wirtschaftsstruktur besondere Stärken aufweist, also insbesondere in den drei bremischen Clustern Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft/Logistik. Da in diesen Feldern überwiegend Männer beschäftigt sind, soll bei künftig zu schaffenden Kapazitäten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigt werden.

Investitionspriorität 1b) Förderung von Investitionen der Unternehmen in F&I, Aufbau von Verbindungen und Synergien zwischen Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungszentren und dem Hochschulsektor (...)

Nur durch das direkte Engagement von Unternehmen lassen sich Innovation und technologische Neuerung für regionalwirtschaftliche Wachstumsprozesse nutzen. Trotz der Erfolge in den letzten Jahrzehnten zeigt die sozio-ökonomische Analyse im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation für das Land Bremen nach wie vor einen deutlichen Nachholbedarf bei den FuE-Aktivitäten in Betrieben und Unternehmen. Die hierfür ursächliche geringe regionale Präsenz von Großunternehmen mit eigenen FuE-Kapazitäten und der hohe Anteil von kleinen Unternehmen mit nur sehr geringen FuE-Eigenkapazitäten sind dabei zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Vor diesem Hintergrund stehen im Rahmen dieser Investitionspriorität die bislang im Land Bremen bewährten Ansätze zur Förderung der betrieblichen Forschung, Entwicklung und Innovation im Vordergrund, die über verschiedene Richtlinien zur betrieblichen bzw. Verbundforschungsförderung umgesetzt werden. Die Förderung ist direkt auf die Steigerung der FuE-Aktivitäten in den Unternehmen ausgerichtet mit dem Ziel, ihre Innovationsfähigkeit zur Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen nachhaltig zu stärken und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Sie ist grundsätzlich technologieoffen ausgestaltet, zwei Programmansätze zielen aber insbesondere auf die Förderung von FuE-Vorhaben ab, die Klima- und Umweltinnovationen hervorbringen sollen.

Voraussetzung für die Entwicklung von Prozess- und Produktinnovationen im Land ist der Transfer von Wissen und Information zwischen den verschiedenen Akteuren des bremischen Innovationssystems.⁸ Als verknüpfendes Element legt die EFRE-Förderung aufbauend auf der Entwicklung der infrastrukturellen Kapazitäten und der direkten betrieblichen FuE-Förderung deshalb ein besonderes Augenmerk auf den Technologie- und Wissenstransfer, wobei - mit einem Fokus auf die KMU - alle Transferpfade konsequent ausgebaut und genutzt werden. Dabei sollen auch Chancen zur Innovation durch die intelligente Verknüpfung des Industrie- und des Dienstleistungssektors in den Schwerpunktfeldern wahrgenommen werden. Grundlage ist auch hier die bremische Innovationsstrategie als integrier-

⁸ Ein Ansatz, der alle Akteure des regionalen Innovationssystems in den Blick nimmt, wird auch im sogenannten Positionspapier für Deutschland hervorgehoben. Siehe: Europäische Kommission (2012): Stellungnahme der Kommissionsdienststellen zur Vorbereitung der Partnerschaftsvereinbarung und der Programme in Deutschland für den Zeitraum 2014-2020.

tes Konzept mit einem ganzheitlichen Blick auf die verschiedenen Elemente und Akteure des regionalen Innovationsystems und ihre wechselseitigen Beziehungen.

Nachhaltiges Wachstum

Fokus der EU 2020 Priorität zum nachhaltigen Wachstum ist die Förderung einer ressourceneffizienteren, umweltfreundlicheren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft. In der Leitinitiative „Industriepolitik“ steht dabei die Verbesserung der Produktivität des verarbeitenden Gewerbes und der mit ihm verbundenen Dienstleistungen als Fundament für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Kernstück der neuen integrierten Industriepolitik der EU ist dabei die Förderung von KMU (Gründung, Entwicklung und Internationalisierung) und die Entwicklung starker, wettbewerbsfähiger und breitgefächerter Wertschöpfungsketten im verarbeitenden Gewerbe.⁹ Als einen der entscheidenden Faktoren der Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa sieht die Europäische Kommission in dieser Priorität der EU 2020 Strategie aber auch eine effizientere Ressourcennutzung in den Unternehmen, die wirtschaftliche Perspektiven eröffnet, die Produktivität steigert, die Kosten drosselt und die Wettbewerbsfähigkeit stärken soll (Leitinitiative Ressourcenschonung).¹⁰

Vor dem Hintergrund der Befunde aus der sozio-ökonomischen Analyse adressiert die EFRE-Strategie des Landes Bremen beide Leitinitiativen zum nachhaltigen Wachstum und fokussiert sich mit dem EFRE-Programm entsprechend auf die thematischen Ziele 3 und 4.

Die Notwendigkeit für den Fokus des EFRE-Programms auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und die Entwicklung starker Wertschöpfungsstrukturen im verarbeitenden Gewerbe wird v. a. mit Blick auf die Beschäftigungssituation im Land Bremen, die vergleichsweise geringe Investitionsquote und Kapitalintensität der bremischen KMU sowie unterdurchschnittliche Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen deutlich. Trotz der zurückliegenden Erfolge bei der Diversifizierung und Modernisierung seiner Wirtschaftsstruktur ist das Land Bremen auch heute noch erheblich mit den Folgen des Strukturwandels konfrontiert. Strukturpolitische

9 MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN: Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung. Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit, hier S. 3

10 MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN: Ressourcenschonendes Europa, hier S. 3

Maßnahmen der Unternehmensförderung dürfen vor diesem Hintergrund nicht nur auf die forschungsintensiven und technologieorientierten Betriebe abzielen. Die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben und die damit verbundene Schaffung und Sicherung von Beschäftigung für möglichst alle potenziellen Bevölkerungsgruppen muss in der ganzen Breite der bremischen Wirtschaftsstruktur adressiert werden, um die genannten Defizite angehen zu können.

Große Chancen für den regionalen Strukturwandel ergeben sich für das Land Bremen mit Blick auf ein nachhaltiges, klima- und ressourcenschonendes Wachstum. Dies betrifft zum Einen die ökologische Modernisierung der regionalen Wirtschafts- und Industriestruktur, denn nur solche Unternehmen sind langfristig wettbewerbsfähig, die in ihre Ressourcen- und Energieeffizienz investieren. Zum Anderen ergeben sich durch die Energiewende für die Unternehmen im Land Marktchancen in Branchen, in denen Bremen besondere regionale Stärken aufweist, wie z.B. in der Offshore-Windenergie oder in Querschnittstechnologien (Materialforschung, Robotik, Fertigungstechnologien). Diese Chancen gilt es durch den Einsatz von EFRE-Mitteln verstärkt zu nutzen.

Thematisches Ziel 3: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der deutschen wie auch der bremischen Wirtschaft. Für Bremen als nach wie vor altindustriell geprägte Region ist das Potenzial von KMU, ein beschäftigungsschaffendes Wachstum zu unterstützen, von besonderer Bedeutung. Gleichzeitig sind KMU im Wettbewerb jedoch mit größenbedingten Nachteilen konfrontiert. Die Verbesserung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit von KMU ist daher ein strategischer Kernbestandteil des bremischen EFRE-Programms.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen und zur Weiterentwicklung, Modernisierung und Anpassung der Unternehmens- und Branchenstruktur einer Region an den Strukturwandel sind betriebliche Investitionen. Vor allem Ausrüstungsinvestitionen sind der zentrale Transmissionsriemen für den Transfer von technologischem Fortschritt in die Unternehmen, die langfristig zu einer Anpassung und Modernisierung des unternehmerischen Kapitalstocks einer Region beitragen. Im Rahmen einer Zwischenevaluierung zur betriebsbezogenen Wirtschaftsförderung im Land Bremen wurde vor diesem Hintergrund festgestellt, dass die Förderung betrieblicher Investitionen mit verschiedenen Instrumenten und mit Blick auf das gesamte Spektrum der bremit-

schen Wirtschaftsstruktur deshalb von hoher Bedeutung für das bremische EFRE-OP ist.¹¹

Ein weiteres wichtiges Ziel, das der EFRE mit Blick auf die Modernisierung der regionalen Branchenstruktur und die Entwicklung starker Wertschöpfungsstrukturen im Land Bremen in den Fokus nimmt, sind Unternehmensgründungen. Durch neue Unternehmen entstehen Arbeitsplätze und es werden zusätzliche Wertschöpfungspotenziale in der Region genutzt. Durch Existenzgründungen wird ebenso der regionale Unternehmensbestand „erneuert“ und es ergibt sich insgesamt ein Diversifizierungseffekt mit Blick auf die regionale Branchenstruktur.

Investitionspriorität 3d) Unterstützung der Fähigkeit von KMU, sich am Wachstum der regionalen, nationalen und internationalen Märkte sowie am Innovationsprozess zu beteiligen

Mit der Auswahl dieser Investitionspriorität soll durch die EFRE-Förderung im Land Bremen insbesondere die Investitionstätigkeit von KMU gesteigert werden, die eine wesentliche Voraussetzung für KMU ist, um in Wachstums- und Innovationsprozess einzutreten. Kern ist die betriebliche Investitionsförderung, die in Bremen mit dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) umgesetzt wird. Die LIP-Förderung erfolgt im EFRE dabei durch Finanzinstrumente, wie z.B. Darlehen, denn Investitionshemmnisse in KMU bestehen - angesichts der niedrigeren Eigenkapitalquote in Kombination mit den Eigenkapitalvorschriften aus Basel II und III - insbesondere bzgl. der Verfügbarkeit von Fremdkapital.¹² Durch die Gewährung von Investitionsdarlehen könnten Finanzierungsschranken und Liquiditätsengpässe überwunden und die Finanzierungsrisiken gesenkt werden.¹³

Markunvollkommenheiten bzgl. betrieblicher Investitionsbedarfe sind insbesondere für bestehende Klein- und Kleinstunternehmen und kleine Existenzgründungen zu konstatieren, speziell mit Blick auf die Finanzierung geringer Investitionsvolumina sowie notwendiger Betriebs- und Arbeitsmittel. Vor diesem Hintergrund

11 Schlussfolgerung aus der Evaluierung im Rahmen der EFRE-Förderperiode 2007-2013: GEFRA (2012): „Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen, insbesondere mit Blick auf die Förderperiode 2014-2020 des EFRE“; Münster / Bremen, November 2012

12 Entsprechend empfehlen auch die Kommissionsdienststellen für die kommende Förderperiode für die deutschen Regionen die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln. Siehe: Europäische Kommission (2012): Stellungnahme der Kommissionsdienststellen zur Vorbereitung der Partnerschaftvereinbarung und der Programme in Deutschland für den Zeitraum 2014-2020.

13 GEFRA/MR Gesellschaft für Regionalberatung (2012): Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen, insbesondere mit Blick auf die Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

könnten mit dem bremischen EFRE-Programm in dieser Investitionspriorität auch Mikrokredite gefördert werden.

Investitionspriorität 3a) Förderung des Unternehmergeists, insbesondere durch Erleichterung der wirtschaftlichen Nutzung neuer Ideen und Förderung von Unternehmensgründungen, auch durch Gründerzentren

Unternehmerische Initiative und die Bereitschaft, ein eigenes Unternehmen zu gründen, sind für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit einer Region von großer Bedeutung. Insbesondere für wissensintensive Unternehmensgründungen bestehen in Bremen mit der starken öffentlichen Forschungslandschaft gute Anknüpfungspunkte. Obwohl die Gründungsintensität im Bundesländervergleich in Bremen als Stadtstaat nicht durchgehend unbefriedigend ist, zeigt ein Vergleich der Stadt Bremen zu anderen deutschen Großstädten ein Defizit bei der Neuerichtungs- und Betriebsgründungsquote. Konform mit der Empfehlung der Kommissionsdienststellen, in Deutschland Unternehmensgründungen stärker zu fördern¹⁴, ist es daher Ziel des bremischen EFRE-Programms das Gründungspotenzial unter besonderer Berücksichtigung wissensintensiver Bereiche besser auszunutzen.

Thematisches Ziel 4: Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft

Die klima- und energiepolitischen Ziele des Landes Bremen wurden Ende 2009 im Klimaschutz und Energieprogramm (KEP) 2020¹⁵ verabschiedet. In diesem integrierten, ressortübergreifenden Programm wurde vereinbart, die CO₂-Emissionen im Land bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken.¹⁶ Damit setzt sich Bremen ein ehrgeizigeres Ziel als in der Europa-2020-Strategie verankert.

Szenarienberechnungen des KEP und aktuelle Ergebnisse aus dem KEP-Monitoring zeigen, dass auch unter Berücksichtigung der bisher geplanten Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler und Landesebene das Land bis 2020 sein ambitioniertes Ziel nicht erreichen kann und die bisherigen Anstrengungen verstärkt werden müssen. Daher wird das Land in der Förderperiode 2014-2020 ent-

14 Europäische Kommission (2012): Stellungnahme der Kommissionsdienststellen zur Vorbereitung der Partnerschaftsvereinbarung und der Programme in Deutschland für den Zeitraum 2014-2020.

15 Freie Hansestadt Bremen (2009): Klimaschutz- und Energieprogramm 2020, Zugleich Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms gemäß § 13 des Bremischen Energiegesetzes.

16 Die Emissionen der Stahlindustrie als konjunkturabhängiger Bereich, der dem europäischen Emissionshandel unterliegt, werden nicht in die Zielbetrachtung für das Land eingeschlossen.

sprechend auch EFRE-Mittel einsetzen, mit denen die vorhandenen Minderungspotenziale durch gezielte Anreize für anspruchsvolle und über die rechtlichen Vorgaben hinausgehende energetische Standards genutzt und Investitionen in den Klimaschutz insbesondere mit Blick auf die Unternehmen flankiert und verstärkt werden.

Angesichts der gut aufgestellten Forschungslandschaft, der spezifische Branchenstruktur sowie der besonderen Potenziale verdichteter städtischer Strukturen, stellen die Anforderungen des Klimawandels und der Energiewende für die Städte Bremen und Bremerhaven jedoch auch ganz besondere Chancen dar. Mit einem ganzheitlichen Blick auf bestimmte städtische Gebiete und Nutzungsstrukturen wollen die Städte Bremen und Bremerhaven vor diesem Hintergrund die besonders im urbanen Raum liegenden Möglichkeiten gebietsbezogener und thematisch integrierter Handlungsmöglichkeiten nutzen und beispielhaft klimafreundliche und CO₂-arme Mobilitäts- und Energiekonzepte entwickeln und umsetzen.

Die aus der Energiewende resultierenden Marktchancen und Innovationspotenziale in Branchen und Forschungsfeldern, in denen das Land Bremen besondere regionale Stärken aufweist, wie z. B. die Offshore-Windenergie oder Querschnittstechnologien (Materialforschung, Robotik, Fertigungstechnologien) sollen ebenfalls durch den Einsatz von EFRE-Mitteln genutzt werden. Sie sind als Bestandteil der Innovations- und Strukturpolitik des Landes programmtechnisch allerdings den thematischen Ziele 1 und 3 zugeordnet.

Investitionspriorität 4b) Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen

Die Förderung von Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung in den bremischen Unternehmen ist ein wichtiger Teil der EFRE-Strategie, weil sie neben einem Beitrag zum Klimaschutz auf lange Sicht auch die Erschließung erheblicher Kosteneinsparpotenziale in den Unternehmen unterstützt. Mit der Senkung der CO₂-Emissionen der bremischen Wirtschaft wird - über die Verbesserung der betrieblichen Energieproduktivität - also langfristig gleichzeitig ein Beitrag zum strategischen Kernziel der bremischen Strukturpolitik geleistet, nämlich der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und der Region insgesamt.

Bis 2010 sind die CO₂-Emissionen des Verarbeitenden Gewerbes im Land Bremen weniger stark zurückgegangen, als die CO₂-Emissionen im Land insgesamt, auch wenn hierbei zu bedenken ist, dass das Ausmaß der betrieblichen Emissio-

nen stark von der konjunkturellen Lage abhängig ist. Um die Investitionserfordernisse in den Betrieben als Motor für den Klimaschutz und die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen, ist die Stimulierung von Energieeffizienzinvestitionen in den bremischen Unternehmen für den EFRE deshalb ein besonders wichtiges Ziel. Obwohl KMU selbst grundsätzlich betriebliche Reduktionspotenziale sehen und teils auch nutzen, bestehen Hemmnisse (z.B. mangelnde Kapitalverfügbarkeit, hohe Suchkosten und Informationsdefizite, längere Amortisationsdauer), die dazu führen, dass ökologisch und technisch sinnvolle Investitionen erst später als möglich getätigt oder ganz unterlassen werden.¹⁷

Die Empfehlungen der Kommissionsdienststellen¹⁸ aufgreifend wird das EFRE-OP daher für die Bereiche der Wirtschaft, die nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen, Anreize schaffen, ihre Energieeinsparpotenziale systematisch auszuschöpfen und ihre Energieeffizienz zu erhöhen. Hierzu wird das Land Bremen verstärkt die Möglichkeiten revolvierender Finanzinstrumente nutzen.

Investitionspriorität 4e) Förderung von Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes für sämtliche Gebiete, insb. städtische Gebiete, einschließlich der Förderung einer nachhaltigen multimodalen städtischen Mobilität und klimaschutzrelevanten Anpassungsmaßnahmen

Von städtischen Gebieten und Flächen, auf denen vorwiegend Unternehmen und gewerbliche Aktivitäten angesiedelt sind, geht ein erheblicher Anteil der klimarelevanten Umweltbelastungen aus. Für die Entwicklung CO₂-effizienter Stadtstrukturen ist die Vermeidung und Verringerung von CO₂-Emissionen in solchen städtischen Gebieten daher von großer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund strebt das Land Bremen an, für die EFRE-Förderung zur CO₂-Reduktion in dieser Investitionspriorität einen territorialen Fokus auf ausgewählte Gebiete und Flächen und ihre verschiedenen CO₂-relevanten Nutzungen einzunehmen. Auf Grundlage integrierter lokaler Mobilitäts- und Energiekonzepte sollen dabei verschiedene Handlungsfelder (energetische Gebäudesanierung, Energieversorgung, intelligente Verteilersysteme, sonstige technische Infrastrukturen, Flächengestaltung, Verkehr, Mobilität und Logistik) miteinander verknüpft und die CO₂-Reduktionspotenziale ortsspezifisch und integriert umgesetzt werden. Für die Entwicklung von nachhaltigen, energie- und CO₂-effizienteren Standorten ist

17 Prognos (2010): Rolle und Bedeutung von Energieeffizienz und Energiedienstleistungen in KMU.

18 Europäische Kommission (2012): Stellungnahme der Kommissionsdienststellen zur Vorbereitung der Partnerschaftvereinbarung und der Programme in Deutschland für den Zeitraum 2014-2020.

dabei ein ganzheitlicher Blick auf die entsprechenden Gebiete, das Spektrum der hier angesiedelten Nutzer sowie die stadtstrukturellen Verflechtungen notwendig, der über die isolierte Betrachtung einzelner Nutzungen und Emittenten hinausgeht.

Integratives Wachstum

Die EU 2020 Strategie zielt im Bereich der Armutsbekämpfung auf eine Reduzierung der armutsgefährdeten Bevölkerung um 20 Mio. Personen ab, wozu die Bundesrepublik bis 2020 mit einem Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen um 330.000 Personen beitragen will.

Wie in der sozio-ökonomischen Analyse deutlich wird, zählen Bremen und Bremerhaven bundesweit zu den Städten, die besonders von Armut und sozialer Ungleichheit betroffen sind. Im Jahr 2011 wies die Armutsgefährdungsquote im Land Bremen bundesweit den höchsten Wert auf. Besonders stark betroffen sind Erwerbslose, Migrantinnen u. Migranten, Alleinerziehende, Jugendliche und vor allem auch Kinder. Armut und soziale Ungleichheit konzentrieren sich dabei im Land räumlich in bestimmten Stadtteilen¹⁹, wobei die Stadt Bremen hinsichtlich der sozialräumlichen Entwicklung 2009 im Vergleich zu anderen Großstädten eine überdurchschnittliche sozialräumliche Segregation und Polarisierung aufweist.²⁰

Wie auch in anderen Großstädten sind Faktoren wie eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung, ein hoher Anteil an SGBII-Bedarfsgemeinschaften, ein niedriges Bildungsniveau, geringe Bildungschancen, eine geringe Kaufkraft, Leerstände, degradierte öffentliche Räume und fehlende Investitionen in den benachteiligten Stadtquartieren in Bremen und Bremerhaven sich gegenseitig bedingende Problemlagen, die sich im Sozialraum akkumulieren und zu einem sogenannten Quartierseffekt entwickeln - also einer sich selbst verstärkenden negativen räumlichen Wirkungsspirale - die zu weiteren Benachteiligungen des gesamten Stadtquartiers bis hin zur Exklusion seiner Bewohner führt.²¹

Angesichts der sozialräumlichen Dimension des Problems in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven sind für das Land Bremen v. a. Maßnahmen der sozia-

19 Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (2013); „Monitoring Soziale Stadt Bremen 2013“ sowie Stadt Bremerhaven (2014); „Sozialräumliches Monitoring für Bremerhaven“

20 Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009.

21 Vgl. SUBV (2012); Monitoring Soziale Stadtentwicklung“, Endbericht durch Res urbana; hier: S. 8

len Stadtteilentwicklung ein wichtiges kommunales/regionales Instrument zur Bekämpfung von Armut. Laut dem „Leitbild der Stadtentwicklung 2020“ soll der Abstand zwischen den zehn ärmsten und zehn reichsten Stadtteilen verringert werden. Das bremische EFRE-Programm unterstützt als Beitrag zu einem integrativen Wachstum daher das thematische Ziel 9 „Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung“ und hier die Investitionspriorität 9b „Unterstützung der Sanierung sowie der wirtschaftlichen und sozialen Belebung benachteiligter städtischer Gebiete“ in einer eigenständigen Prioritätssachse mit dem Titel „Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze.“

Thematisches Ziel 9: Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung

Investitionspriorität 9b) Unterstützung der Sanierung sowie der wirtschaftlichen und sozialen Belebung benachteiligter städtischer Gebiete

Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung als sozialräumlich ausgerichtetes Instrument zur Bekämpfung von Armut sowie zur Förderung von sozialer Teilhabe, Chancengleichheit und lokalen Potenzialen in den „benachteiligten“ Quartieren sind für die bremische EFRE-Strategie ein wichtiges Handlungsfeld, um die Folgen des Strukturwandels abzufedern. Die oben skizzierten, komplexen und einander gegenseitig bedingenden Probleme und Herausforderungen in den Stadtteilen sind dabei nur mithilfe eines gebietsbezogenen Ansatzes zu bewältigen, der bauliche, funktionale und infrastrukturelle Aufwertungsbemühungen mit sozioökonomischen Instrumenten und Maßnahmen zusammen denkt und bezogen auf die Stärken und Schwächen eines konkreten Programmgebietes ortspezifisch umsetzt.

Bei der Erkennung struktureller und sozialräumlich konzentrierter Problemlagen durch das sozialräumliche Monitoring in den Städten Bremen und Bremerhaven stehen insbesondere die Themen Bildung und Beschäftigung im Fokus der Analyse.²² Das lokale Bildungsniveau und der Zugang zum Beschäftigungssystem werden demgemäß als die wesentlichen Voraussetzung und Kennzeichen für gesellschaftliche und arbeitsmarktbezogene Teilhabe und Integration definiert. Sie sind entsprechend auch für die EFRE-Förderung im thematischen Ziel 9 wichtige Schlüssel für die Bekämpfung von räumlich konzentrierten Armutslagen.

²² Vgl. ebd.

Für Stabilisierungsstrategien in benachteiligten Stadtquartieren spielt zudem das Thema lokale Ökonomie eine überaus wichtige Rolle.²³ Zur lokalen Ökonomie zählen Unternehmen im klein- und kleinstbetrieblichen Bereich des Einzelhandels, der Gastronomie, des Handwerks und der sozialen, haushaltsnahen und unternehmensorientierten Dienstleistungen, die über ihren vornehmlich lokalen Absatzmarkt, ihr stadträumliche Lage in gewachsenen, funktionsgemischten Gemengelage und wichtige andere Verflechtungen eine enge Standortbindung an ihr Quartier aufweisen. Durch die Bereitstellung von wohnortnahen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten haben die Betriebe der lokalen Ökonomie in vielen Stadtquartieren eine große beschäftigungspolitische Bedeutung. Vermittelt über diese Funktion sind sie zudem ein wichtiger Faktor für die soziale und arbeitsmarktbezogene Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen im Quartier und somit den lokalen Zusammenhalt. Darüber hinaus ist das Spektrum der Betriebe in haushaltsorientierten Handwerks-, Dienstleistungs- und Versorgungsbereichen schließlich ausschlaggebend für das Niveau der lokalen Angebots- und Nutzungsqualität und -vielfalt und somit ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Quartiers.

Der Schlüssel zur Stabilisierung benachteiligter städtischer Gebiete und zur Bekämpfung von materieller und Bildungsarmut auf kommunaler Ebene liegt im Rahmen der EFRE-Förderung entsprechend in einer integrierten und sozialraumbezogenen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Bildungsförderung im Quartier, mit der die Bildungs- und Beschäftigungschancen der Quartiersbewohner sowie die infrastrukturellen und betrieblichen Entwicklungsbedingungen der im Sozialraum verankerten lokalen Ökonomie in den Blick genommen werden sollen.

Eine integrierte und sozialraumbezogene Sichtweise auf die verschiedenen Handlungsfelder ist dabei deshalb wichtig, weil isoliert konzipierte Maßnahmen in einem Handlungsfeld ohne die flankierende Unterstützung anderer Determinanten der Quartiersentwicklung ins Leere laufen. Die Betriebe der lokalen Ökonomie weisen oftmals fragile ökonomische Strukturen (z.B. geringes Eigenkapital, lokal beschränkter Absatzmarkt, etc.) auf, die durch ihr schwieriges lokalräumliches Umfeld in benachteiligten Quartieren weiter geschwächt werden. Um die lokale Ökonomie als Motor für die Stabilisierung benachteiligter Quartiere zu stärken, ist es deshalb notwendig, nicht nur die betriebsimmanenten Potenziale und Defizite zu

²³ Vgl. u.a. Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (2007)

adressieren, sondern auch die betriebsexternen, sozialraum- und quartiersbedingten Entwicklungshemmnisse und Standortbedingungen der Betriebe in den Blick zu nehmen.

Konzeptionelle Grundlage für die EFRE-Förderung in diesem thematischen Ziel sind deshalb integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die für die benachteiligten Stadtteile in Bremen und Bremerhaven ressortübergreifende Strategien zur Bewältigung der städtebaulichen, wirtschaftlichen, ökologischen, demographischen und sozialen Herausforderungen skizzieren und mit denen Fördermittel aus verschiedenen Fachpolitiken sozialräumlich konzentriert eingesetzt werden.

Die Förderung im EFRE wird in dieser Prioritätsachse in besonders enger Planung und Abstimmung mit den sozialräumlichen Ansätzen im thematischen Ziel 9 des ESF-Programms umgesetzt. Der EFRE fokussiert sich im Rahmen dieses thematischen Ziels dabei auf eine ausgewählte Zahl an Stadtquartieren, um vor Ort einen signifikanten und sichtbaren Mitteleinsatz zu gewährleisten.

Tabelle 1: Begründung der ausgewählten thematischen Ziele und Investitionsprioritäten

Ausgewähltes thematisches Ziel	Ausgewählte Investitionspriorität	Begründung für Auswahl
TZ1: Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation	a) Ausbau der Infrastruktur im Bereich Forschung und Innovation (F&I) und der Kapazitäten für die Entwicklung von F&I-Spitzenleistungen; Förderung von Kompetenzzentren, insbesondere solchen von europäischem Interesse	<p>Ful-Infrastrukturen sind Knoten- und Ankerpunkt im regionalen Innovationssystem und somit Nukleus für die Entwicklung der bremischen Cluster und regionalen KMU. Sie helfen, die fehlenden Ful-Kapazitäten der Großunternehmen zu kompensieren.</p> <p>Die weitere strategische Profilierung der Ful-Infrastrukturen antizipiert oder leitet Entwicklungen ein und liefert anwendungsbezogene Impulse für die Diversifizierung der regionalen Wissensbasis und Wirtschaftsstruktur in den durch die RIS identifizierten Bereichen.</p>
	b) Förderung von Investitionen der Unternehmen in F&I sowie in den Aufbau von Verbindungen und Synergien zwischen Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungszentren und dem Hochschulsektor (...)	<p>Es bestehen Defizite in der Forschungs- und Innovationstätigkeit des Unternehmenssektors. KMU mangelt es an Ful-Eigenkapazitäten, während GU überwiegend ohne FuE-Abteilung im Land angesiedelt sind.</p> <p>Die gut aufgestellte öffentliche Forschungslandschaft bietet zentrale Ansatzpunkte, den Wissens- und Technologietransfer mit der Wirtschaft auszubauen. Der Transfer zu potentiellen Anwendern, insbesondere in KMU, forciert den Strukturwandel und begünstigt eine intelligente Spezialisierung.</p>

Ausgewähltes thematisches Ziel	Ausgewählte Investitionspriorität	Begründung für Auswahl
TZ3: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU	a) Förderung des Unternehmergeists, insbesondere durch Erleichterung der wirtschaftlichen Nutzung neuer Ideen und Förderung von Unternehmensgründungen auch durch Gründerzentren	<p>Zur Unterstützung des Strukturwandels besteht ein Bedarf, die Wirtschaftsstruktur durch Gründungen weiter zu diversifizieren und innovative Ideen in eine wirtschaftliche Verwertung zu überführen.</p> <p>Das Gründungspotenzial eines Stadtstaats ist im Land noch nicht ausgeschöpft.</p> <p>Durch die starke öffentliche Forschungslandschaft bestehen gute Anknüpfungspunkte insbesondere für wissensintensive Unternehmensgründungen.</p>
	d) Unterstützung der Fähigkeit von KMU, sich am Wachstum der regionalen, nationalen und internationalen Märkte sowie am Innovationsprozess zu beteiligen	<p>Zur Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur sind in Bremen als altindustriell geprägtem Standort, der unter den Folgen des Strukturwandels leidet, verstärkte Investitionen nötig. Bremische KMU weisen jedoch eine geringe Investitionstätigkeit auf.</p> <p>Aufgrund von Marktunvollkommenheiten verfügen KMU über einen schlechteren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionsprojekte.</p>
TZ4: Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO ₂ -Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft	b) Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen	<p>Aufgrund bestehender Hemmnisse nutzen Unternehmen, insbesondere KMU, ihre CO₂-Einsparpotenziale bisher in nicht ausreichendem Maße, um das ambitionierte CO₂-Reduktionsziel des Landes zu erreichen. Der CO₂-Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Stahlindustrie) fiel bisher geringer aus als im Land insgesamt.</p> <p>Die energetische Optimierung in Unternehmen erhöht ihre Wettbewerbsfähigkeit, unterstützt den Strukturwandel und leistet somit einen Beitrag zum strategischen Kern des EFRE-Programms.</p>
	e) Förderung von Strategien zur Senkung des CO ₂ -Ausstoßes für sämtliche Gebiete, insbesondere städtische Gebiete, einschließlich der Förderung einer nachhaltigen multimodalen städtischen Mobilität und klimaschutzrelevanten Anpassungsmaßnahmen	<p>Gewerbliche Aktivitäten beeinflussen die klimarelevanten Umweltbelastungen. Ein ganzheitlicher Blick auf städtische Gebiete und ihre Nutzungsstrukturen sowie die Umsetzung von integrierten Konzepten über verschiedene klimarelevante Handlungsfelder sind für die Minderung und Vermeidung von CO₂-Emissionen von entscheidender Bedeutung.</p>

Ausgewähltes thematisches Ziel	Ausgewählte Investitionspriorität	Begründung für Auswahl
TZ9: Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung	b) Unterstützung der Sanierung sowie wirtschaftlichen und sozialen Belebung benachteiligter Gemeinden in städtischen und ländlichen Gebieten	<p>Die negativen Auswirkungen des Strukturwandels konzentrieren sich räumlich besonders stark in bestimmten Stadtgebieten, die sich in einer Abwärtsspirale befinden. Es besteht ein großer Handlungsbedarf, der hohen Armutsgefährdung, der ausgeprägten sozialen Segregation und einer zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken.</p> <p>Das lokale Bildungsniveau und der Zugang zum Beschäftigungssystem sind die wesentlichen Voraussetzungen für gesellschaftliche und arbeitsmarktbezogene Teilhabe und Integration und wichtige Schlüssel für die Bekämpfung von räumlich konzentrierten Armutslagen.</p> <p>Zudem erfüllen auch Unternehmen der lokalen Ökonomie im Klein- und kleinstbetrieblichen Bereich wichtige Funktionen in ihren Stadtteilen. Gleichzeitig weisen sie oftmals fragile ökonomische Strukturen auf, die durch funktionale, verkehrliche und städtebauliche Defizite sowie eine prekäre soziale Lage in benachteiligten Stadtteilen verstärkt werden.</p>

1.2 Begründung der Mittelzuweisungen

Bremen stehen in der Förderperiode 2014-2020 insgesamt EFRE-Mittel in Höhe von rund 103 Mio. Euro zur Verfügung. Ziel des Landes ist es, die Mittel möglichst effizient und effektiv einzusetzen und gleichzeitig einen möglichst hohen EU-Mehrwert zu erzielen. Dafür werden die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel konzentriert und zielgerichtet zur Unterstützung der thematischen Ziele (TZ) 1, 3, 4 und 9 eingesetzt. Mit dieser Konzentration wird eine möglichst hohe Wirksamkeit und Sichtbarkeit angestrebt.

Bremen konzentriert die Mittelverteilung im Kernförderbereich auf die drei TZ 1, 3 und 4. Rund 82% der EFRE-Mittel werden diesen drei TZ und gleichzeitig 20% der Mittel für das TZ 4 „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“ zugewiesen. Damit wird die Konzentrationserfordernis nach Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates erfüllt.

Mit rd. 50% der Mittel setzt Bremen den größten Anteil des Programmvolumens für das TZ 1 „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“ ein. Dies ist konsequent aus entwicklungsökonomischen Zusammenhängen und den Bedarfen Bremens abgeleitet. Wissen und Innovation sind die bedeutendsten Einflussfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit und das zukünftige Wachstum von Unternehmen und Regionen. Voraussetzungen dafür sind Investitionen in FuE-Aktivitäten in Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Netzwerk- und Wissenstransferaktivitäten. Mit diesem signifikanten Anteil stärkt Bremen sein „Regionales Innovationssystem“ erheblich und leistet einen hohen Beitrag für die „intelligente“ Bewältigung des strukturellen Wandels im Land.

Um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit als Standort zu sichern ist es erforderlich, die Ful-Infrastrukturen im Land gezielt auszubauen. Forschungseinrichtungen mit starken inhaltlichen Bezügen zur regionalen Branchenstruktur schaffen ein ausdifferenziertes Kooperationspotenzial und sind konstitutiv für die Entwicklung leistungsfähiger Cluster am Standort. Die Einrichtungen bilden den Nukleus, um den sich das Cluster von forschungsorientierten privaten Unternehmen und wissensintensiven Dienstleistungen entwickelt. Die Investitionspriorität 1a) wird deshalb mit einem Anteil von rd. 20% eingesetzt. Zur direkten Stärkung der FuE- und Innovationsaktivitäten im Unternehmenssektor wird die Investitionspriorität 1b) mit einem Anteil von rd. 30% eingesetzt.

Für das thematische Ziel 3 „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ setzt Bremen knapp 14% der Mittel ein, weil weiterhin ein Handlungsbedarf besteht, den Unternehmenssektor zu modernisieren und durch Gründungen zu diversifizieren. Mit einem Anteil von knapp 8% der Mittel soll die Fähigkeit der KMU erhöht werden, in Wachstums- und Innovationsprozesse (Investitionspriorität 3 d)) einzutreten. Mit der Unterstützung sollen die besonderen Nachteile und Bedarfe von KMU in den Blick genommen und insgesamt eine stärkere betriebliche Investitionstätigkeit erreicht werden.

Ergänzend dazu werden einzelne infrastrukturelle Engpässe abgebaut. Gründungen sind für die Modernisierung der Wirtschaftsstruktur, die Dynamik in der regionalen Ökonomie und die Anwendung von Innovationen von hoher Bedeutung. Die geplanten Investitionen zur Steigerung der Gründungsaktivitäten fokussieren teils bestimmte Zielgruppen. Mit einem Anteil von knapp 6% der Mittel für Investitionspriorität 3 a) kann vor diesem Hintergrund ein sichtbarer Effekt erzielt werden.

Zur Begegnung der globalen Herausforderung Klimawandel muss in allen Regionen Europas Verantwortung für eine Reduktion der CO₂-Emissionen in Wirtschaft und Gesellschaft übernommen werden. Mit der Umsetzung des KEP2020 nimmt auch das Land Bremen seine Verantwortung für den Klimawandel an und setzt sich bis 2020 ambitionierten Ziele. Angesichts der aktuellen Bilanzen zur Treibhausgasemissionen im Land Bremen müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um die Ziele zu erreichen. Mit dem EFRE-Programm werden im Zuge des TZ 4 „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“ deshalb 20% der Mittel für Maßnahmen eingesetzt, die zu einer Erhöhung der Energieeffizienz und zur Senkung des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoß führen sollen. Der Schwerpunkt der Förderung liegt dabei auf Beratungs- und Anreizinstrumenten für die bremischen Unternehmen (Investitionspriorität 4 b), 12% der Mittel) sowie der Erstellung und Umsetzung von flächenbezogenen, räumlich integrierten Klimaschutzkonzepten (Investitionspriorität 4 e), 8% der Mittel).

Mit der Umsetzung von Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung fördert das EFRE-Programm Land Bremen zudem ein wirkungsvolles Instrument zur sozial-räumlich ausgerichteten Bekämpfung von Armut. Die Förderung erfolgt nicht landesweit, sondern in ausgewählten Stadtgebieten, die besonders stark von Folgen des Strukturwandels, sozialer Ausgrenzung und Armut betroffen sind. Mit der räumlichen Konzentration der EFRE-Strategie auf bestimmte, besonders benachteiligte Stadtgebiete und die räumliche Bündelung von investiven und nicht-investiven Maßnahmen kann mit knapp 14% der Mittel in den jeweiligen Quartieren ein sichtbarer Impuls bewirkt werden.

Tabelle 2: Überblick über die Investitionsstrategie des operationellen Programms

Prioritätsachse (PA)	Fonds	Unionsunterstützung (in Euro)	Anteil der gesamten Unionsunterstützung für das OP (in %)	Thematisches Ziel (TZ)	Investitionsprioritäten (IP)	Der Investitionspriorität entsprechende spezifische Ziele (SZ)	Gemeinsame u. programmspezifische Ergebnisindikatoren, für die ein Zielwert festgelegt wurde (EI)
PA 1 Stärkung eines spezialisierten, unternehmensorientierten Innovationsystems	EFRE	51.350.249	49,8	TZ 1 Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation	IP 1a Ausbau der Infrastruktur im Bereich Forschung und Innovation (F&I) und der Kapazitäten für die Entwicklung von F&I-Spitzenleistungen; Förderung von Kompetenzzentren, insbesondere solchen von europäischem Interesse	SZ 1 Steigerung der FuE-Kapazitäten in anwendungsnahen Forschungs- und Innovationseinrichtungen mit Clusterbezug	EI 1: FuE-Beschäftigte im Staatsapparat
	EFRE				IP 1b Förderung von Investitionen der Unternehmen in Innovation und Forschung sowie in den Aufbau von Verbindungen und Synergien (...)	SZ 2 Steigerung der FuE- und Innovationsleistungen in den bremsischen Unternehmen	EI 2: Anteil der FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors am BIP
PA 2 Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur	EFRE	13.880.100	13,5	TZ 3 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU	IP 3d Verbesserung der Fähigkeit der Unternehmen in Wachstums- und Innovationsprozesse einzutreten	SZ 3 Steigerung der Investitionstätigkeit von KMU	EI 3: Anteil der investierenden KMU an allen KMU
	EFRE				IP 3a Förderung des Unternehmergeists, insb. durch Erleichterung der wirtschaftlichen Nutzung neuer Ideen und Förderung von Unternehmensgründungen einschließlich durch Gründerzentren	SZ 4 Steigerung der Gründungsaktivitäten	EI 4: Existenzgründungsintensität

Prioritätsachse (PA)	Fonds	Unionsunterstützung (in Euro)	Anteil der gesamten Unionsunterstützung für das OP (in %)	Thematisches Ziel (TZ)	Investitionsprioritäten (IP)	Der Investitionspriorität entsprechende spezifische Ziele (SZ)	Gemeinsame u. programmspezifische Ergebnisindikatoren, für die ein Zielwert festgelegt wurde (EI)
PA 3 Förderung CO ₂ -effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen	EFRE	19.780.100	19,2	TZ 4 Verringerung der CO ₂ -Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft	IP 4b Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen	SZ 5 Senkung der CO₂-Emissionen in der Wirtschaft	EI 5: CO ₂ -Emissionen der Bereiche verarbeitendes Gewerbe (ohne Stahlindustrie) sowie der Verbrauchergruppe GHD und übrige Verbraucher (ohne Haushalte)
	EFRE				IP 4e Förderung von Strategien zur Senkung des CO ₂ -Ausstoßes für sämtliche Gebiete, insbesondere städtische Gebiete, einschließlich der Förderung einer nachhaltigen städtischen Mobilität und der Abfederung einschlägiger Anpassungsmaßnahmen	SZ 6 Senkung der CO₂-Emissionen in bestimmten städtischen Gebieten	EI 6: CO ₂ -Emissionen aus dem Endenergieverbrauch in 1000 t (ohne Stahlindustrie)
PA 4 Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze	EFRE	13.890.049	13,5	TZ 9 Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung von Armut	IP 9b Unterstützung der Sanierung sowie der wirtschaftlichen und sozialen Belebung benachteiligter städtischer und ländlicher Gemeinden und Gebiete	SZ 7 Stabilisierung benachteiligter Sozialräume und ihrer lokalen Ökonomien	EI 7: SGB-II-Quote im Stadtteil (Anteil der Empfänger von Grundsicherung an der Bevölkerung unter 65 Jahren)
PA 5 Technische Hilfe	EFRE	4.120.854	4,0				(entfällt)

2 Beschreibung der Prioritätsachsen

2.1 Prioritätsachse 1: Stärkung eines spezialisierten, unternehmensorientierten Innovationssystems

2.1.1 Investitionspriorität 1a: Ausbau der Infrastruktur im Bereich Forschung und Innovation (F&I) und der Kapazitäten für die Entwicklung von F&I-Spitzenleistungen; Förderung von Kompetenzzentren, insbesondere solchen von europäischem Interesse

2.1.1.1 Beschreibung der spezifischen Ziele und erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 1: Steigerung der Ful-Kapazitäten in anwendungsnahen Forschungs- und Innovationseinrichtungen mit Bezug zu den Prioritäten der RIS

Wie aus der sozio-ökonomischen Analyse hervorgeht, sind die anwendungsorientierten, öffentlichen und außeruniversitären Ful-Einrichtungen mit Blick auf ihre überregionale Bedeutung eine besondere Stärke des Landes Bremen. Sie sind konstitutiv für den Aufbau und die langfristige Weiterentwicklung leistungsfähiger Cluster (Antennenfunktion). Als wichtige Kooperationspartner für technologieorientierte Unternehmen und KMU im Land Bremen haben die Einrichtungen zudem eine wichtige Transferfunktion im bremischen Innovationssystem, insbesondere mit Blick auf die am Standort fehlende Transferfunktion von forschenden Großunternehmen.

Vor diesem Hintergrund ist es das spezifische Ziel, mit der EFRE-Förderung weiterhin den Ausbau bestehender und den Aufbau neuer anwendungsnaher Ful-Einrichtungen zu unterstützen und somit die Ful-Kapazitäten dieser Einrichtungen kontinuierlich weiter zu steigern und zu stärken.²⁴ Die zusätzlichen Ful-Kapazitäten sollen gezielt darauf ausgerichtet werden, technologieorientierte KMU hinsichtlich ihrer Ful-Aktivitäten zu unterstützen und zu aktivieren und Großunternehmen stärker in das regionale Innovationssystem einzubinden. Die Aufbau- und Erweiterungsvorhaben können dabei sowohl zur Stärkung und Spezifizierung vorhandener Innovations- und Forschungskompetenzen im Land Bremen dienen, als auch auf die langfristige Weiterentwicklung der regionalen Kernkompetenzen und Technologiepfade in neue, strategisch wichtige Zukunftsfelder abzielen.

²⁴ Hiermit adressiert das Land Bremen auch die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission und des Rates (zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2014), im Mitgliedsstaat Deutschland mehr und effizientere Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung zu ermöglichen.

Tabelle 3: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 1

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionenkategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
EI1	FuE-Beschäftigte im Staatssektor ²⁵	VZÄ	Stärker entwickelte Regionen	1.950	2011	2.200 (2.200 - 2.400)	Eurostat	Zweijährlich

2.1.1.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

2.1.1.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 1a: Aufbau und Ausbau von anwendungsnahe Ful-Einrichtungen

Um ihre Schlüsselfunktion zur Stärkung unternehmensbezogener FuE-Aktivitäten weiter auszubauen, sollen mit dem EFRE anwendungsnahe Ful-Einrichtungen v. a. in solchen Bereichen unterstützt werden, in denen ein starker Bezug zu den breimischen Innovationsclustern und besonders bedeutsamen Technologie- und Innovationsfeldern besteht. Dabei geht es sowohl um die Weiterentwicklung und Stärkung bestehender Einrichtungen, als auch die Erschließung neuer Spezialisierungs- und Entwicklungsfelder, mit denen bisherige Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile des Landes ergänzt, vertieft oder diversifiziert werden. Eine besondere Rolle spielt dabei die Förderung solcher Innovationspotenziale und Prioritäten, die sich aus dem regionalen Zusammenspiel zwischen Clustern, Schlüsselbranchen und Zukunftsmärkten auf der einen Seite sowie Querschnitts- und Schlüsseltechnologien auf der anderen Seite ergeben (Cross-Clustering).

Konkret werden mit der Förderung sowohl Investitionen in die Gebäudeinfrastrukturen und technologische Ausrüstungsgegenstände/Geräte, als auch in Köpfe (Forscherguppen) und Dienstleistungen/Services unterstützt. Im Rahmen des spezifischen Ziels sollen die folgenden Wirkungen erzielt werden:

- Der Aufbau oder die Verstärkung von Kooperationen der Einrichtungen in FuE-Projekten mit Unternehmen im Land Bremen, insbesondere mit KMU. Ziel ist die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers in die KMU und

²⁵ Staatssektor = Öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Technik außerhalb der Hochschulen. Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

eine Verstärkung/Stimulierung unternehmerischer FuE-Aktivitäten. Mit Blick auf die strategische Kooperation der Einrichtungen mit Großunternehmen geht es darüber hinaus v.a. darum, die Unternehmen stärker ins regionale Innovationssystem einzubinden.

- Die Bindung von Humankapital und Fachkräften an den Standort.
- Die Ausgründung neuer Unternehmen aus den Einrichtungen mit neuen Geschäftsideen oder Marktfeldern in der Region.

Zielgruppen

- Anwendungsorientierte Forschungseinrichtungen
- In Forschung und Innovation kooperierende Unternehmen

Zielgebiet der Maßnahmen der Investitionspriorität 1a

Die Förderung erfolgt landesweit.

2.1.1.2.2 Leitgrundsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Die Förderung in dieser Prioritätsachse erfolgt in Übereinstimmung mit der regionalen Innovationsstrategie des Landes Bremen (RIS), die sich konkret durch das Innovationsprogramm 2020 und die daran anknüpfende Clusterstrategie 2020 ergibt.

Zur Priorisierung der verschiedenen, im Rahmen der Clusterstrategie entwickelten Überlegungen zum Auf- und Ausbau anwendungsnaher FuE-Einrichtungen wurde in der Programmplanungsphase zum künftigen EFRE-Programm zwischen den beteiligten Ressorts ein mittelfristiger Investitionsplan vorbereitet.

Mit dem EFRE sollen v.a. solche Vorhaben unterstützt werden, bei denen die Erreichung der o. g. Wirkungen besonders stark im Vordergrund steht.

2.1.1.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

Bremen beabsichtigt keine innovativen Finanzinstrumente im Rahmen der Investitionspriorität 1a einzusetzen.

2.1.1.2.4 Geplante Nutzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte im Rahmen der Investitionspriorität 1a durchzuführen.

2.1.1.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 4: Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 1a

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI 1-1	Zahl der neuen Wissenschaftler/-innen in unterstützten Einheiten (GI)	VZÄ	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	163	Begünstigte	Jährlich
OI 1-2	Zahl der Forscher/-innen, die in verbesserten Forschungsinfrastruktureinrichtungen arbeiten (GI)	VZÄ	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	410	Begünstigte	Jährlich
OI 1-3a	Zahl der Unternehmen, die mit unterstützten Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten (PS)	Unternehmen insgesamt	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	379	Begünstigte	Jährlich
OI 1-3b	Zahl der Unternehmen, die mit unterstützten Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten (PS)	Unternehmen mit Standort Bremen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	69	Begünstigte	Jährlich

2.1.2 Investitionspriorität 1b: Förderung von Investitionen der Unternehmen in F&I, Aufbau von Verbindungen und Synergien zwischen Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungszentren und dem Hochschulsektor (...)

2.1.2.1 Beschreibung der spezifischen Ziele und erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 2: Steigerung der FuE- und Innovationsleistungen in den bremischen Unternehmen

Trotz der in den letzten Jahrzehnten auch zu verzeichnenden Erfolge bei der Anpassung der bremischen Wirtschaft an den Strukturwandel zeigt die sozio-ökonomische Analyse im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation für das Land Bremen nach wie vor einen deutlichen Nachholbedarf bzgl. der FuE-Aktivitäten und -leistungen in den bremischen Unternehmen. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen dieses spezifischen Ziels zwei Aktionen gefördert; die direkte einzelbetriebliche und FuE-Verbundförderung und Aktivitäten im Bereich der Cluster-, Netzwerk-, Internationalisierungs- und Transferförderung. Dabei sollen auch Projekte im Bereich sozialer und nicht-technologischer Innovationen eine Rolle spielen.

Das konkrete Ziel ist es, im Rahmen der EFRE-Förderung einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors am BIP im Land Bremen stabilisieren und bis 2023 auf das Niveau der EU 28-Länder steigern.

Tabelle 5: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 2

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionenkategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
E12	Anteil der FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors am BIP	%	Stärker entwickelte Regionen	0,99	2011	1,15 (1,0 - 1,3)	Eurostat	Zweijährlich

2.1.2.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

2.1.2.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 2a: Betriebliche Innovations- und Verbundprojekte

Zur Erreichung des spezifischen Ziels stehen in dieser Aktion die bislang im Land Bremen bewährten Ansätze zur Förderung der betrieblichen Forschung, Entwicklung

und Innovation im Vordergrund, die über verschiedene Richtlinien zur einzelbetrieblichen bzw. Verbundforschungsförderung (FEI, AUF, PFAU)²⁶ umgesetzt werden. Die Förderung ist direkt auf die Steigerung der FuE-Aktivitäten in den Unternehmen ausgerichtet mit dem Ziel, die bei derartigen Vorhaben überdurchschnittlich hohen technischen und wirtschaftlichen Risiken zu reduzieren, die Projektergebnisse in neue und verbesserte Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen und so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig zu stärken sowie hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Im Rahmen von Verbundprojekten von Unternehmen, z. B. mit Forschungseinrichtungen und -instituten, wird die Innovationsfähigkeit der beteiligten Unternehmen darüber hinaus durch die Akquisition von externem Wissen und die Verbesserung der Kooperationskompetenz erweitert.

Während die FEI-Förderung grundsätzlich technologieoffen alle forschungsorientierten KMU im Land Bremen adressiert, die einzelbetriebliche FuE-Vorhaben oder FuE-Verbundprojekte durchführen, zielen PFAU und AUF v.a. auf Projekte der angewandten Umwelttechnik und -forschung (Umweltinnovationen) ab. Dabei werden durch PFAU in erster Linie Unternehmen als Antragsteller angesprochen, während die AUF-Förderung v.a. solche innovativen Wissenschaftsprojekte der anwendungsorientierten Umweltforschung in den Fokus nimmt, bei denen die Federführung durch wissenschaftliche Einrichtungen im Land Bremen übernommen wird. Angelehnt an die Konzeption der FEI-Förderung wird zudem eine branchenspezifische Fördermaßnahme in dieser Aktion speziell für das bremische Luft- und Raumfahrtcluster aufgelegt.

Aktion 2b: Cluster-, Netzwerk-, Internationalisierungs- und Transferförderung

Ein zentrales Instrument, um den Wissens- und Technologietransfer zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern, sind die im Rahmen der Aktion 2a unterstützten Verbund- und Kooperationsprojekte. Hier werden ganz konkret, anhand von strategischen und marktbezogenen Kooperationsprojekten zwischen den verschiedenen Akteuren des Innovationssystems neue Ideen und Technologien wirtschaftlich genutzt und in Form von Produkt- und Prozessinnovationen verwertet.

²⁶ Richtlinie zur Förderung der Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI), Richtlinie zur Förderung von Projekten der Angewandten Umweltforschung (AUF), Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU).

Um diese direkten Transferprojekte in einem ersten Schritt zu ermöglichen und anzustoßen, nutzt die Wirtschaftsförderung des Landes Bremen im Rahmen ihrer integrierten Innovations- und Clusterpolitik noch weitere, vorgeschaltete Transferpfade, die auf die Vernetzung, Interaktion, Aktivierung und Qualifizierung der verschiedenen Akteure des bremischen Innovationssystems - im Vorlauf zu den eigentlichen FuE-Projekten aus Aktion 2a - abstellen. Die Einbindung dieser Pfade in die Förderpolitik ist wichtig, um einen ganzheitlichen Blick auch auf die vorgeschalteten Phasen des Wissenstransfers zu ermöglichen, Informationsdefizite zwischen den Akteuren abzubauen, den unternehmens- und branchenübergreifenden Wissens- und Technologietransfer zu forcieren und so die bestehenden Clusterstrukturen als Informations- und Kooperationsplattformen für Unternehmen und Forschungseinrichtungen effektiv zu nutzen und mit Blick auf Zukunftsmärkte und künftige gesellschaftliche Entwicklungen anpassungsfähig zu machen.

Flankierend zu den Aktionen 1a und 2a werden im Rahmen dieser Aktion deshalb verschiedene Maßnahmen mit einem spezifischen Fokus auf die bremischen Cluster- und Netzwerkstrukturen durch ein integriertes Maßnahmenpaket unterstützt. Zu den Maßnahmen zählen:

- Clusterveranstaltungen und -workshops
- Innovationswerkstätten
- Vernetzung/Anbahnung von Kooperationen
- Hilfe bei der Akquisition von überregionalen Fördermitteln (z. B. aus Horizon 2020)
- Beratung, Coaching und Workshops für KMU, zur Identifikation von Innovationspotenzialen
- Entwicklung von Technologie-Roadmaps und Foresight-Studies
- Maßnahmen zur überregionalen und internationalen Positionierung der bremischen Unternehmen und des Standortes

Im Rahmen der Maßnahmen zur internationalen Positionierung des Standortes wird - mit einem Fokus auf die Cluster- und Kompetenzfelder des Landes - auch die Teilnahme von KMU an international ausgerichteten Messen gefördert. Ziel ist es, insbesondere bei den kleinen Unternehmen Größennachteile auszugleichen²⁷, ihnen den Zugang zu überregionalen und internationalen Wirtschaftsräumen zu erleichtern, Wachstums- und Innovationspotenziale der bremischen Spezialisierungsfelder auf internationalen Märkten zu erschließen und somit die Innovationsleistungen der Unternehmen im Land zu steigern.²⁸

Angesichts des demographischen Wandels werden weibliche Fach- und Führungskräfte für die Unternehmen immer wichtiger. Gleichzeitig sind Frauen in den eher technikorientierten Spezialisierungsfeldern des Landes Bremen stark unterrepräsentiert. Im Rahmen der o.g. Transfer-, Innovations- und Clusterwerkstätten sollen vor diesem Hintergrund modellhaft auch unternehmensbezogene Strategien und „Werkzeugkoffer“ entwickelt werden, die zu einer stärkeren Präsenz von Frauen als Fachkräfte in den bremischen Zukunftsbranchen führen. Hierzu werden anknüpfend an die Innovationswerkstätten spezifische Werkstattformate mit den Unternehmen in den bremischen Clustern durchgeführt.

Zielgruppen der Förderung

- Unternehmen aller Größenklassen und Unternehmenskooperationen (Schwerpunkt KMU)
- Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Forschungsgesellschaften
- Wirtschaftsförderungseinrichtungen und institutionalisierte Netzwerke/Cluster

Zielgebiet der Maßnahmen der Investitionspriorität 1b

Die Förderung erfolgt landesweit.

27 Vgl. auch Empfehlung der Europäische Kommission im sogenannten „Positionspapier für Deutschland“; hier: Europäische Kommission (2012): Stellungnahme der Kommissionsdienststellern zur Vorbereitung der Partnerschaftsvereinbarung und der Programme in Deutschland für den Zeitraum 2014-2020, S. 14

28 International aktive Unternehmen zeichnen sich durch ein höheres Beschäftigungs- und Umsatzwachstum sowie eine stärkere Innovationstätigkeit aus als nicht-international tätige Unternehmen, denn die Internationalisierung der Geschäftstätigkeiten von KMU führt zur Erweiterung von Absatzmärkten und neuen Geschäftschancen und damit zur Verbesserung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit; Siehe: Europäische Kommission (2010): Internationalisation of European SMEs – Final Report; hier S. 47 ff.

2.1.2.2.2 Leitgrundsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Die Förderung in dieser Prioritätsachse erfolgt in Übereinstimmung mit der regionalen Innovationsstrategie des Landes Bremen (RIS), die sich konkret durch das Innovationsprogramm 2020 und die daran anknüpfende Clusterstrategie 2020 ergibt.

Für die FEI Richtlinie in Aktion 2a sind feste Auswahlkriterien festgelegt. Dazu zählen z.B. Innovationsgrad, technologisches Risiko, Marktchancen oder die regionalwirtschaftliche Bedeutung. Ein weiteres wichtiges Auswahlkriterium für die hier auch geplante Zuschussförderung wird der Beitrag zur Entwicklung der Cluster oder die Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen sein.

Die Projektauswahl im Rahmen der Aktion 2b erfolgt individuell nach Bewertung der geplanten Einzelmaßnahmen. Priorität haben solche Aktivitäten, die nachhaltig zur Entwicklung der Netzwerke und Cluster beitragen, die Kooperation zwischen den regionalen Akteuren stärken, den Transfer von Wissen und Technologie forcieren oder die überregionale Positionierung Bremens als Technologiestandort unterstützen. Die Förderung im Rahmen der Maßnahmen zur internationalen Positionierung von Unternehmen beschränkt sich - einhergehend mit dem Beihilferecht zu Exportsubventionen - auf zulässige Maßnahmen der Internationalisierung (Messebeteiligungen,...), die dem eigentlichen Eintritt in neue Märkte vorgelagert sind. Alle Maßnahmen für den Ausbau und den Betrieb eines Vertriebsnetzes in anderen Staaten sind ausgeschlossen. Die Förderung wird hier durch eine Richtlinie umgesetzt, in der die Förderbedingungen und Auswahlkriterien regelscharf festgelegt werden.

2.1.2.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

In Fällen, in denen die marktorientierte Entwicklung von Prozessen, Dienstleistungen und Produkten Gegenstand der Förderung ist, sollen im Rahmen des künftigen Programms verstärkt Finanzinstrumente, wie z.B. Förderdarlehen, eingesetzt werden (FEI- und PFAU-Förderung).

Grundsätzlich eignet sich der Einsatz von Förderdarlehen für forschungsorientierte Unternehmen als Zielgruppe dieser Aktion nur bedingt, u.a. weil eine Fremdkapitalfinanzierung gerade bei jungen technologieorientierten Unternehmen ohne ausreichendes Eigenkapital die Gefahr einer bilanziellen Überschuldung birgt. Zuschüsse und andere eigenkapitalähnliche Förderinstrumente wie Nachrangdarlehen oder Beteiligungen sind in dieser Aktion daher weiterhin das Mittel der Wahl, wobei die bei-

den letztgenannten Förderinstrumente den Vorteil haben, aufgrund ihres revolving-Charakters haushaltsentlastend zu wirken.

Der Einsatz der Finanzinstrumente erfolgt vorbehaltlich des Ergebnisses der noch abzuschließenden Ex-Ante-Bewertung.

2.1.2.2.4 Geplante Nutzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte im Rahmen der Investitionspriorität 1b durchzuführen.

2.1.2.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 6: Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 1b

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI Ü-1	Zahl der unterstützten Unternehmen (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	442	Begünstigte	Jährlich
OI 1-1	Zahl der neuen Forscher/-innen, die in unterstützten Einheiten arbeiten (GI)	VZÄ	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	133	Begünstigte	Jährlich
OI 1-4	Private Investitionen, die die öffentliche Unterstützung für Innovations- oder FuE-Projekte ergänzen (GI)	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	12.432.500	Begünstigte	Jährlich
OI 1-5	Zahl der Unternehmen, die bei der Einführung von Produkten unterstützt werden, die für den Markt neu sind (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	36	Begünstigte	Jährlich
OI 1-6	Zahl der Unternehmen, die bei der Einführung von Produkten unterstützt werden, die für das Unternehmen neu sind (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	68	Begünstigte	Jährlich
OI 1-7	Zahl der Unternehmen, die mit Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	77	Begünstigte	Jährlich

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI 1-8	Zahl der Akteure in den unterstützten Clusternetzwerken	Mitglieder	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	500	Begünstigte	Jährlich
OI 1-9	Zahl der unterstützten Akteure bei Wissens- und Technologietransferprojekten	Projekte	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	800	Begünstigte	Jährlich
OI 1-10	Zahl der durchgeführten Innovationsberatungen der Clusterakteure durch die Clustermanagements	Beratungen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	600	Begünstigte	Jährlich
OI 1-11	Zahl der geförderten Cluster und Netzwerke	Netzwerke	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	12	Begünstigte	Jährlich
OI 1-12	Zahl der KMU, die im Rahmen von Internationalisierungsmaßnahmen unterstützt werden	Zahl der Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	315	Begünstigte	Jährlich

2.1.3 Leistungsrahmen der Prioritätsachse 1

Tabelle 7: Leistungsrahmen der Prioritätsachse 1

Art des Indikators (wichtiger Durchführungsschritt, Finanz-, Output- oder ggf. Ergebnisindikator)	ID	Indikator oder wichtiger Durchführungsschritt	Einheit für die Messung, soweit zutreffend	Fonds	Regionen- kategorie	Meilenstein (2018)	Endziel (2023)	Datenquellen	Erklärung für die Relevanz des Indikators, soweit zutreffend
Finanzindikator	FI 1	Geförderte Ausgaben	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	23.700.000	102.700.498	Verwaltungsbehörde	
Outputindikator	OI 1-2	Zahl der Forscher/-innen, die in verbesserten Forschungseinrichtungen arbeiten (GI)	Vollzeitäquivalente	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	11	410	Begünstigte	Aktion 1a (Aufbau und Ausbau von anwendungsnahen Ful-Einrichtungen)
Outputindikator	OI 1-6	Zahl der Unternehmen, die bei der Einführung von Produkten unterstützt werden, die für das Unternehmen neu sind (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	25	68	Begünstigte	Instrumente PFAU, FEI der Aktion 2a (Betriebliche Innovations- und Verbundprojekte)

Zusätzliche qualitative Informationen zur Festlegung des Leistungsrahmens

Der Finanzindikator wurde gemäß Artikel 126 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates gewählt und entspricht den geförderten und im Programm abgebildeten Ausgaben (EFRE-Beitrag plus nationale Kofinanzierung), die im Datenbanksystem für das bremische Programm verbucht und von der Bescheinigungsbehörde bescheinigt wurden.

Die Outputindikatoren wurden so gewählt, dass sie mehr als die Hälfte der EFRE-Mittel der Prioritätsachse abdecken und die Fortschritte in der Umsetzung der Prioritätsachse aufzeigen. Bei der Auswahl der Outputindikatoren wurde zudem Wert darauf gelegt, dass sich die Zielwerte auf Grundlage der Erfahrungen aus der letzten Förderperiode bestimmen lassen und die Indikatoren bereits in ähnlicher Form verwendet wurden.

Der Outputindikator „Zahl der Forscher/-innen, die in verbesserten Forschungseinrichtungen arbeiten (GI)“ bildet die Umsetzungsfortschritte der Aktion 1a (Aufbau und Ausbau von anwendungsnahen Ful-Einrichtungen) vollständig ab. Für die entsprechende Maßnahme sind ca. 20 Mio. Euro EFRE-Mittel eingeplant, wodurch der Indikator 40 % der Prioritätsachse abdeckt. Der Indikator „Zahl der Unternehmen, die bei der Einführung von Produkten unterstützt werden, die für das Unternehmen neu sind (GI)“ bildet die Umsetzungsfortschritte der Instrumente PFAU und FEI in der Aktion 2a (Betriebliche Innovations- und Verbundprojekte) ab. Für diese Instrumente sind etwa 13,9 Mio. Euro EFRE-Mittel eingeplant, was 26 % der Mittel in der Prioritätsachse 1 entspricht. Gemeinsam decken die Outputindikatoren somit 66 % der EFRE-Mittel der Prioritätsachse ab.

Die Meilensteine 2018 und die Zielwerte 2023 der Outputindikatoren beziehen sich auf Projekte, die vollständig durchgeführt worden sind. Die Zielwerte wurden intensiv mit den fachlich zuständigen und umsetzenden Stellen abgestimmt und beruhen auf deren Erfahrungen und Kennzahlen aus der Umsetzung der Förderperiode 2007-2013.

2.1.4 Interventionskategorien der Prioritätsachse 1

Tabelle 8: Dimension 1: Interventionsbereich

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
056	Unmittelbar mit Forschungs- und Innovationsaktivitäten verbundene Investitionen in Infrastruktur, Kapazitäten und Ausrüstung von KMU	11.000.000
057	Unmittelbar mit Forschungs- und Innovationsaktivitäten verbundene Investitionen in Infrastruktur, Kapazitäten und Ausrüstung großer Unternehmen	8.000.000
058	Forschungs- und Innovationsinfrastruktur (öffentlich)	9.000.000
059	Forschungs- und Innovationsinfrastruktur (privat, einschließlich Wissenschaftsparks)	4.000.000
060	Forschungs- und Innovationstätigkeiten in öffentlichen Forschungseinrichtungen und Kompetenzzentren einschließlich Vernetzung	2.000.000
061	Forschungs- und Innovationstätigkeiten in privaten Forschungseinrichtungen einschließlich Vernetzung	1.000.000
062	Technologietransfer und Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen, vor allem zugunsten von KMU	3.850.249
063	Förderung von Clustern und Unternehmensnetzen, vor allem zugunsten von KMU	3.400.000
064	Forschungs- und Innovationsprozesse in KMU (einschließlich Gutscheinprogrammen, Innovationen in den Bereichen Verfahren, Design und Dienstleistung sowie sozialer Innovationen)	1.000.000
065	Forschungs- und Innovationsinfrastruktur, Prozesse, Technologietransfer und Zusammenarbeit in Unternehmen mit Schwerpunkt auf der CO ₂ -armen Wirtschaft und der Verstärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel	4.000.000
066	Fortgeschrittene Unterstützungsdienste für KMU und KMU-Zusammenschlüsse (einschließlich Dienstleistungen für Management, Marketing und Design)	1.900.000
068	Energieeffizienz- und Demonstrationsprojekte in KMU und Begleitmaßnahmen	2.200.000

Tabelle 9: Dimension 2: Finanzierungsform

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Nicht rückzahlbare Finanzhilfe	45.350.249
004	Unterstützung durch Finanzinstrumente: Darlehen oder Gleichwertiges	6.000.000

Tabelle 10: Dimension 3: Art des Gebietes

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Städtische Ballungsgebiete (dicht besiedelt, Bevölkerung > 50 000)	51.350.249

Tabelle 11: Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
007	Nicht zutreffend	

2.2 Prioritätsachse 2: Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur

2.2.1 Investitionspriorität 3d: Unterstützung der Fähigkeit von KMU, sich am Wachstum der regionalen, nationalen und internationalen Märkte sowie am Innovationsprozess zu beteiligen

2.2.1.1 Beschreibung der spezifischen Ziele und erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 3: Steigerung der Investitionstätigkeit von KMU

Betriebliche Investitionen sind eine wesentliche Voraussetzung zur Steigerung der Produktivität von Unternehmen sowie das Fundament für den Eintritt der Betriebe in Wachstums- und Innovationsprozesse. Mit Blick auf die gesamte Unternehmens- und Branchenstruktur im Land Bremen ist die Investitionstätigkeit der bremischen Unter-

nehmen vor diesem Hintergrund entscheidend für die regionale Wettbewerbsfähigkeit, die Entwicklung stabiler Wertschöpfungsketten, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und langfristig die Anpassung der Region an den Strukturwandel.

Angesichts der vergleichsweise geringen Investitionsquote und Kapitalintensität der bremischen KMU, der unterdurchschnittlichen Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen sowie vor dem Hintergrund kreditmarktbedingter Investitionshemmnisse besonders für kleine Unternehmen ist die Steigerung der Investitionstätigkeit von KMU entsprechend ein zentrales Ziel des EFRE-Programms. Zur Umsetzung dieses spezifischen Ziels sollen mit dem EFRE zwei Aktionen gefördert werden: die Landesinvestitionsförderung und die Vergabe von Mikrokrediten.

Mit der EFRE-Förderung in diesem spezifischen Ziel soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass sich der Anteil der investierenden KMU an allen KMU im Land Bremen auf das durchschnittliche Niveau der westdeutschen Großstädte steigert.

Tabelle 12: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 3

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionenkategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
EI3	Anteil der investierenden KMU an allen KMU	Prozent	Stärker entwickelte Regionen	50	2011	52,5 (50-55)	IAB-Panel, Sonderauswertung	Jährlich

2.2.1.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

2.2.1.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 3a: Förderung betrieblicher Investitionen

In dieser Aktion stehen einzelbetriebliche Investitionen im Mittelpunkt der Förderung, die im Land Bremen über das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) unterstützt werden. Das Ziel der Förderung ist neben der Neuschaffung bzw. Sicherung von wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen die Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur und die Stärkung und Weiterentwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen. Der konkrete Hebel der Förderung ist die Investitionsbereitschaft der Betriebe im Land Bremen, die mit Blick auf die Befunde aus der sozioökonomischen Analyse im Vergleich zu anderen westdeutschen Großstädten seit

vielen Jahren unterdurchschnittlich ist. Dabei wirken betriebliche Ausrüstungsinvestitionen insbesondere in tradierten, FuE-schwachen Branchen als Transmissionsriemen für den Transfer technologischen Fortschritts.²⁹ Eine modernisierte Produktionsanlage führt zu einer effizienteren Produktion und ist häufig auch Teil einer ganzen Reihe von Veränderungen im Produktionsprozess, die zu Prozessinnovationen führen können.³⁰

Die unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit ist u.a. eine Folge von Finanzierungsschwierigkeiten und der mangelnden Kreditverfügbarkeit insbesondere für kleine und junge Unternehmen, bei denen Sicherheiten bzw. die Eigenkapitalquote nicht ausreichend ausgeprägt sind. Aufgrund der Finanzierungsschwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt kann ein erheblicher Anteil von geplanten Investitionen nicht getätigt werden.³¹ Vor dem Hintergrund dieser Liquiditätsengpässe und der deutlich steigenden Anforderungen an die Stellung von Sicherheiten für KMU auf dem Kreditmarkt, könnte die betriebliche Investitionsförderung im EFRE mit Finanzinstrumenten, z.B. öffentlichen Förderdarlehen unterstützt werden. Diese können einen wesentlichen Beitrag leisten, sowohl die Gesamtfinanzierung von Investitionsprojekten zu sichern, als auch die Risikoposition der beteiligten Hausbanken zu reduzieren und somit die vorhandene Investitionslücke zu schließen.

Für die überregionale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bremen spielen v.a. fernabsatzorientierte Unternehmen eine wichtige Rolle. Zielgruppe der Förderung sind in dieser Aktion entsprechend insbesondere gewerbliche Unternehmen, die ihre Produkte und Dienstleistungen überwiegend überregional absetzen. Zu den förderfähigen Investitionsmaßnahmen gehören die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Betriebsstätten, die grundlegende Änderung des Gesamtproduktionsverfahrens einer bestehenden Betriebsstätte, die Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte in neue, zusätzliche Produkte, die Übernahme einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte und die Anschaffungs- und Herstellungskosten von grundsätzlich neuen/innovativen Wirtschaftsgütern des Sachanlagevermögens.

29 Knoll (2012): Wirksamkeit und Designprinzipien der direkten Wirtschaftsförderung: macht Förderung einen Unterschied?

30 Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI (2011): Innovationsstrategien jenseits von Forschung und Entwicklung (Mai 2011).

31 GEFRA/MR Gesellschaft für Regionalberatung (2012): Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen, insbesondere mit Blick auf die Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Aktion 3b: EFRE-Mikrodarlehen

V. a. für Klein- und Kleinstunternehmen bestehen Größennachteile an den Kreditmärkten und entsprechend hohe Restriktionen beim Zugang zu Fremdkapital.³² Gleichzeitig fehlt diesen Unternehmen für die betriebsinterne Finanzierung auch kleiner Investitionen oder der notwendigen Betriebs- und Arbeitsmittel oftmals das erforderliche Eigenkapital. Vor allem mit Blick auf die Finanzierung kleiner Investitionen wird diese Situation noch verschärft, denn für notwendige Kleinstkredite bleibt den Unternehmen aufgrund schlechter Bonitäten und bankenseitig hoher Fixkosten bei der Kreditvergabe der Zugang zu Fremdkapital auf dem herkömmlichen Kreditmarkt weitgehend verschlossen.

Diese Finanzierungs- und Kreditmarktschwächen wirken sich insgesamt negativ auf die Neugründung von Unternehmen sowie das Wachstum und die Entwicklung von bestehenden Klein- und Kleinstbetrieben aus, in denen im Land Bremen immerhin ein Anteil von mehr als 12% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet.³³

Mit dem Instrument der Mikrofinanzierung könnte der EFRE vor diesem Hintergrund die betriebliche Investitionsförderung dort flankieren, wo aufgrund der Betriebsgröße oder des Kapitalbedarfs die klassischen Instrumente der Wirtschaftsförderung nicht greifen. Zielgruppe der Förderung wären entsprechend ExistenzgründerInnen, bestehende Klein- und Kleinstunternehmen, Freiberufler sowie Genossenschaften mit geringem Fremdkapitalbedarf von unter 50.000 Euro (keine Mindestbeträge). Förderfähig wären Investitionen und Betriebsmittelbedarfe im Zusammenhang mit der Gründung oder Übernahme eines Kleinstunternehmens. Bestehende Kleinstunternehmen können für notwendige Betriebs- oder Arbeitsmittel, betriebliche Investitionen, den Ausbau und die Erweiterung sowie die Stabilisierung des Unternehmens oder die Unternehmensnachfolge die BAB-Mikrodarlehen in Anspruch nehmen.

Zielgebiet der Maßnahmen der Investitionspriorität 3d

Die Förderung erfolgt landesweit.

³² GEFRA/MR Gesellschaft für Regionalberatung (2012): Evaluierung der Darlehensvergabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landes Bremen, insbesondere mit Blick auf die Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE); hier u.a.: S. 66

³³ Kleinbetriebe definiert mit Anzahl der Beschäftigten unter 10 Personen; HWWI/ZEW (2013): Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013; im Auftrag des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen; hier S. 51

2.2.1.2.2 Leitgrundsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Die Aktionen 3a und 3b werden durch Förderrichtlinien untersetzt, in denen die Förderbedingungen und Auswahlkriterien regelscharf festgelegt werden. Die Leitsätze zur Auswahl der Förderprojekte im LIP sind z.B. an die Fördergrundlagen der GRW-Investitionsförderung angelehnt.

2.2.1.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

Die Aktionen 3a (Förderung betrieblicher Investitionen) und 3b (EFRE-Mikrodarlehen) sollen über Finanzinstrumente, wie z.B. Darlehen, umgesetzt werden.

Der Einsatz der Finanzinstrumente erfolgt vorbehaltlich des Ergebnisses der noch abzuschließenden Ex-Ante-Bewertung.

2.2.1.2.4 Geplante Nutzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte durchzuführen.

2.2.1.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 13: Gemeinsame (GI) und programmspezifische Outputindikatoren (PS) zur Investitionspriorität 3d

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI Ü-1	Zahl der Unternehmen, die Unterstützung erhalten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	125	Begünstigte	Jährlich
OI Ü-2	Zahl der Unternehmen, die abgesehen von Zuschüssen finanzielle Unterstützung erhalten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	125	Begünstigte	Jährlich
OI Ü-3	Private Investitionen, die die öffentliche Unterstützung für Unternehmen ergänzen (nicht Zuschüsse) (GI)	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	31.900.000	Begünstigte	Jährlich
OI 2-1	Beschäftigungszunahme in geförderten Unternehmen (GI)	VZÄ	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	290	Begünstigte	Jährlich

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI 2-2	Anzahl der gesicherten Arbeitsplätze in geförderten Unternehmen (PS)	VZÄ	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	450	Begünstigte	Jährlich
OI 2-3	Zahl der geförderten neuen Unternehmen (=jünger als drei Jahre) (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	63	Begünstigte	Jährlich

2.2.2 Investitionspriorität 3a: Förderung des Unternehmergeistes, insbesondere durch Erleichterung der wirtschaftlichen Nutzung neuer Ideen und Förderung von Unternehmensgründungen, auch durch Gründerzentren

2.2.2.1 Beschreibung der spezifischen Ziele und erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 4: Steigerung der Gründungsaktivitäten

Unternehmensgründungen sind ein weiteres wichtiges Instrument zur Flankierung des Strukturwandels. Durch neue Unternehmen entstehen Arbeitsplätze und es werden zusätzliche Wertschöpfungspotenziale in der Region genutzt. Durch Existenzgründungen wird zudem der regionale Unternehmensbestand „erneuert“ und es ergibt sich mit Blick auf die regionale Branchenstruktur sowohl ein Modernisierungseffekt, wie auch ein Diversifizierungseffekt. Vor diesem Hintergrund - und anknüpfend an die in der sozio-ökonomischen Analyse herausgestellten Potenziale und Aufholbedarfe - ist die Steigerung der Gründungsaktivitäten und die Stabilisierung auf dem Niveau des Vierjahresdurchschnitts 2001 bis 2004 das zweite spezifische Ziel der Prioritätssache.

Dabei fokussiert sich die EFRE Förderung in diesem spezifischen Ziel auf Coaching-, Beratungs- und Qualifizierungsaktivitäten für potenzielle GründerInnen (Vorgründungsphase). Damit werden sowohl das allgemeine Gründungsklima als auch bestimmte Zielgruppen in den Fokus genommen, wobei es sich v.a. um solche Zielgruppen handeln soll, für die im Land Bremen besonders gute (Aus-)Gründungspotenziale bestehen (z.B. innovative Gründungen), oder die im Vergleich mit anderen Großstadregionen besonders unterrepräsentiert sind (z.B. Gründungen durch Frauen).

Tabelle 14: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 4

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionskategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
E14	Gründungsintensität	Gründungen je 10.000 Erwerbsfähige	Stärker entwickelte Regionen	42,69	Vierjahresdurchschnitt 2009-2012	45 (43-47)	ZEW-Gründungspanel	Jährlich

2.2.2.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

2.2.2.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 4a: Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Existenzgründungsvorhaben

Das Spektrum der verschiedenen Unterstützungsangebote für Gründungsinteressierte im Land Bremen wird ab dem Jahr 2015 verwaltungsorganisatorisch zusammengeführt. In diesem Zuge werden die allgemeinen Instrumente der Gründungsberatung, Gründungsbegleitung und des Coachings mit den gruppenspezifischen Unterstützungsangeboten für Frauen, Migrantinnen und Migranten und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen mit Blick auf ein noch effektiveres Beratungsnetzwerk BEGIN weiter optimiert. Dabei ist auch eine stärkere Verzahnung mit dem Einheitlichen Ansprechpartner (EU-Dienstleistungsrichtlinie) geplant, um den Gründungsprozess insgesamt zeitlich und finanziell zu straffen. Entsprechend der Ausrichtung des spezifischen Ziels soll der EFRE in dieser Aktion das Gründungsklima im Land Bremen weiter verbessern und den Zugang für die Gründungswilligen zu Unterstützungsprogrammen erleichtern. Darüber hinaus soll dem Existenzgründungsgeschehen von Frauen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden und Gründungsinteressierten mit Migrationshintergrund ein verbesserter Zugang zu den verschiedenen Fördermöglichkeiten ermöglicht werden.

Aktion 4b: Förderung innovativer Gründungen

Angesichts der Befunde aus der sozio-ökonomischen Analyse, der starken öffentlichen Forschungslandschaft im Land Bremen sowie der großen regionalwirtschaftlichen Bedeutung, sollen in diese Aktion v.a. die bestehenden innovativen Gründungspotenziale im Land durch die Unterstützung von Gründungsvorhaben und Ausgründungen verstärkt wirtschaftlich nutzbar gemacht werden.

Dabei steht das Landesprogramm „BRUT-Gründungsakademie“ im Zentrum dieser Aktion. Mit BRUT sollen auch künftig innovative Gründungsideen möglichst frühzeitig identifiziert und angestoßen werden. Zielgruppe dieses Programms sind Studierende, Doktoranden, wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, Absolventen/-innen, „Young Professionals“ und innovative Handwerksmeister, die i.d.R. nach ihrem akademischen Abschluss bereits erste Berufserfahrung gesammelt haben. Dabei soll an dem Alleinstellungsmerkmal des Programms, der Mischung aus Ideenscreening, bedarfsgerechten und praxisnahen Qualifizierungseminaren, intensiver Betreuung der Gründer/-innen, leistungsabhängiger Förderung anhand von zu erbringenden Meilensteinen, persönlichen Coachingeinheiten und Networking-Angeboten, festgehalten werden.

Zielgebiet der Maßnahmen der Investitionspriorität 3a

Die Förderung erfolgt landesweit.

2.2.2.2.2 Leitsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Die Fördervoraussetzungen für die Aufnahme in das Förderprogramm BRUT-Gründungsakademie sind eine technologieorientierte oder wissensbasierte Dienstleistungs-/Produktidee basierend auf den eigenen Qualifikation der Antragsteller, eine angestrebte Vollerwerbsexistenz und die zurückliegende Zeitspanne zum/r letzten Hochschulabschluss bzw. Meisterprüfung, die nicht länger als sieben Jahre zurück liegen darf. Die Beauftragung geeigneter Einrichtungen zur Beratung, Begleitung, Vernetzung und Information erfolgt im Rahmen von Auswahl- bzw. Vergabeverfahren.

2.2.2.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

Das Land Bremen beabsichtigt in dieser Investitionspriorität keinen Einsatz von Finanzinstrumenten.

2.2.2.2.4 Geplante Umsetzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte im Rahmen der Investitionspriorität 3a durchzuführen.

2.2.2.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 15: Gemeinsame (GI) und programmspezifische Outputindikatoren (PS) zur Investitionspriorität 3a

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionen- kategorie	Zielwert (2023)	Daten- quellen	Häufigkeit der Bericht- erstattung
OI.2-5	Zahl der unterstützten Neugründungen (PS)	Gründungen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	76	Begünstigte	Jährlich
OI.2-6	Zahl der unterstützten wissens- und technologieorientierten Neugründungen (PS)	Gründungen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	76	Begünstigte	Jährlich
OI.2-7	Zahl der durchgeführten Gründungsberatungen (PS)	Gründungsprojekte	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	7.805	Begünstigte	Jährlich
OI.2-8	Zahl der durchgeführten Qualifizierungs- und Coachingveranstaltungen (PS)	Veranstaltungen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	537	Begünstigte	Jährlich
OI.2-9	Zahl der tragfähigen Gründungsvorhaben (PS)	Gründungsvorhaben	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	7.250	Begünstigte	Jährlich
OI.2-10	Zahl der neuen Mieter in den geförderten TGZ (PS)	Gründungsvorhaben/junge Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	36	Begünstigte	Jährlich

2.2.3 Leistungsrahmen der Prioritätsachse 2

Tabelle 16: Leistungsrahmen der Prioritätsachse 2

Art des Indikators (wichtiger Durchführungsschritt, Finanz-, Output- oder ggf. Ergebnisindikator)	ID	Indikator oder wichtiger Durchführungsschritt	Einheit für die Messung, soweit zutreffend	Fonds	Regionenkategorie	Meilenstein (2018)	Endziel (2023)	Datenquellen	Erklärung für die Relevanz des Indikators, soweit zutreffend
Finanzindikator	FI 2	Geförderte Ausgaben	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	6.000.000	27.760.200	Verwaltungsbehörde	
Outputindikator	OI Ü-1	Zahl der Unternehmen, die Unterstützung erhalten	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	52	125	Begünstigte	Aktion 3a (LIP), 3b (Mikrodarlehen)
Outputindikator	OI 2-6	Zahl der unterstützten wissens- und technologieorientierten Neugründungen	Gründungen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	41	76	Begünstigte	Aktion 4b (Förderung innovativer Gründungen)

Zusätzliche qualitative Informationen zur Festlegung des Leistungsrahmens

Der Finanzindikator wurde gemäß Artikel 126 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates gewählt und entspricht den geförderten und im Programm abgebildeten Ausgaben (EFRE-Beitrag plus nationale Kofinanzierung), die im Datenbanksystem für das bremische Programm verbucht und von der Bescheinigungsbehörde bescheinigt wurden.

Die Outputindikatoren wurden so gewählt, dass sie mehr als die Hälfte der EFRE-Mittel der Prioritätsachse abdecken und die Fortschritte in der Umsetzung der Prioritätsachse aufzeigen. Bei der Auswahl der Outputindikatoren wurde zudem Wert darauf gelegt, dass sich die Zielwerte mit möglichst geringem Risiko auf Grundlage der Erfahrungen aus der letzten Förderperiode bestimmen lassen und die Indikatoren bereits in ähnlicher Form verwendet wurden.

Der Outputindikator „Zahl der Unternehmen, die Unterstützung erhalten“ bildet die Umsetzungsfortschritte der Aktionen 3a (LIP) und 3b (Mikrodarlehen) ab. Für die entsprechende Maßnahme sind 7,9 Mio. Euro EFRE-Mittel eingeplant, wodurch der Indikator knapp 57 % der Prioritätsachse abdeckt. Der Indikator „Zahl der unterstützen wissens- und technologieorientierten Neugründungen“ bildet die Umsetzungsfortschritte der Aktion 4b (Förderung innovativer Gründungen) ab, für die mit 2,5 Mio. Euro ca. 18 % der Mittel in der Prioritätsachse 2 eingeplant sind. Gemeinsam decken die Outputindikatoren somit knapp 75 % der EFRE-Mittel der Prioritätsachse ab.

Die Meilensteine 2018 und die Zielwerte 2023 der Outputindikatoren beziehen sich auf Projekte, die vollständig durchgeführt worden sind. Die Zielwerte wurden intensiv mit den fachlich zuständigen und umsetzenden Stellen abgestimmt und beruhen auf deren Erfahrungen und Kennzahlen aus der Umsetzung der Förderperiode 2007-2013.

2.2.4 Interventionskategorien der Prioritätsachse 2

Tabelle 17: Dimension 1: Interventionsbereich

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Allgemeine produktive Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen („KMU“)	6.000.000
067	Entwicklung von KMU, Förderung von Unternehmertum und Gründerzentren (einschließlich der Unterstützung von Spin-offs und Spin-outs)	7.880.100

Tabelle 18: Dimension 2: Finanzierungsform

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Nicht rückzahlbare Finanzhilfe	5.980.100
004	Unterstützung durch Finanzinstrumente: Darlehen oder Gleichwertiges	7.900.000

Tabelle 19: Dimension 3: Art des Gebietes

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Städtische Ballungsgebiete (dicht besiedelt, Bevölkerung > 50 000)	13.880.100

Tabelle 20: Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
007	Nicht zutreffend	

2.3 Prioritätsachse 3: Förderung CO₂-effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen

2.3.1 Investitionspriorität 4b: Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen

2.3.1.1 Beschreibung der spezifischen Ziele und erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 5: Senkung der CO₂-Emissionen in der Wirtschaft

Wie in der sozio-ökonomischen Analyse aufgezeigt, liegen mit Blick auf die angestrebte Senkung der CO₂-Emissionen im Land Bremen besondere Potenziale und Nachholbedarfe bei den bremischen Betrieben. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Förderung, mit der EFRE-Förderung einen Beitrag zu leisten, dass die CO₂-Emissionen in den Verbrauchergruppen Verarbeitendes Gewerbe (ohne Stahlindustrie) sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (ohne Haushalte) bis zum Ende der Förderperiode um 20 bis 40% im Vergleich zu 1990 reduziert werden.

Der strategische Ansatzpunkt für die Förderung basiert auf der Annahme, dass in den bremischen Unternehmen große CO₂-Einsparpotenziale vorhanden sind und trotz steigender Energiepreise weniger in energieeffiziente Maßnahmen investiert wird, als es langfristig gesehen aus ökonomischer, technischer und ökologischer Sicht sinnvoll wäre.

Dies liegt zum Einen daran, dass bei den Betrieben noch immer Informationsdefizite über Einsparpotenziale bestehen und die Suchkosten für effizientere Lösungen aufgrund der beschränkten fachlich-personellen Voraussetzungen relativ hoch sind.

Eine weitere Ursache sind Finanzierungsrestriktionen am Kapitalmarkt, die - gerade für kleinere, bonitäts- und eigenkapitalschwache Unternehmen - noch immer ein großes Hemmnis zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen sind. Mit Blick auf konkrete Investitionen amortisieren sich Energieeffizienzmaßnahmen für viele Unternehmen zudem auch häufig erst in einem nicht angemessenen Zeitraum und stehen meist in Konkurrenz zu anderen betrieblichen Investitionen. Die Folge ist, dass langfristig ökonomisch, ökologisch und technisch sinnvolle Effizienzinvestitionen unterlassen oder nach hinten verschoben werden.

Vor diesem Hintergrund wird das o.g. spezifische Ziel durch zwei wirkungslogisch miteinander verknüpfte Aktionen verfolgt. Zum Einen geht es darum, konkrete Investitionen in betriebliche Projekte zur Energieeffizienz zu fördern, indem Finanzie-

rungshemmnisse abgebaut und Rentabilitätslücken geschlossen werden. Flankierend werden in einer zweiten Aktion sogenannte „soft policies“ (Beratung, Zertifizierung, Informationen) gefördert, mit denen die Unternehmen im Vorlauf zu möglichen Investitionen informiert, sensibilisiert, aufgeklärt und beraten werden sollen.

Tabelle 21: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 5

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionenkategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
EI5	CO ₂ -Emissionen des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Stahlindustrie und sonst. Wirtschaftszweige/ Abfallverbrennung) sowie der Verbrauchergruppe Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (ohne Haushalte)	1.000 t CO ₂	Stärker entwickelte Regionen	3.081	2010	2.200 (1.900 - 2.500)	CO ₂ -Monitoring StaLa/SUBV	Jährlich

2.3.1.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

2.3.1.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 5a: Anreize für Energieeffizienzinvestitionen in Unternehmen

Adressaten dieser Aktion sind grundsätzlich Unternehmen aller Branchen und Betriebsgrößen mit Standort im Land Bremen. Auch für „Nicht-KMU“ bestehen erhebliche Potenziale für Energieeffizienzmaßnahmen, die teils aufgrund betriebsinterner Rentabilitätsvorgaben nicht genutzt werden.

Es soll ein breites Spektrum an Energieeffizienzmaßnahmen gefördert werden, das betriebliche Investitionen in

- Maschinen, Querschnitts- und Prozesstechnologien (Antriebe, Pumpen, Druckluft, Mess-, Regel- und Steuerungstechnik, etc.),
- die Gebäude- und Anlagentechnik (Heizung, Kühlung, Beleuchtung, etc.),
- die effizientere und regenerative Energieerzeugung (KWK, ...) und
- Maßnahmen zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien
- die Gebäudehülle

umfasst. Anlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien können dann unterstützt werden, wenn sie keine Förderung über das EEG erhalten. Ausgeschlossen sind Anlagen, die dem Emissionsrechtehandel unterliegen.

Die Förderung von Investitionen verfolgt dabei zwei strategische Stoßrichtungen: Durch Zuschüsse sollen die betrieblichen Energieeffizienzprojekte über die notwendige Rentabilitätsschwelle gehoben werden (Rentabilitätseffekte). Durch Finanzinstrumente, z.B. die Vergabe von Energieeffizienzdarlehen, sollen die Möglichkeiten für die Gesamtfinanzierung von klimaschutzrelevanten Investitionsprojekten verbessert werden (Liquiditäts- und Risikoübernahmeeffekt).

Die Zuschüsse werden über das REN-Programm vergeben, das als Anreiz zur Durchführung der Investitionen die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen verbessert und die bei Energieeffizienzmaßnahmen oftmals langen Amortisationszeiten auf ein für Unternehmen vertretbares Maß reduziert. Grundlage ist der Umweltbeihilferahmen der EU, die Förderung beschränkt sich also unmittelbar auf die Mehrkosten der Maßnahme, die für die Realisierung des zusätzlichen Klimaschutzeffektes notwendig sind. Vorteile aus der Investition in den ersten fünf Jahren, z.B. geringere Energiekosten, werden von den förderfähigen Umweltmehrkosten abgezogen. Die Effekte der Effizienzmaßnahmen müssen über die gesetzlichen Vorgaben und den marktüblichen Standard hinausgehen.

Zur Überwindung von Finanzierungshemmnissen und zur Erleichterung der Gesamtfinanzierung von klimaeffizienten Investitionsvorhaben sollen - komplementär zur zuschussbasierten REN-Förderung - Energieeffizienzfinanzinstrumente, z.B. in Form von Darlehen, ausgegeben werden, die inhaltlich auf dem KfW-Energieeffizienzprogramm aufsetzen. Letzteres wird im Land Bremen nur sehr zurückhaltend nachgefragt, was u.a. an der fehlenden Risikoübernahme durch die KfW (es gelten die hausbanküblichen Sicherheiten) und einer vergleichsweise schwachen Zinsvergünstigung liegt. Mit höheren Zinsvergünstigungen, niederschweligen Konditionen und ergänzenden Angeboten könnten Darlehen somit wesentlich attraktiver für die Unternehmen gestaltet werden, als die Darlehen der KfW. Durch die Bemessung der Förderung auf die gesamte CO₂-relevante Investitionsmaßnahme würden solche Darlehen - anders als die REN-Förderung - zudem die Gesamtfinanzierungsfunktion für die Unternehmen verbessern. Gleichzeitig wird die Risikoposition der Hausbank reduziert, der Spielraum für die Kreditvergabe erweitert und bestehende Finanzierungshemmnisse für die Unternehmen abgebaut.

Aktion 5b: Energieberatung, Information und Zertifizierung für Unternehmen

Als zweiter wesentlicher Baustein zur Erreichung des spezifischen Ziels sind die „weichen“ Aktivitäten im Bereich Klimaschutzmanagement, Information, Beratung und Zertifizierung zu nennen, die ebenfalls wichtige Bestandteile der für das Land Bremen verfolgten integrierten Energie- und Klimaschutzstrategie KEP 2020 sind. Mit Blick auf das gerade in kleineren Betrieben oftmals nicht ausreichend vorhandene Know-How im Bereich der Energiebilanzierung sowie insgesamt zur Kompensation der o.g. Informationsdefizite spielen diese Aktivitäten auch und gerade im unternehmerischen Bereich eine wichtige Rolle, weil sie die investiven Instrumente flankieren, unterstützen und in vielen Fällen auch erst ermöglichen/stimulieren. Zudem wird über die fachliche Beratung gewährleistet, dass nicht nur in Einzelmaßnahmen gedacht wird, sondern eine ganzheitliche Betrachtungsweise der Energie- und Stoffstrombilanzen in Betrieben erfolgt, die auch mögliche Wechselwirkungen berücksichtigt.

Gefördert werden vor diesem Hintergrund Initiativen, die mit Beratungsprogrammen, Vernetzungsaktivitäten und der Vergabe von Auszeichnungen und Zertifikaten gezielt zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen in den bremischen Unternehmen beitragen.

Dieser ausschließlich betriebsbezogene Ansatz wird flankiert durch die Förderung weiterer Informations-, Beratungs- und Weiterbildungsangebote in den Themenfeldern Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Klimaschutz, die neben KMU auch VerbraucherInnen und öffentliche Einrichtungen in den Blick nehmen. Dabei werden auch Klimaschutzkampagnen und das Klimaschutzmanagement gefördert, um eine breite und stark öffentlichkeitswirksame Informationswirkung im Land Bremen zu erzielen. Durch diese, nicht nur auf die betrieblichen Potenziale abgestellten Maßnahmen, werden alle Akteure im Land in den Blick genommen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Durchführung von energierelevanten Handlungen in allen relevanten Bereichen kenntnisreich und verantwortungsbewusst im Sinne des Klimaschutzes gehandelt wird und zusätzliche Projekte zur Verringerung des fossilen Energieverbrauchs angestoßen und umgesetzt werden.

Zielgruppen der Maßnahmen

- Unternehmen, Betriebe, Handwerker, Freiberufler sonstige gewerblich Tätige
- Klimainitiativen und Beratungsagenturen
- Öffentliche Stellen (z.B. Behörden, Bremer Aufbau-Bank)

Zielgebiet der Maßnahmen der Investitionspriorität 4b

Die Förderung erfolgt landesweit.

2.3.1.2.2 Leitsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Zentrales Auswahlkriterium im REN-Programm ist der Umfang der zusätzlichen energetischen Verbesserung und/oder der Vorbildcharakter der Projekte.

Die Auswahlkriterien und Förderbedingungen im Rahmen der Energieeffizienzdarlehen werden im Zuge der Ex-Ante-Bewertung zu den Finanzinstrumenten noch weiter bestimmt. Die Kreditberatung zu betrieblichen Energieeffizienzprojekten wird eng mit den Beratungstätigkeiten zur betrieblichen Investitions- und Mittelstandsfinanzierung in der Prioritätsachse 2 sowie zur betrieblichen FuE-Beratung in der Prioritätsachse 1 gekoppelt.

Die Beauftragung geeigneter Einrichtungen zur Beratung, Begleitung, Vernetzung und Information erfolgt im Rahmen von Auswahl- bzw. Vergabeverfahren.

2.3.1.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

Um Finanzierungshemmnisse zu überwinden und zur Erleichterung der Gesamtfinanzierung von klimaeffizienten Investitionsvorhaben beizutragen, soll die Energieeffizienzförderung in den Betrieben u.a. durch Finanzinstrumente, wie z.B. Darlehen, erfolgen.

Der Einsatz der Finanzinstrumente erfolgt vorbehaltlich des Ergebnisses der noch abzuschließenden Ex-Ante-Bewertung.

2.3.1.2.4 Geplante Umsetzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte im Rahmen der Investitionspriorität 4b durchzuführen.

2.3.1.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 22: Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 4b

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI Ü-1	Zahl der Unternehmen, die Unterstützung erhalten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	46	Begünstigte	Jährlich
OI Ü-2	Zahl der Unternehmen, die abgesehen von Zuschüssen finanzielle Unterstützung erhalten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	30	Begünstigte	Jährlich
OI Ü-3	Private Investitionen, die die öffentliche Unterstützung für Unternehmen ergänzen (außer Zuschüsse) (GI)	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	15.000.000	Begünstigte	Jährlich
OI Ü-4	Zahl der Unternehmen, die Zuschüsse erhalten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	16	Begünstigte	Jährlich
OI Ü-5	Private Investitionen, die die öffentliche Unterstützung für Unternehmen ergänzen (Zuschüsse) (GI)	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	2.000.000	Begünstigte	Jährlich
OI 3-1	Zahl der zur betrieblichen CO ₂ -Minderung beratenden Unternehmen (PS)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	238	Begünstigte	Jährlich
OI 3-2	Geschätzter jährlicher Rückgang der Treibhausgasemissionen (GI)	Tonnen CO ₂ -Äquiv.	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	6.100	Begünstigte	Jährlich
OI 3-3	Zahl der Auszeichnungen zum Klimaschutzbetrieb (PS)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	24	Begünstigte	Jährlich
OI 3-4	Aufgedeckte CO ₂ -Minderungspotenziale (PS)	Tonnen CO ₂ -Äquiv.	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	26.400	Begünstigte	Jährlich

2.3.2 Investitionspriorität 4e: Förderung von Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes für sämtliche Gebiete, insbesondere städtische Gebiete, einschließlich der Förderung einer nachhaltigen multimodalen städtischen Mobilität und klimaschutzrelevanten Anpassungsmaßnahmen

2.3.2.1 Beschreibung der spezifischen Ziele und erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 6: Senkung der CO₂-Emissionen in bestimmten städtischen Gebieten

In dieser Investitionspriorität nimmt die EFRE-Förderung einen territorialen Fokus auf bestimmte Gebiete und Flächen im Land Bremen ein, um für diese Standorte integrierte CO₂-Reduktionsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Mit diesem integrierten und ortsspezifischen Förderansatz nimmt der EFRE konkret eine Handlungsmöglichkeit wahr, mit der gerade Städte - als dicht bebaute, funktionsgemischte und verkehrlich stark vernetzte und beanspruchte Räume - die auf Bundes- und EU-Ebene verankerten (naturgemäß räumlich eher unspezifischen) Klimaschutzaktivitäten sinnvoll ergänzen können. Der regionale Mehrwert gegenüber räumlich isolierten Einzelmaßnahmen entsteht durch die integrierte Betrachtung der bestehenden CO₂-Reduktionspotenziale in den betreffenden Gebieten.

Um vorwiegend gewerblich genutzte Gebiete - u.a. in ihrer Wechselwirkung mit angrenzenden nutzungsgemischten Stadtgebieten - zu nachhaltigen, energie- und CO₂-effizienteren Standorten zu entwickeln, ist dabei ein ganzheitlicher Blick auf die entsprechenden Gebiete, das gesamte Spektrum der hier angesiedelten Nutzer sowie ihre stadtstrukturellen Verflechtungen notwendig, der über die isolierte Betrachtung einzelner Nutzungen und Emittenten hinausgeht.

Eine integrierte Strategie zur CO₂-Vermeidung wurde bisher nur für ein Gebiet im Land Bremen entwickelt: Der „Technologiepark Bremen“ nahm am bundesweit ausgeschriebenen Modellprojekt „Zero Emission Park“ teil, durch das CO₂-Einsparungspotenziale für Gewerbegebiete identifiziert und realisiert wurden.

Vor diesem Hintergrund sollen in diesem spezifischen Ziel zwei weitere integrierte Konzepte zur CO₂-Reduktion für bestimmte städtische Gebiete entwickelt und umgesetzt werden, die verschiedene Handlungsfelder, z. B. die energetische Gebäudesanierung, die Energieversorgung, intelligente Verteilersysteme und sonstige technische Infrastrukturen, die Flächengestaltung sowie die Themen Verkehr, Mobilität und Logistik miteinander verknüpfen; mit einem Fokus auf die jeweils ortsspezifischen

Gegebenheiten, Bedarfe und Nutzer/Akteure. Das spezifische Ziel ist es, im Rahmen der Umsetzung dieser Konzepte einen Beitrag dazu zu leisten, dass die CO₂-Emissionen verbrauchergruppenübergreifend bis zum Ende der Förderperiode um 20 bis 40% im Vergleich zu 1990 reduziert werden.

Tabelle 23: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 6

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionenkategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
EI6	CO ₂ -Emissionen aus dem Endenergieverbrauch in 1000 t (ohne Stahlindustrie)	In 1000 t CO ₂	Stärker entwickelte Regionen	6.302	2010	4.800 (4.100 - 5.500)	CO ₂ -Monitoring im Rahmen des KEP (StaLa, SUBV)	Zweijährlich

2.3.2.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

Das spezifische Ziel wird durch zwei aufeinander aufbauende Aktionen umgesetzt. Im Rahmen der Aktion 6a werden für zwei geeignete Stadtgebiete zunächst jeweils eine Analyse / Strategie zur Verminderung des CO₂-Ausstoß erstellt, die konzeptionelle Grundlage ist für die Auswahl einer Reihe von investiven und nicht-investiven Projekten, die in Aktion 6b gefördert werden. Die Aktion 6a ist der Aktion 6b entsprechend zeitlich vorgeschaltet.

2.3.2.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 6a: Erstellung von gebietsbezogenen und integrierten Analysen, Strategien und Konzepten zur CO₂-Vermeidung

Um einen ganzheitlichen Blick auf ausgewählte gewerblich genutzte Stadtgebiete, inklusive ihrer Wechselwirkung mit angrenzenden nutzungsgemischten Stadtgebieten, ihrer stadtstrukturellen Verflechtungen und der angesiedelten Nutzer sicherzustellen, wird als Voraussetzung für die konkrete Förderung von Projekten zur CO₂-Reduktion zunächst eine Analyse und Konzepterstellung vorgeschaltet. Die Förderung unterstützt die Erstellung von gebietsbezogenen Analysen, integrierten Strategien und Konzepten zur CO₂-Vermeidung. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß der Fördergebiete im Ausgangszustand festzustellen sowie verschiedene Handlungsfelder zur

CO₂-Reduktion mit einem Fokus auf die ortsspezifischen Gegebenheiten und Bedarfe zu beleuchten, um geeignete investive Förderprojekte zu identifizieren. Im Rahmen der Förderung werden Zuschüsse für die Kosten einer extern vergebenen Analyse-, Strategie- und Konzepterstellung gewährt. Begünstigte der Förderung sind öffentliche Stellen, die mit der Verwaltung der betrachteten Gebiete betraut sind. Bei der Ausschreibung der Konzepte wird auf die Verknüpfung der Konzepterstellung mit Plänen gemäß RL 2008/50 EG berücksichtigt.

Aktion 6b: Projekte zur Umsetzung der integrierten Konzepte

Vorbehaltlich der Ergebnisse aus den integrierten Konzepten in Aktion 6a werden im Folgenden mögliche Handlungsfelder definiert und beschrieben, in denen investive und nicht-investive Projekte umgesetzt werden können.

Energieeffizienz in (öffentlichen) Gebäuden

Gebäude sind ein wesentlicher Energieverbraucher. Durch eine schlechte Dämmung der Gebäudehülle, veraltete Heizungsanlagen und ineffiziente Gebäudetechnik wird unnötig Energie verbraucht und CO₂ verursacht. Insbesondere die Gebäude der öffentlichen Hand sollten Vorbild in Bezug auf Umweltschutz und Energieeffizienz sein, weisen jedoch häufig einen Investitionsstau auf. Der EFRE kann im Rahmen der integrierten Konzepte in den entsprechenden Gebieten daher Investitionen zur energetischen Optimierung der Gebäudehülle, der technischen Gebäudeausrüstung und der Gebäudeenergieversorgung in bestehenden öffentlichen Gebäuden fördern. Die Gebäude erhöhen durch die energetische Optimierung ihre Energieeffizienz über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus und erreichen mindestens den Niedrigenergiestandard. Die geförderten Gebäude müssen einen grundlegenden energetischen Sanierungsbedarf aufweisen, d.h., es werden keine isolierten Einzelmaßnahmen zur Energieeinsparung gefördert. Dabei werden nur die Teile der Investition unterstützt, die die CO₂-Reduktion ermöglichen. Im Rahmen der Förderung werden Zuschüsse zu den Kosten der energetischen Optimierung gewährt. Begünstigte der Förderung sind die öffentlichen Stellen, die die geförderte Immobilie verwalten.

Energieversorgung, intelligente Verteilersysteme und sonstige technische Infrastrukturen

Um zusätzliche Energie- und CO₂-Einsparpotenziale zu heben, können im Rahmen der integrierten Konzepte auch die Energieversorgung und das Energiemanagement quartiersbezogen - statt für den einzelnen Betrieb/Gebäude - optimiert werden. Die

Förderung kann Investition z.B. für die Optimierung der quartiersbezogenen Energieversorgung beispielsweise durch die Einbeziehung von Wärmesenken und Wärmequellen in eine zentrale Wärmeversorgung unterstützen, um die Voraussetzungen für den Einsatz von Erneuerbaren Energien oder hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung zu verbessern oder überhaupt erst zu schaffen und die Voraussetzungen für eine lokale Nutzung von Abwärmepotenzialen zu verbessern. Gefördert werden können ebenfalls Investitionen zum Einsatz von intelligenten Verteilersystemen zur optimierten quartiersbezogenen Steuerung des Energieverbrauchs, wie z.B. der Einbau und die Vernetzung von intelligenten Zählern und Schaltstationen. Die Förderung richtet sich dabei auf die Aspekte, die über einen einzelbetrieblichen Ansatz hinausgehen und nicht bereits durch andere Fördermechanismen wie das EEG abgedeckt sind. Des Weiteren können durch die Förderung wichtige technische Infrastrukturen in den Quartieren energieeffizient ausgestaltet werden. Z.B. kann die öffentliche Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Lampen umgestellt werden. Begünstigte der Förderung sind die öffentlichen Stellen, die mit der Verwaltung der geförderten Gebiete oder technischer Infrastrukturen betraut sind.

Nachhaltiger Verkehr/Mobilität

Mobilität hat in den vergangenen Jahrzehnten sowohl als gesellschaftliches Bedürfnis wie auch als zentraler Faktor wirtschaftlicher Prozesse einen hohen Stellenwert gewonnen. Zeichen dafür ist ein zunehmendes Verkehrsaufkommen an Personen und Gütern. Zurzeit basiert ein Großteil der Mobilitätslösungen auf fossiler Energie und verursacht somit CO₂-Emissionen. Der Anstieg des Verkehrsaufkommens erfordert ein Umdenken in der Nutzung vorhandener Ressourcen in der Güter- und Personenlogistik. CO₂-effizientere Lösungen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Mobilitätsansprüchen von Unternehmen und Privatpersonen auf umweltchonende Weise gerecht zu werden und den CO₂-Ausstoß, der von den geförderten Gebieten mit überwiegend gewerblicher Nutzung ausgeht, zu senken. Die Förderung unterstützt daher die Entwicklung und Umsetzung von Mobilitätslösungen in den geförderten Gebieten sowie in Gebieten, die verkehrstechnisch mit diesen verknüpft sind. Die geförderten CO₂-effizienten Mobilitätslösungen setzen dabei an den drei Aspekten Verkehrsverlagerung auf CO₂-effizientere Verkehrsträger, Verringerung der CO₂-Emissionen aller Verkehrsträger und der Verkehrsvermeidung an.

Gefördert werden können zum Einen Projekte zur Verkehrsverlagerung auf den Umweltverbund (ÖPV, Radfahren, Zu-Fuß-Gehen) und gemeinschaftlich genutzte Mobilitätsangebote zur Verkehrsvermeidung. Zum anderen sind Projekte zur Elektromobilität denkbar, wie z.B. die Anschaffung von E-Bikes oder Elektrofahrzeugen im

ÖPNV sowie die Errichtung von Ladestationen. Des Weiteren können Projekte zur Verkehrsvermeidung gefördert werden, die z.B. für kurze Wege im Stadtgebiet oder eine optimale Verkehrsführung/-leitsysteme sorgen. Auch die Erprobung innovativer, softwaregestützter Logistikkösungen, verkehrsvermeidender Pooling- und Sharing-Konzepte sowie Demonstrationsprojekte zu CO₂-neutralen Fahrzeugen in verschiedenen Anwendungssektoren und zur intermodalen Verknüpfung von Verkehren werden unterstützt. Ebenfalls Gegenstand der Förderung kann eine betriebliche Mobilitätsberatung sein mit dem Ziel, Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten umweltfreundlicher Verkehrsträger, der Elektromobilität und innovativer Logistikkösungen für Unternehmen und Beschäftigte aufzuzeigen. Begünstigte der Förderung sind die öffentlichen Stellen, die mit der Verwaltung der geförderten Gebiete oder verkehrstechnischer Infrastrukturen betraut sind sowie anwendungsorientierte Forschungsakteure und Unternehmen.

Modellprojekte für den Einsatz kohlenstoffarmer Technologien

Um für städtische Gebiete mit überwiegend gewerblicher Nutzung innovative Lösungen zur CO₂-Reduktion zu realisieren, können durch die Förderung Modellprojekte zum Einsatz kohlenstoffarmer Technologien unterstützt werden. Gefördert würde dabei die Erprobung und Demonstration neuer kohlenstoffarmer Technologien oder neuer Anwendungsgebiete dieser Technologien. Die Förderung adressiert gezielt den Übergang von FuE-Aktivitäten zur Marktgängigkeit der Technologien und schafft durch Investitionsanreize im Zusammenhang mit der Etablierung CO₂-effizienter Lösungen u.a. Synergien zum Horizont-2020 Antrag „Smart City Überseestadt Bremen“. Unterstützt werden Projekte zur Anwendung kohlenstoffarmer Technologien in allen Bereichen, die für die Entwicklung der städtischen Gebiete und ihre gewerbliche Nutzung relevant sind. Dazu gehören z.B. neue Formen der Abwärmenutzung (z.B. Nutzung von Abwasserwärme, Stromerzeugung aus Niedertemperaturwärme, nicht leitungsgebundene Transportsysteme für Wärmeenergie) oder innovative Antriebe (z.B. Nutzung emissionsarmer Brennstoffe). Begünstigte der Förderung sind die öffentlichen Stellen, die mit der Verwaltung der geförderten Gebiete oder der Infrastrukturen betraut sind, in denen die kohlenstoffarmen Technologien angewendet werden.

Zielgebiet der Maßnahmen der Investitionspriorität 4e

Voraussetzung für die Auswahl der beiden Gebiete ist das Vorliegen eines integrierten Konzeptes zur CO₂-Vermeidung, das Reduktionspotenziale in mindestens zwei der oben genannten Handlungsfelder aufzeigt.

Die Förderung konzentriert sich auf jeweils ein Stadtgebiet in der Stadt Bremen und Bremerhaven.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sind auch positive Wirkungen auf die Luftqualität, insbesondere auf die Menge von Feinstaub und Stickstoffdioxiden, sowie auf die in der NEC-Richtlinie (National Emission Ceilings) festgelegten Nationalen Emissionshöchstmengen und die Zielsetzungen der Luftqualitätspläne zu erwarten.

2.3.2.2.2 Leitsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Die investiven Projekte in den skizzierten Potenzialbereichen und Maßnahmen (Gebäude, Energieversorgung, Mobilität, Verbreitung kohlenstoffarmer Technologien) sind Ergebnis der jeweils vorgeschalteten gebietsbezogenen Analysen, Strategien und Konzepten zur CO₂-Vermeidung. Die Auswahl der konkreten EFRE-Projekte erfolgt auf Basis der Analyseergebnisse, wobei solche Projekte prioritär gefördert werden, die den größten Energieeinspareffekt erwarten lassen oder Demonstrationscharakter haben.

Bei den geplanten investiven Maßnahmen im Bereich der Sanierung öffentlicher Gebäude und Infrastrukturen wird eine Bestandsaufnahme vor Investitionsbeginn vorgenommen und die Zielerreichung in geeigneter Weise überprüft.

2.3.2.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

Bremen beabsichtigt keine innovativen Finanzinstrumenten im Rahmen der Investitionspriorität 4e einzusetzen.

2.3.2.2.4 Geplante Umsetzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte im Rahmen der Investitionspriorität 4e durchzuführen.

2.3.2.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 24: Gemeinsame (GI) und programmspezifische (PS) Outputindikatoren zur Investitionspriorität 4e

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI 3-2	Geschätzter jährlicher Rückgang der Treibhausgasemissionen (GI)	T CO ₂ -Äquivalente	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	3.930	Begünstigte	Jährlich
OI 3-5	Zahl der Gebiete, für die gebietsbezogene Strategien zur CO ₂ -Vermeidung erstellt wurden (PS)	Gebiete	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	2	Begünstigte	Jährlich
OI 3-6	Zahl der Projekte zur gebietsbezogenen CO ₂ -Reduktion (PS)	Projekte	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	10	Begünstigte	Jährlich

2.3.3 Leistungsrahmen der Prioritätsachse 3

Tabelle 25: Leistungsrahmen der Prioritätsachse 3

Art des Indikators (wichtiger Durchführungsschritt, Finanz-, Output- oder ggf. Ergebnis- indikator)	ID	Indikator oder wichtiger Durch- führungsschritt	Einheit für die Messung, soweit zutref- fend	Fonds	Regionen- kategorie	Meilen- stein (2018)	Endziel (2023)	Daten- quellen	Erklärung für die Relevanz des Indikators, soweit zu- treffend
Finanzindikator	FI 3	Geförderte Ausgaben	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	5.900.000	39.560.200	Verwal- tungsbehör- de	
Outputindikator	OI 3-1	Zahl der zur betrieblichen CO ₂ -Minderung beratenden Unternehmen (PS)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	107	238	Begünstigte	Aktion 5a (Anreize für Energieeffizienzinvestitio- nen in Unternehmen), Ak- tion 5b (Energieberatung, Information und Zertifizie- rung für Unternehmen)

Zusätzliche qualitative Informationen zur Festlegung des Leistungsrahmens

Der Finanzindikator wurde gemäß Artikel 126 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates gewählt und entspricht den geförderten und im Programm abgebildeten Ausgaben (EFRE-Beitrag plus nationale Kofinanzierung), die im Datenbanksystem für das bremische Programm verbucht und von der Bescheinigungsbehörde bescheinigt wurden.

Der Outputindikator wurde so gewählt, dass er mehr als die Hälfte der EFRE-Mittel der Prioritätsachse abdeckt und die Fortschritte in der Umsetzung der Prioritätsachse aufzeigt. Bei der Auswahl des Outputindikators wurde zudem Wert darauf gelegt, dass sich die Zielwerte mit möglichst geringem Risiko auf Grundlage der Erfahrungen aus der letzten Förderperiode bestimmen lassen und der Indikator bereits in ähnlicher Form verwendet wurde.

Der Outputindikator „Zahl der zur betrieblichen CO₂-Minderung beratenden Unternehmen (PS)“ bildet die Umsetzungsfortschritte der Aktionen 5a (Anreize für Energieeffizienzinvestitionen in Unternehmen) und 5b (Energieberatung, Information und Zertifizierung für Unternehmen) ab. Für die entsprechenden Maßnahmen sind knapp 12 Mio. Euro EFRE-Mittel eingeplant. Der Outputindikator deckt somit gut 60 % der Prioritätsachse ab.

Die Meilensteine 2018 und die Zielwerte 2023 des Outputindikators beziehen sich auf Projekte, die vollständig durchgeführt worden sind. Die Zielwerte wurden intensiv mit den fachlich zuständigen und umsetzenden Stellen abgestimmt.

2.3.4 Interventionskategorien der Prioritätsachse 3

Tabelle 26: Dimension 1: Interventionsbereich

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
013	Energieeffiziente Renovierung öffentlicher Infrastrukturen, Demonstrationsprojekte und Begleitmaßnahmen	5.880.100
043	Umweltfreundlichkeit und Förderung der Nahverkehrsinfrastruktur (einschließlich Ausrüstung und Fahrzeugen)	1.000.000
044	Intelligente Verkehrssysteme (einschließlich Einführung von Nachfragesteuerungs- und Mautsystemen sowie IT-Systemen für Überwachung, Steuerung und Information)	1.000.000
068	Energieeffizienz- und Demonstrationsprojekte in KMU und Begleitmaßnahmen	8.400.000
069	Unterstützung umweltfreundlicher Produktionsverfahren und der Ressourceneffizienz in KMU	2.000.000
070	Förderung der Energieeffizienz in großen Unternehmen	1.500.000

Tabelle 27: Dimension 2: Finanzierungsform

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Nicht rückzahlbare Finanzhilfe	12.280.100
004	Unterstützung durch Finanzinstrumente: Darlehen oder Gleichwertiges	7.500.000

Tabelle 28: Dimension 3: Art des Gebietes

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Städtische Ballungsgebiete (dicht besiedelt, Bevölkerung > 50 000)	19.780.100

Tabelle 29: Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
007	Nicht zutreffend	19.780.100

2.4 Prioritätsachse 4: Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze

2.4.1 Investitionspriorität 9b: Unterstützung der Sanierung sowie wirtschaftlichen und sozialen Belebung benachteiligter Gemeinden in städtischen und ländlichen Gebieten

2.4.1.1 Beschreibung des spezifischen Ziels und der erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 7: Stabilisierung benachteiligter Sozialräume und ihrer lokalen Ökonomien

Mit diesem spezifischen Ziel sollen die Bildung- und Arbeitsmarktchancen der Bevölkerung als Schlüsselfaktoren für die Bekämpfung von Armut und Exklusion in benachteiligten Sozialräumen verbessert sowie die infrastrukturellen und betrieblichen Entwicklungspotenziale der hier verankerten lokalen Ökonomien gestärkt werden.

Um der verfestigten materiellen Armut und Exklusion in benachteiligten Quartieren entgegenzuwirken, sind die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und Bildungsarmut zentrale Ansatzpunkte und Voraussetzungen. Der Ausschluss aus bzw. die nicht ausreichend vorhandene Integration in das Bildungs- und Beschäftigungssystem führt in aller Regel zu Einkommensarmut, mit weitreichenden Auswirkungen auf die sozialen Netzwerke und die individuellen Lebensperspektiven ganzer Bevölkerungsgruppen in den Quartieren.

Über ihre Beschäftigungs-, Integrations- und Versorgungsfunktion spielen zudem auch die Betriebe der lokalen Ökonomie eine überaus wichtige Rolle für Stabilisierungsstrategien in benachteiligten Sozialräumen, wobei sie - insbesondere mit Blick auf ihre lokalen Absatzmärkte und Verflechtungen - gleichzeitig von einem stabilen sozialräumlichen Umfeld sowie einem gewissen Kaufkraftniveau abhängig sind.

Vor diesem Hintergrund ist in diesem spezifischen Ziel ein integriertes Maßnahmenpektrum geplant, das sowohl auf die Verbesserung des lokalen Bildungsniveaus und der Beschäftigungsfähigkeit der Quartiersbevölkerung, als auch die Stabilisierung und Stärkung der in diesen Sozialräumen verankerten lokalen Ökonomie abzielt.

Durch infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der integrierten Arbeitsmarktförderung und der informellen Bildungspolitik sollen neue, sozialraumbezogene Ansätze erprobt werden, mit der die Teilhabechancen der örtlichen Bevölkerung wesentlich

verbessert und Übergänge zu Beschäftigungs- und Bildungsangeboten ermöglicht und erleichtert werden sollen. Zudem werden Maßnahmen gefördert, mit denen das in Prioritätsachse 2 verankerte Instrument der Mikrokredite zielgerichteter für die betriebliche Förderung der lokalen Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen genutzt werden könnte. Als wichtige Netzwerk- und Anlaufstellen für die lokale Ökonomie werden in diesem Zusammenhang auch die Aktivitäten lokaler Stadtteilinitiativen unterstützt. Darüber hinaus sind flankierende infrastrukturelle Maßnahmen zur Stärkung des lokalökonomischen Standortumfeldes geplant, die gezielt auf die Steigerung der funktionalen und städtebaulichen Attraktivität des Quartiers abzielen.

Konkret soll mit der EFRE-Förderung zur Erreichung dieses spezifischen Ziels ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die SGBII-Quote in den beiden genannten Stadtquartieren am Ende der Förderperiode dauerhaft auf einen Wert von unter 30% sinkt.

Tabelle 30: Programmspezifische Ergebnisindikatoren für das Spezifische Ziel 7

ID	Indikator	Einheit für die Messung	Regionenkategorie	Basiswert	Basisjahr	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
EI7	SGB-II-Quote in den ausgewählten Stadtteilen	%	benachteiligtes Stadtgebiet Bremen (Gröpelingen)	32,1	2012	(unter) 30	Bremer Ortsteilatlas	Jährlich
			benachteiligtes Stadtgebiet Bremerhaven (Lehe)	32,2	2012	(unter) 30	Statistisches Landesamt, Stadt Bremerhaven	Jährlich

2.4.1.2 Unterstützte Maßnahmen innerhalb der Investitionspriorität

2.4.1.2.1 Beschreibung der Maßnahmen

Aktion 7a: KMU-Beratung und Stadtteilinitiativen

Für die betriebliche Finanzierung kleiner Investitionen sowie notwendiger Betriebs- und Arbeitsmittel fehlt Klein- und Kleinstunternehmen - wie in den Darstellungen zu Prioritätsachse 2 deutlich wird - oftmals das erforderliche Eigenkapital. Zum anderen bleibt diesen Betrieben der Zugang zu Fremdkapital in Form Kleinstkrediten aufgrund schlechter Bonitäten und bankenseitig hoher Fixkosten bei der Kreditvergabe auf dem herkömmlichen Kreditmarkt meist verschlossen.

Diese Finanzierungs- und Kreditmarktschwäche wirkt sich insgesamt negativ auf die Neugründung und das Wachstum von Unternehmen aus und behindert somit auch die Entwicklung der lokalen Ökonomie im Quartier. Durch das schwierige sozialräumliche Umfeld, die besonderen Profile, Motivationen und Hintergründe der Unternehmer und Gründungswilligen, fehlende überlokale Netzwerke und Zugänge sowie die oftmals nicht orts- und zielgruppenspezifisch ausgerichteten Beratungsstrukturen ist dieses Zugangsproblem für Klein- und Kleinstbetriebe der lokalen Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen besonders virulent. Da die Finanzierung dieser Unternehmen also wesentlich von den weiteren Gründungs- und Geschäftsvoraussetzungen im räumlichen Umfeld der Betriebe abhängig ist, müssen Förderung und Beratung stärker als bisher sozialräumlich ausgerichtet werden.

Mit Blick auf das Aufgabenfeld der KMU-Beratung sollen vor diesem Hintergrund im Rahmen der EFRE-Förderung die bestehenden lokalen Strukturen und Kapazitäten im Stadtteil gestärkt werden. Dabei sollte geprüft werden, ob und inwieweit auch bereits im Land vorhandene Kapazitäten - insbesondere die bestehenden Beratungsstrukturen der Bremer Aufbau-Bank (BAB) im Zusammenhang mit dem Instrument der Mikrokredite - stärker als bisher lokal genutzt und in die integrierte Stadtentwicklungspolitik vor Ort eingebunden werden können; z.B. über eine organisatorische Anbindung an die jeweiligen Stadtteilinitiativen vor Ort.

- Im Zuge der KMU-Beratung ist ein ganzheitlicher Blick auf die betrieblichen und individuellen Anforderungen und Ressourcen der Betriebe der lokalen Ökonomie notwendig, d.h. neben Coaching- und Beratungsbedarfen für konkrete Gründungs- und Investitionsvorhaben können auch allgemeine betriebliche Themen wie Unternehmensnachfolge/-übernahmen oder betriebliches und betriebsübergreifendes Marketing adressiert werden.
- Neben der in vielen benachteiligten Quartieren erforderlichen zielgruppenspezifischen Ausrichtung der Beratungs- und Finanzierungsangebote kann zudem die Möglichkeit genutzt werden, kleine Unternehmen der Kreativwirtschaft stärker in die lokal-ökonomischen Zusammenhänge in benachteiligten Stadtteilen einzubinden, oder Formen der solidarischen Ökonomie (z.B. Genossenschaften) verstärkt in den Blick zu nehmen.

Das Instrument der Mikrofinanzierung sowie die in diesem spezifischen Ziel geförderten Beratungsstrukturen wären sowohl auf Neugründungen, als auch bestehende Unternehmen ausgerichtet. Im Zuge der Investitions- und Kreditberatungen wäre ei-

ne enge, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Begleitung und Ansprache in den benachteiligten Quartieren von besonderer Bedeutung, um die unternehmerischen Potenziale im Stadtteil zu identifizieren und zu heben.

Über die konkreten Aktivitäten der KMU-Beratung hinaus sind auch die anderen vielfältigen Aufgaben und Kompetenzen der Stadtteilinitiativen eine wichtige Ressource in benachteiligten Stadtteilen, die weiterhin im Rahmen des EFRE gefördert werden sollen. Mit Blick auf das Themenfeld lokale Ökonomie sind hier z.B. die gebietsinterne Vernetzung und Kooperation von Betrieben und Gewerbetreibenden vor Ort, die Vernetzung der KMU mit anderen wichtigen Akteuren und Projekten im Quartier die Einbindung der von lokalen Absatzmärkten abhängigen Unternehmen in regionale Netzwerke oder die Schaffung verstärkter Kooperationen zwischen der Arbeitswelt und den Schulen oder sozialen Werkstätten zu nennen. Standortmarketing, Leerstandsmanagement und die Koordinierung sozialer Aktivitäten und Gruppen sind darüber hinaus weitere wichtige Aufgaben der Initiativen.

Aktion 7b: Stärkung der lokalen Bildungschancen und Beschäftigungsfähigkeit der Bewohner

Zentrale Ansatzpunkte, um der verfestigten materiellen Armut in benachteiligten Quartieren entgegenzuwirken sind die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Bildungsarmut. Vor diesem Hintergrund werden in der Aktion 7b infrastrukturelle / investive Maßnahmen im Bereich der integrierten Arbeitsmarktförderung und der informellen Bildungspolitik gefördert, mit denen neue, sozialraumbezogene Ansätze erprobt werden können, die die Teilhabechancen der örtlichen Bevölkerung wesentlich verbessern und Übergänge zu Beschäftigungs- und Bildungsangeboten ermöglichen und erleichtern sollen.

Zum Einen sollen - unter Einbindung von arbeitsmarktpolitischen Mitteln des Landes, des SGBII und des ESF - im Rahmen dieser Aktion modellhaft sogenannte „lokale Förderzentren“ entwickelt und unterstützt werden, die in den benachteiligten Quartieren wohnortnah und unter Beteiligung von Unternehmen Maßnahmen der integrierten Arbeitsmarktförderung umsetzen. In diesem Zusammenhang wird unter anderem das Management der Übergänge zwischen den verschiedenen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung verbessert. Durch die Verbesserung der Erwerbsfähigkeit der QuartiersbewohnerInnen und die Erhöhung der Beschäftigungsquote im Stadtteil ist diese Maßnahme auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass mittelbar die lokale Kaufkraft im Quartier steigt.

Aufgrund ihrer mangelhaften Bildungs- und Ausbildungsfähigkeit gelangen zudem zu wenig Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen auf Ausbildungsplätze. Ein zweiter Ansatzpunkt in dieser Aktion ist vor diesem Hintergrund die modellhafte Entwicklung einer „Campusschule“ (als Weiterentwicklung der in der Förderperiode 2007-2013 eingerichteten Quartiersbildungszentren) als Netzwerkknoten der lokalen Bildungslandschaft in den benachteiligten Quartieren. Neben den formalen Bildungseinrichtungen im Quartier wie Schulen und KITAs gewinnt die Idee des non-formalen Lernens in sogenannten lokalen Bildungslandschaften für Strategien gegen Exklusion, Stigmatisierung und soziale Benachteiligung in den benachteiligten Stadtteilen Bremens immer mehr an Bedeutung. Im Rahmen der Campusschule sollen Grundschule, Oberschule, non-formale Bildungseinrichtungen, Jugend- und Stadtteilinitiativen, andere zivilgesellschaftliche Akteure, lokale KMU-Initiativen und überregional tätige Betriebe zusammen vor Ort abgestimmte Strategien entwickeln und in kohärenter Zusammenarbeit den Übergang von SchülerInnen und SchulabgängerInnen in die berufliche Bildung optimieren.

Der Campus soll darüber hinaus Strahlkraft in die benachbarten Quartiere entwickeln und bildungsorientierte Gruppen in den Stadtteil bringen. Die modellhaften Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen Bildungslandschaft sind zum Einen eine wesentliche Voraussetzung für den Abbau von Bildungsarmut und die Steigerung der Erwerbsfähigkeit im Quartier, zum Anderen werden hier auch die Grundlagen gelegt, die sozialräumliche Schulsegregation zu bekämpfen und den Wegzug bildungs- (und meist einkommens-) stärkerer Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Aktion 7c: Maßnahmen der Stadterneuerung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung des Quartiers

Städtebauliche Mängel, unter- oder ungenutzte gewerbliche Standorte, funktionale Defizite im öffentlichen Raum und in der Folge Leerstand und eine ausgedünnte Angebots- und Versorgungsstruktur sind die sichtbarsten Kennzeichen des ökonomischen Niedergangs in benachteiligten Stadtquartieren. Gleichzeitig sind diese Defizite eine Hemmschwelle für betriebliche Investitionen in den Stadtteilen und eine positive Entwicklung der lokalen Ökonomie insgesamt.

Um diesen sich selbst verstärkenden Trading-Down-Prozess in benachteiligten Quartieren zu stoppen, sollen infrastrukturelle, bauliche und stadtgestalterische Maßnahmen der Stadterneuerung an solchen Stellen im Stadtteil gefördert werden, die eine Schlüsselfunktion für die lokale Wirtschaftsentwicklung des Quartiers innehaben. Das können z. B. sein:

- Städtebauliche Situationen an verkehrsreichen Hauptstraßen mit Geschäftslagen.
- Fehlende oder funktional verbesserungswürdige Wegeverbindungen zwischen den Zentren/Standorten der lokalen Ökonomie im Ortsteil und städtebaulich bedeutsamen Wasserlagen.
- Brachgefallene oder untergenutzte Flächen und Gewerbestandorte, deren Reaktivierung eine Impulswirkung für das Quartier und die lokale Ökonomie haben können.
- Standorte mit Potenzial zur Schaffung „grüner Infrastrukturen“ (Parks, Grün-, Frei-, Ufer- und Erholungsflächen, „breathing spaces“, grüne Dächer und Wände, natürliche Verbindungen, Netzwerke und Trittsteine, „Urban Gardening“, anpassungsfähige und multifunktionale Orte, etc.), wenn sie als weicher Standortfaktor eine Schlüsselfunktion für die lokale Wirtschaftsentwicklung haben.

Zielgruppen der Maßnahmen

- Klein- und Kleinstbetriebe der lokalen Ökonomie
- Stadtteilinitiativen und Quartiersmanagements
- QuartiersbewohnerInnen
- Behörden und Gesellschaften

Zielgebiet der Maßnahmen

Die Prioritätsachse 4 fokussiert sich auf eine begrenzte Auswahl von Stadträumen, so dass die verfügbaren EFRE-Mittel im Land Bremen räumlich konzentriert eingesetzt werden können. Hierdurch wird ein signifikanter, in den Quartieren sichtbarer EFRE-Mitteleinsatz sichergestellt.

Die Förderung konzentriert sich auf solche Quartiere, die besonders stark von Armut, Ausgrenzung und den Folgen der sozialräumlichen Polarisierung betroffen sind. Ein wesentliches Kriterium für die Auswahl der Stadtgebiete ist vor diesem Hintergrund ihr Benachteiligungsgrad im Sozialraummonitoring. Auf der anderen Seite muss gewährleistet sein, dass ausreichend Anknüpfungspunkte für die Förderung der lokalen Ökonomie im Quartier vorhanden sind. Eine weitere Bedingung bei der Auswahl der

Gebiete ist deshalb der Fokus auf gewachsene, funktionsgemischte Gemeinde- und Quartierslagen mit einer ausreichend großen zentralörtlichen Bedeutung sowie einer kritischen Masse an kleingewerblichen Betriebsstrukturen.

Die räumliche Abgrenzung der Stadtgebiete für die Umsetzung der Achse erfolgt funktional, d.h. es können auch sanierungsbedingte Projekte außerhalb des ausgewählten Quartiers gefördert werden, sofern sie zur Erreichung des spezifischen Ziels im Quartier notwendig sind oder einen erkennbaren positiven Wirkungszusammenhang erwarten lassen.

Die Voraussetzung für den Einsatz der EFRE-Mittel in den Stadtquartieren sind integrierte Stadtentwicklungskonzepte (IEK), durch die ein lokalspezifisches, abgestimmtes und strategisches Zusammenspiel der verschiedenen Maßnahmen in den Quartieren gewährleistet wird. EFRE-Mittel als Teil einer räumlich abgestimmten und abgegrenzten Gesamtstrategie flankieren somit Mittel aus anderen gebietsbezogenen Landes- und Bundesprogrammen, wie z.B. aus den verschiedenen Ansätzen der Städtebauförderung, lokalen Ansätzen des Sozial- und informellen Bildungsmanagements sowie den Schwerpunktprojekten der Wirtschaftsförderung und Initiativen aus dem Umwelt- und Verkehrsressorts.

Mit Blick auf die geförderten Stadtgebiete und die IEK werden die EFRE-Ansätze in der Aktion 7b der Prioritätsachse 4 zudem - im Sinne einer integrierten Strategie - in enger Abstimmung mit der ESF-Förderung unter der Investitionspriorität 11C „Aktive Eingliederung“ umgesetzt. Ziel ist es hierbei, die Ressourcen in den geförderten Stadtteilen mit besonders starken Armuts- und Arbeitslosigkeitsproblemen nachhaltig zu stärken und die Themen lokale Ökonomien sowie Stärkung des lokalen Bildungsniveaus und der Beschäftigungsfähigkeit gemeinsam zu adressieren.

2.4.1.2.2 Leitsätze für die Auswahl der Förderprojekte

Ein wesentliches Auswahlkriterium ist der erkennbare Wirkungsbezug des Förderprojekts zur Erreichung des spezifischen Ziels im ausgewählten Quartier.

Bei den Maßnahmen in Aktion 7b sind solche Fördertatbestände ausgeschlossen, die im Rahmen des ESF-Programms 2014-2020 des Landes Bremen gefördert werden.

Die Maßnahmen in Aktion 7c müssen einen funktionalen Bezug zu den Standorten der lokalen Ökonomie im Stadtteil aufweisen.

Zudem müssen die Projekte aus dem vorliegenden integrierten Entwicklungskonzept herzuleiten sein.

2.4.1.2.3 Geplante Nutzung von Finanzinstrumenten

Der Einsatz von Finanzinstrumenten ist in dieser Achse nicht vorgesehen.

2.4.1.2.4 Geplante Umsetzung von Großprojekten

Bremen beabsichtigt keine Großprojekte im Rahmen in dieser Investitionspriorität durchzuführen.

2.4.1.2.5 Übersicht der Outputindikatoren

Tabelle 31: Gemeinsame (GI) und programmspezifische Outputindikatoren (PS) zur Investitionspriorität 9b

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Fonds	Regionenkategorie	Zielwert (2023)	Datenquellen	Häufigkeit der Berichterstattung
OI Ü-1	Zahl der Unternehmen, die Unterstützung erhalten (GI)	Unternehmen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	120	Begünstigte	Jährlich
OI 4-1	Zahl der Personen, die in Gebieten mit integrierten Stadtentwicklungsstrategien leben (GI)	Bevölkerung	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	55.000	Begünstigte	Jährlich
OI 4-2	Zahl der durchgeführten KMU-Beratungen in benachteiligten Quartieren zum Thema Mikrokredite (PS)	Beratungen	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	120	Begünstigte	Jährlich
I 4-3	Zahl der unterstützten investiven Projekte im Rahmen der Integrierten Entwicklungskonzepte (PS)	Projekte	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	8	Begünstigte	Jährlich

2.4.2 Leistungsrahmen der Prioritätsachse 4

Tabelle 32: Leistungsrahmen der Prioritätsachse 4

Art des Indikators (wichtiger Durchführungsschritt, Finanz-, Output- oder ggf. Ergebnisindikator)	ID	Indikator oder wichtiger Durchführungsschritt	Einheit für die Messung, soweit zutreffend	Fonds	Regionenkategorie	Meilenstein (2018)	Endziel (2023)	Datenquellen	Erklärung für die Relevanz des Indikators, soweit zutreffend
Finanzindikator		Geförderte Ausgaben	Euro	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	8.400.000	27.780.098	Verwaltungsbehörde	
Outputindikator Durchführungsschritt	OI 4-3	Zahl der unterstützten investiven Projekte im Rahmen der Integrierten Entwicklungskonzepte (PS) KIS 2018: Zahl der Infrastrukturprojekte, in denen eine politische Beschlussfassung vorliegt, die die Finanzierung und Umsetzung des Projektes sicherstellt	Projekte	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	0 2	8 8	Begünstigte	Aktion 7b (Stärkung der lokalen Bildungschancen und Beschäftigungsfähigkeit der Bewohner), Aktion 7c (Maßnahmen der Stadterneuerung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung des Quartiers)

Zusätzliche qualitative Informationen zur Festlegung des Leistungsrahmens

Der Finanzindikator wurde gemäß Artikel 126 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates gewählt und entspricht den geförderten und im Programm abgebildeten Ausgaben (EFRE-Beitrag plus nationale Kofinanzierung), die im Datenbanksystem für das bremische Programm verbucht und von der Bescheinigungsbehörde bescheinigt wurden.

Der Outputindikator wurde so gewählt, dass er mehr als die Hälfte der EFRE-Mittel der Prioritätsachse abdeckt und die Fortschritte in der Umsetzung der Prioritätsachse aufzeigt. Bei der Auswahl des Outputindikators wurde zudem Wert darauf gelegt, dass sich die Zielwerte auf Grundlage der Erfahrungen aus der letzten Förderperiode bestimmen lassen und der Indikator bereits in ähnlicher Form verwendet wurden.

Der Outputindikator „Zahl der unterstützten investiven Projekte im Rahmen der Integrierten Entwicklungskonzepte (PS)“ bildet die Umsetzungsfortschritte der Aktionen 7b (Stärkung der lokalen Bildungschancen und Beschäftigungsfähigkeit der Bewohner) und 7c (Maßnahmen der Stadterneuerung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung des Quartiers) ab. Für die entsprechende Maßnahme sind rd. 11 Mio. Euro EFRE-Mittel eingeplant. Der Outputindikator deckt somit voraussichtlich knapp 80 % der EFRE-Mittel der Prioritätsachse ab.

Aufgrund eines längeren planerischen Vorlaufs für die Infrastrukturprojekte, die über den Outputindikator abgebildet werden, wird voraussichtlich Ende 2018 noch kein Vorhaben vollständig durchgeführt sein. Um die Umsetzungsfortschritte durch einen Meilenstein für 2018 abbilden zu können, wird daher ergänzend zum Outputindikator der Durchführungsschritt „Zahl der Infrastrukturprojekte, in denen eine politische Beschlussfassung vorliegt, die die Finanzierung und Umsetzung des Projektes sicherstellt“ zu Hilfe genommen. Die Zielwerte wurden intensiv mit den fachlich zuständigen und umsetzenden Stellen abgestimmt und beruhen auf deren Erfahrungen und Kennzahlen aus der Umsetzung der Förderperiode 2007-2013.

2.4.3 Interventionskategorien der Prioritätsachse 4

Tabelle 33: Dimension 1: Interventionsbereich

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
050	Bildungsinfrastruktur (berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Erwachsenenbildung)	1.000.000
055	Sonstige soziale Infrastruktur, die zur regionalen und lokalen Entwicklung beiträgt	4.500.000
066	Fortgeschrittene Unterstützungsdienste für KMU und KMU-Zusammenschlüsse (einschließlich Dienstleistungen für Management, Marketing und Design)	1.200.000
067	Entwicklung von KMU, Förderung von Unternehmertum und Gründerzentren (einschließlich der Unterstützung von Spin-offs und Spin-outs)	1.190.049
072	Geschäftsinfrastruktur für KMU (einschließlich Industrieparks und Gewerbegebieten)	4.000.000
085	Schutz und Verbesserung der biologischen Vielfalt, des Naturschutzes und grüner Infrastrukturen	1.000.000
089	Sanierung von Industriegeländen und kontaminierten Flächen	1.000.000

Tabelle 34: Dimension 2: Finanzierungsform

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Nicht rückzahlbare Finanzhilfe	13.890.049

Tabelle 35: Dimension 3: Art des Gebietes

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Städtische Ballungsgebiete (dicht besiedelt, Bevölkerung > 50 000)	13.890.049

Tabelle 36: Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
007	Nicht zutreffend	13.890.049

2.5 Prioritätsachse für technische Hilfe

2.5.1.1 Beschreibung der Prioritätsachse für technische Hilfe

Gemäß der sog. AVO Artikel 96 Buchstabe c), Abschnitt ii) sind für jede die technische Hilfe betreffende Prioritätsachse für jedes spezifische Ziel die erwarteten Ergebnisse und – falls dies in Anbetracht des Inhalts der Maßnahmen objektiv gerechtfertigt ist – die entsprechenden Ergebnisindikatoren mit einem Basiswert und einem Zielwert zu versehen.

Diese Ziffer gilt jedoch nicht, wenn der Unionsbeitrag zur technischen Hilfe in einem Programm 15 Mio. Euro nicht übersteigt. Der Unionsbeitrag liegt beim bremischen Programm nur bei rund mehr als 4 Mio. Euro.

2.5.1.2 Beschreibung des spezifischen Ziels und der erwarteten Ergebnisse

Spezifisches Ziel 8: Effektive, effiziente und öffentlichkeitswirksame Umsetzung des EFRE-Programms im Land Bremen

Die Anforderungen zur Umsetzung der EFRE-Projekte sind detailliert und umfassend und erfordern daher vielfältige Vorkehrungen und Leistungen auf den verschiedensten Ebenen. Dies betrifft u.a. die Themenfelder Sicherstellung ausreichender Arbeits- und Prüfkapazitäten in den beteiligten Behörden, Aufbau eines Systems zur vollständigen elektronischen Abwicklung der Förderung (eCohesion), Berichterstattung (Monitoring) und Evaluierung sowie eine breite und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit.

Diese Leistungen sollen sowohl durch finanziertes Personal als auch durch Aufträge in Form von Dienstleistungen, Gutachten und Studien erbracht werden. Darüber hinaus werden auch technische Ausstattungen oder Arbeits- und Werbematerialien zu finanzieren sein.

Es wird mit dem Programm ein fristgerechter Einsatz der Mittel inklusive eines rechtzeitigen Nachweises gegenüber der KOM angestrebt. Ziel ist es, einen automatischen Mittelverlust auf Basis der n+3-Regelung zu vermeiden sowie eine rechtskonformen Umsetzung der Projekte des Programms sicherzustellen. Letzteres bedeutet in diesem Zusammenhang die Einhaltung einer Fehlerquote, die sich aus den Prüfungen der Prüfbehörde für den Jahreskontrollbericht ergibt, von unter 2 %.

Die Erreichung der n+3-Anforderungen (zu erreichende Summe jeweils zum Jahresende) und die weitgehend fehlerfreie Umsetzung des Programms (anhand der jeweiligen Fehlerquote im Jahreskontrollbericht) dokumentieren eine effektive Umsetzung des Programms.

Beide Aspekte werden im Rahmen der laufenden Berichterstattung aufgegriffen.

2.5.1.3 Beschreibung der Maßnahmen

Die umfassenden Anforderungen an die Abwicklung der EFRE-Programme erfordern eine hohe Qualität in der Programmbegleitung. Daher sollen insbesondere die notwendigen verwaltungsseitigen Kapazitäten in den Behörden aufgebaut und abgesichert werden. Dies umfasst sowohl das für das Programm tätige Personal als auch die technischen Voraussetzungen. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt auf der Begleitung und Bewertung der Programmumsetzung im Rahmen des Monitorings und der Evaluierung. Und schließlich sollen die Mittel dazu eingesetzt werden, über die Möglichkeiten und die Umsetzung des Programms und der Projekte zu informieren.

Verwaltungskapazitäten

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Personal der Verwaltungs-, Bescheinigungs- und Prüfbehörde sowie die notwendige technische Ausstattung für die Arbeit aller beteiligten Stellen inklusive der zwischengeschalteten Stellen und ggf. weiterer Einrichtungen. Zur technischen Ausstattung gehören insbesondere die bremische Datenbank und die dazugehörigen Eingabemodule, die der Umsetzung der Anforderungen zum Thema eCohesion dienen.

Analyse und Bewertung

Hier sind Kosten für Datenerhebungen und ggf. Befragungen oder Datenerwerb, Zwischen- und ggf. Ex-post-Bewertungen, thematische Studien und Analysen, Dienstleistungsaufträge zur Berichterstellung u.ä. vorgesehen.

Information und Publizität

In diesem Bereich ist eine Dokumentation der Programm- und Projektumsetzung inklusive der Entwicklung und Realisierung neuer Informationstools geplant.

Im Kern der Öffentlichkeitsarbeit soll die Internetseite stehen. Hier fließen alle Informationen zusammen. Darüber hinaus sind Veranstaltungen, Informations- und Werbeaktionen sowie Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit inklusive Printmedien geplant. Hierbei werden auch die Anforderungen zur Verfügbarkeit der Informationen für Menschen mit Behinderung berücksichtigt.

Die Erreichung dieser Ziele soll insbesondere über die Wahrnehmung und Nutzung von Informationen im Internet ermittelt werden. Die bremische Internetseite bietet die Möglichkeit, Zugriffe, Verweildauer etc. auf die zentrale Website zu erfassen. Ziel ist es eine kontinuierliche Steigerung der Zugriffszahlen und der Verweildauer zu erreichen, um so die Bekanntheit der EFRE-Förderung im Land zu erhöhen.

Auch die Aktivitäten des Begleitausschusses (Raumkosten, Transportkosten, Catering etc.) und aller mit der Umsetzung des Programms befassten Arbeitsgruppen etc. sollen finanziert werden.

Tabelle 37: Outputindikatoren der Prioritätsachse für technische Hilfe

ID	Indikator (Name)	Einheit für die Messung	Zielwert (2023)	Datenquelle
OI 5-1	Zahl der Stellen in den EFRE-Behörden, die aus Mitteln der TH finanziert werden	VZÄ	10-12	Verwaltungsbehörde
OI 5-3	Anzahl der durchgeführten Studien/Evaluationen	Anzahl	3-5	Verwaltungsbehörde
OI 5-4	Anzahl der Informations- und Fachveranstaltungen (inkl. Begleitausschusssitzungen)	Anzahl	15-20	Verwaltungsbehörde

2.5.1.4 Interventionskategorien der Prioritätsachse für technische Hilfe

Tabelle 38: Dimension 1: Interventionsbereich

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
121	Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Kontrolle	3.070.854
122	Bewertung und Studien	400.000
123	Information und Kommunikation	650.000

Tabelle 39: Dimension 2: Finanzierungsform

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
001	Nicht rückzahlbare Finanzhilfe	4.120.854

Tabelle 40: Dimension 3: Art des Gebietes

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
007	Nicht zutreffend	4.120.854

Tabelle 41: Dimension 4: Territoriale Umsetzungsmechanismen

EFRE: Entwickelte Region		
Code	Codebezeichnung	Betrag (Euro)
007	Nicht zutreffend	

3 Finanzierungsplan

3.1 Mittelausstattung jedes Fonds und Beträge der leistungsgebundenen Reserve

Tabelle 42: Gesamtfinanzierungsplan nach Jahresscheiben

Fonds	Regionalkategorie	2014		2015		2016		2017		2018		2019		2020		Gesamt	
		Hauptzuweisung	Leistungsgebundene Reserve	Hauptzuweisung	Leistungsgebundene Reserve	Hauptzuweisung	Leistungsgebundene Reserve										
EFRE	stärker entwickelte Regionen	13.025.525	831.416	13.286.299	848.062	13.552.256	865.038	13.823.480	882.350	14.100.125	900.008	14.382.296	918.019	14.670.089	936.389	96.840.070	6.181.282
		13.025.525	831.416	13.286.299	848.062	13.552.256	865.038	13.823.480	882.350	14.100.125	900.008	14.382.296	918.019	14.670.089	936.389	96.840.070	6.181.282

3.2 Mittelausstattung insgesamt nach Prioritätsachse und nationaler Kofinanzierung

Tabelle 43: *Finanzierungsplan des Operationellen Programms nach Prioritätsachsen einschließlich Kofinanzierung*

Prioritätsachse	Fonds	Regionalkategorie	Basis für die Gemeinschaftsbeteiligung kofinanzierte Gesamtkosten bzw. kofinanzierte öffentliche Kosten	Gemeinschaftsbeteiligung (a)	Nationaler Beitrag (b) = (c) + (d)	Indikative Aufteilung des nationalen Beitrags		Finanzmittel insgesamt (e) = (a) + (b)	Kofinanzierungsrate (f) = (a)/(e)	Zur Information: Beiträge der EIB (g)	Hauptzuweisung (Gesamtfinanzierung abzügl. leistungsgebundener Reserven)		Leistungsreserve		Anteil Leistungsreserve an d. Gemeinschaftsbeteiligung für die PA (l) = (j)/(a) * 100
						Nationale öffentl. Mittel (c)	Nationale private Mittel (d)				Gemeinschaftsbeitrag (h) = (a) - (j)	Nationaler Beitrag (i) = (b) - (k)	Gemeinschaftsbeitrag (j)	Nationaler Beitrag (k) = (b) * ((j)/(a))	
PA 1	EFRE	stärker entwickelte Regionen	total	51.350.249	51.350.249	31.350.249	20.000.000	102.700.498	50 %	0	48.140.858	48.140.858	3.209.391	3.209.391	6,25 %
PA 2	EFRE	stärker entwickelte Regionen	total	13.880.100	13.880.100	13.880.100	0	27.760.200	50 %	0	13.012.593	13.012.593	867.507	867.507	6,25 %
PA 3	EFRE	stärker entwickelte Regionen	total	19.780.100	19.780.100	19.780.100	0	39.560.200	50 %	0	18.543.844	18.543.844	1.236.256	1.236.256	6,25 %
PA 4	EFRE	stärker entwickelte Regionen	total	13.890.049	13.890.049	13.890.049	0	27.780.098	50 %	0	13.021.921	13.021.921	868.128	868.128	6,25 %
PA 5	EFRE	stärker entwickelte Regionen	total	4.120.854	4.120.854	4.120.854	0	8.241.708	50 %	0	4.120.854	4.120.854	0	0	0,00 %

Prioritätsachse	Fonds	Regionalkategorie	Basis für die Gemeinschaftsbeteiligung kofinanzierte Gesamtkosten bzw. kofinanzierte öffentliche Kosten	Gemeinschaftsbeteiligung (a)	Nationaler Beitrag (b) = (c) + (d)	Indikative Aufteilung des nationalen Beitrags		Finanzmittel insgesamt (e) = (a) + (b)	Kofinanzierungsrate (f) = (a)/(e)	Zur Information: Beiträge der EIB (g)	Hauptzuweisung (Gesamtfinanzierung abzügl. leistungsgebundener Reserven)		Leistungsreserve		Anteil Leistungsreserve an d. Gemeinschaftsbeteiligung für die PA (l) = (j)/(a) * 100
						Nationale öffentl. Mittel (c)	Nationale private Mittel (d)				Gemeinschaftsbeitrag (h) = (a) - (j)	Nationaler Beitrag (i) = (b) - (k)	Gemeinschaftsbeitrag (j)	Nationaler Beitrag (k) = (b) * ((j)/(a))	
Gesamt	EFRE	stärker entwickelte Regionen	total	103.021.352	103.021.352	83.021.352	20.000.000	206.042.704	50 %	0	96.840.070	96.840.070	6.181.282	6.181.282	6,00 %
Gesamt			total	103.021.352	103.021.352	83.021.352	20.000.000	206.042.704	50 %	0	96.840.070	96.840.070	6.181.282	6.181.282	6,00 %

Tabelle 44: Aufschlüsselung des Finanzplans nach Prioritätsachse, Fonds, Regionenkategorie und thematischen Zielen

Prioritätsachse	Fonds	Regionalkategorie	Thematisches Ziel	Unionsunterstützung	Nationaler Beitrag	Finanzmittel insgesamt
PA 1	EFRE	stärker entwickelte Region	Thematisches Ziel 1	51.350.249	51.350.249	102.700.498
PA 2	EFRE	stärker entwickelte Region	Thematisches Ziel 3	13.880.100	13.880.100	27.760.200
PA 3	EFRE	stärker entwickelte Region	Thematisches Ziel 4	19.780.100	19.780.100	39.560.200
PA 4	EFRE	stärker entwickelte Region	Thematisches Ziel 9	13.890.049	13.890.049	27.780.098
PA 5	EFRE	stärker entwickelte Region	Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	8.241.708
Insgesamt	EFRE	stärker entwickelte Region	-	103.021.352	103.021.352	206.042.704

Tabelle 45: *Als Richtwert dienender Gesamtbetrag der für die Klimaschutzziele vorgesehenen Unterstützung*

Prioritäts- achse	Als Richtwert dienender Gesamtbetrag der für die Klimaschutzziele vorgesehene Unterstützung (in Euro)	Anteil der Gesamtzuweisung für das Operationelle Programm (in %)
PA 1	6.200.000	6,02
PA 2	-	-
PA 3	17.380.100	16,87
PA 4	400.000	0,39
PA 5	-	-
Insgesamt	23.980.100	23,28

4 Integrierter Ansatz für die territoriale Entwicklung

4.1 Von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung (CLLD)

Das Land Bremen plant keine Einführung lokaler Entwicklungsinstrumente auf der Basis eines CLLD. Inhaltlich ähnliche Ansätze werden bei der Umsetzung der Achse 4 zur Stadtentwicklung verfolgt (siehe Abschnitt 4.2).

4.2 Integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Grundlage für den Einsatz der EFRE-Mittel in der Prioritätsachse 4 sind integrierte Entwicklungskonzepte (IEK), in deren Rahmen themenübergreifend, gebietsbezogen Handlungsansätze umgesetzt werden, indem bauliche, funktionale und infrastrukturelle Aufwertungen mit sozio-ökonomisch ausgerichteten Instrumenten und Maßnahmen im Bereich der Sozial-, Bildungs-, Umwelt-, Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderungspolitik entwickelt werden. Die IEK beinhalten einen umfassenden und langfristig angelegten Beteiligungsprozess, der nicht nur die fachübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts gewährleistet, sondern im Rahmen von Workshops, Informationsveranstaltungen und runden Tischen auch die aktive Mitarbeit der lokalen Bevölkerung sowie der im Quartier verankerten Einrichtungen, Akteure und Stadtteilpolitik/Beiräte umfasst. Im Rahmen der IEK wird zudem auch der Einsatz weiterer Förderansätze geplant, z.B. aus dem Bereich der Städtebauförderung oder des Sozialfonds (ESF).

Die Förderung konzentriert sich auf solche Quartiere, die besonders stark von Armut, Ausgrenzung und den Folgen der sozialräumlichen Polarisierung betroffen sind. Erstes Kriterium für die Auswahl der Stadtgebiete ist vor diesem Hintergrund die Ausprägung des Benachteiligungsgrades im Sozialraummonitoring. Zudem muss gewährleistet sein, dass ausreichend Anknüpfungspunkte für die Förderung der lokalen Ökonomie im Quartier vorhanden sind. Eine weitere Bedingung bei der Auswahl der Gebiete ist deshalb der Fokus auf gewachsene, funktionsgemischte Gemeinde- und Quartierslagen mit einer ausreichend großen zentralörtlichen Bedeutung sowie einer kritischen Masse an kleingewerblichen Betriebsstrukturen.

Integrierte Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung werden zudem auch im spezifischen Ziel 6 in der Prioritätsachse 3 umgesetzt, wobei der thematische Schwerpunkt entsprechend der Prioritätsachse auf der Senkung der CO₂-Emissionen

liegt. Anknüpfungspunkt ist die IP 6e „Förderung von Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes für sämtliche Gebiete, insbesondere städtische Gebiete, einschließlich der Förderung einer nachhaltigen multimodalen städtischen Mobilität und klimaschutzrelevanten Anpassungsmaßnahmen.“

Städte als dicht bebaute, funktionsgemischte und verkehrlich stark beanspruchte und vernetzte Siedlungsräume sind prädestiniert für die Entwicklung und Umsetzung ortsspezifischer und thematisch integrierter Konzepte, in denen verschiedene Handlungsfelder zur CO₂-Reduktion mit einem ganzheitlichen Blick auf verschiedene Nutzungen, Energieverbraucher, technische Infrastrukturen und Mobilitätsanforderungen zusammengedacht werden können. Die konzeptionelle Grundlage für die Förderung im spezifischen Ziel 6 sind auch hier integrierte Entwicklungskonzepte, in denen die Handlungsfelder energetische Gebäudesanierung, Energieversorgung, intelligente Verteilersysteme, technische Infrastrukturen, Flächengestaltung sowie Verkehr, Mobilität und Logistik miteinander verknüpft und mit einem Fokus auf die jeweils ortspezifischen Gegebenheiten, Bedarfe und Nutzer/Akteure umgesetzt werden können.

Die Förderung konzentriert sich auf jeweils ein Stadtgebiet in der Stadt Bremen und Bremerhaven.

4.3 Integrierte Territoriale Investitionen (ITI)

Das Land Bremen plant keine Einführung einer Integrierten Territorialen Investition. Die nachhaltige Stadtentwicklung soll, wie im Abschnitt zuvor beschrieben durchgeführt werden. Aus Sicht des Landes Bremen lassen sich die qualitativen Ansprüche des Konzeptes einer Integrierten Territorialen Investition (ITI) auch mit den in Abschnitt 4.2 beschriebenen Verfahren und Aktivitäten umfassend erfüllen.

4.4 Vorkehrungen für interregionale und transnationale Maßnahmen im Rahmen der operationellen Programme mit Begünstigten aus mindestens einem anderen Mitgliedsstaat

Für die Förderung aus den Europäischen Strukturfonds gilt der Grundsatz, dass die EU-Mittel im Programmgebiet einzusetzen sind. Aus dem Operationellen Programm können in Einzelfällen auch Projekte unterstützt werden, die Grenzen zwischen deutschen Ländern bzw. Staatsgrenzen überschreiten und in funktionalen Räumen wir-

ken, wie z. B. in Metropol- und Verflechtungsräumen. In solchen Fällen werden sich die beteiligten Verwaltungsbehörden abstimmen.

Die Förderung investiver Projekte erfolgt zur Sicherstellung eines effizienten und handhabbaren Verwaltungsverfahrens grundsätzlich nach dem Operationellen Programm und denjenigen Regeln, die am Ort der Investition gelten. Bei nichtinvestiven Projekten, die einen Nutzen über die Landesgrenzen hinaus entfalten, entscheidet der Ort des Projektes oder, falls ein solcher Ort nicht besteht, der juristische Sitz des Zuwendungsempfängers darüber, aus welchem Operationellen Programm die Fördermittel bereitgestellt werden. Auf diese Weise verbleiben auch bei einer interregionalen Zusammenarbeit die Fördermittel des jeweiligen Landes in diesem Land.

In Ausnahmefällen und im Einklang mit Artikel 65 (11) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 können Projekte im Vorhinein nach vom Projektträger nachzuweisenden, objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben in die Anteile der jeweiligen beteiligten Regionen aufgeteilt und die Anteile nach den jeweiligen Operationellen Programmen geprüft und bewilligt werden.

Das Land Bremen hat die Möglichkeit sich im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit an Projekten zu beteiligen. Dies betrifft die förderfähigen Räume Ostsee und Nordsee.

Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche bremische Akteure in den Programmen der interregionalen Zusammenarbeit, die auf die Erarbeitung regionsübergreifender gemeinsamer Lösungskonzepte, Kooperationsbeziehungen und Erfahrungsaustausch abzielen und die für alle Regionen des Gemeinschaftsgebiets zugänglich sind.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bestehen aufgrund der fehlenden Grenzen zu den Nachbarstaaten keine Möglichkeiten der Förderung.

Das EFRE-Programm des Landes Bremen kann dazu genutzt werden, z. B. Ergebnisse aus der Arbeit der Projekte im Bereich der transnationalen oder interregionalen Zusammenarbeit umzusetzen oder weiter zu entwickeln. Voraussetzung hierfür ist, dass die Maßnahmen der inhaltlichen Ausrichtung des Programms entsprechen und die Kriterien zur Auswahl der Projekte erfüllen.

Eine explizit bzw. ausschließlich auf die Unterstützung der europäischen territorialen Zusammenarbeit ausgerichtete Investitionspriorität oder Aktion ist nicht vorgesehen.

4.5 Beitrag zu den geplanten Maßnahmen im Rahmen des Programms zu makroregionalen Strategien und Strategien für die Meeresgebiete, je nach den von dem Mitgliedsstaat ermittelten Erfordernissen des Programmgebietes

Die 2009 verabschiedete Ostseestrategie stellt die erste makroregionale Strategie der EU dar. Sie ist auf eine transnationale Ebene ausgerichtet und zielt darauf, gemeinsame Chancen und Probleme der Ostseeregion (Schweden, Dänemark, Deutschland, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland) zu erkennen, zu nutzen und zu bewältigen. Der Ostseestrategie stehen dabei keine eigenen Mittel zur Verfügung. Sie strebt eine verbesserte überregionale Koordination und Bündelung bestehender Förderprogramme sowie eine stärkere Vernetzungen und Kooperationen im Ostseeraum an.

Der Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie³⁴ definiert drei übergeordnete Zielbereiche: Den Schutz der Ostsee, den Ausbau von Verbindungen und die Stärkung des Wohlstands im Ostseeraum. Daraus werden 17 Prioritätsgebiete und fünf Querschnittsziele abgeleitet.

Das Land Bremen zählt zu den Regionen, die dem Ostseeraum zugerechnet werden, obwohl das Land nicht direkt an die Ostsee angrenzt. Dies basiert auf historisch gewachsenen und auch heute noch intensiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit den Anrainerregionen der Ostsee.

Das bremische Programm sieht keine direkt auf die Umsetzung der Ostseestrategie bezogenen Förderansätze vor. Dennoch besteht grundsätzlich die Möglichkeit auch Maßnahmen und Projekte zu unterstützen, welche dem Ostseeraum besonders zu gute kommen, sofern die einschlägigen Kriterien für die Auswahl der Projekte in den Programmbereichen erfüllt sind.

Zudem bestehen enge konzeptionelle Bezüge des bremischen EFRE-OP mit denjenigen Prioritätsgebieten der Ostseestrategie, die einen klaren regional- und strukturpolitischen Ansatz haben. Diese sind in der Ostseestrategie insbesondere dem übergeordneten Zielbereich „Stärkung des Wohlstandes“ zugeordnet. Zu nennen sind hier insbesondere das Prioritätsgebiet „Innovation - Nutzung des vollen Potenzials der Region im Bereich Forschung und Innovation“, die mit der Prioritätsachse 1 des

³⁴ European Union Strategy for the Baltic Sea Region, Action Plan, February 2013 Version.

bremischen EFRE-Programms korrespondiert sowie das Prioritätsgebiet „KMU - Förderung von Unternehmergeist und Stärkung des Wachstums von KMU“, das die gleiche strategische Stoßrichtung wie die Prioritätsachse 2 des EFRE-Programms verfolgt. Zudem ist die nachhaltige Entwicklung Querschnittsziel in beiden Programmen.

5 Besondere Bedürfnisse der ärmsten geografischen Gebiete oder der am stärksten von Diskriminierung oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Zielgruppen (falls zutreffend)

[„freiwilliger“ Abschnitt bzw. Abschnitt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten/Regionen; nicht Gegenstand der KOM-Entscheidung!]

6 Besondere Bedürfnisse der Gebiete mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen (falls zutreffend)

[„freiwilliger“ Abschnitt bzw. Abschnitt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten/Regionen; nicht Gegenstand der KOM-Entscheidung!]

7 Für Verwaltung, Kontrolle und Prüfung zuständige Behörden und Stellen sowie Aufgaben der jeweiligen Partner

7.1 Zuständige Behörden und Stellen

Die für das EFRE-Programm zuständigen Behörden werden beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen angesiedelt. Die Behörden sind in unterschiedlichen Bereichen bzw. Abteilungen angesiedelt, dadurch ist eine Unabhängigkeit der Stellen gewährleistet. Die Designierung der Bescheinigungs- und der Verwaltungsbehörde soll durch eine Verfügung der Hausleitung erfolgen.

Tabelle 46: Zuständige Behörden und Stellen

Behörde/ Institution	Name der Behörde/Institution	Leitung der Behörde/Institution
Verwaltungsbehörde	Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen Abschnitt Z34 im Referat Z3 „Abteilungsübergreifende Aufgaben“ Zweite Schlachtpforte 3 28195 Bremen	Leiter_in der EFRE-Verwaltungsbehörde Tel.: +49 0421 361 0
Bescheinigungsbehörde	Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen Abschnitt Z2-1 im Referat Z2 „Haushalt, Finanzen“ Zweite Schlachtpforte 3 28195 Bremen	Leiter_in der EFRE-Bescheinigungsbehörde Tel.: +49 0421 361 0
Prüfbehörde	Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen Abschnitt SV-10 im Referat SV-1 „Innenrevision, EFRE-/ESF-Finanzkontrolle“ Zweite Schlachtpforte 3 28195 Bremen	Leiter_in der EFRE-Prüfbehörde Tel.: +49 0421 361 0
Stelle, an die die Zahlungen der Kommission erfolgen soll	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) Referat 415 Bundeskasse Trier, BBK Saarbrücken Kontonr.: 59001020 BLZ: 59000000 IBAN: DE8159000000059001020 BIC: MARKDEF1590	Leiter_in des entsprechenden Referates im BAFA Tel. +49 (0)6196 908 0

Die Zahl der zwischengeschalteten Stellen wird gegenüber der Förderperiode 2007 – 2013, die 12 zwischengeschaltete Stellen im Land Bremen ausweist, sehr stark reduziert. Für das Programm 2014 – 2020 sind nur noch wenige zwischengeschaltete Stellen in den beteiligten Ministerien vorgesehen. Diese sollen damit - wie auch in der Vorperiode - auf der Ebene der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden. Vorgesehen ist, dass die drei beteiligten großen Häuser diese Funktionen ausüben. Damit wären als zwischengeschaltete Stellen die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu nennen. Die Aufgaben zur Projektumsetzung sollen im Hause des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen unter der Verantwortung und Mitwirkung der EFRE-Verwaltungsbehörde umgesetzt werden.

Die EFRE-Verwaltungsbehörde im Land Bremen wird sich intensiv mit dem Thema Betrugs- und Korruptionsbekämpfung auseinandersetzen und Maßnahmen aufzeigen und ggf. einleiten, die eine wirksame und angemessene Betrugs- und Korruptionsbekämpfung sicherstellen.

Im Rahmen der Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme wird dabei auch eine Risikoanalyse der beteiligten Stellen und Akteure vorgenommen werden.

7.2 Einbindung der relevanten Partner in die Erstellung der operationellen Programme und Rolle dieser Partner bei Durchführung, Begleitung und Bewertung der operationellen Programme

Die Verwaltungsbehörde für das EFRE-Programm 2007 - 2013 beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist auch für die Aufstellung des EFRE-Programms im Land Bremen für die Förderperiode 2014 - 2020 verantwortlich.

Der vorliegende EFRE-Programmentwurf wurde seit Anfang 2012 im Zuge eines umfassenden, ressortübergreifenden Beteiligungs- und Abstimmungsprozess entwickelt. Der Programmplanungsprozess umfasste dabei nicht nur die Einbindung der verwaltungsseitig zuständigen kommunalen Stellen und Landesbehörden, sondern - im Einklang mit den Verordnungen und im Sinne des Partnerschaftsprinzips - auch die Beteiligung der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpartner und damit der zentralen, zivilgesellschaftlich organisierten Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Stellen für die Förderung von Gleichstellung der Ge-

schlechter und Nichtdiskriminierung im Land Bremen. Ausgangspunkt für die Auswahl und Beteiligung der Stellen und Einrichtungen im Land war das bereits im Rahmen des EFRE-Programms 2007 - 2013 bestehende Spektrum der vertretenen Partner.

Die Beteiligung der Partner erfolgte im Einklang mit den Regelungen im sogenannten „Verhaltenskodex“ für die Einbindung der Partner (code of conduct), den die Europäische Kommission veröffentlicht hat. So wurden die Partner eingebunden in

- die Festlegung der Achsen bzw. thematischen Ziele und Investitionsprioritäten bzw. spezifischen Ziele,
- die Erarbeitung der programmspezifischen Indikatoren,
- die Umsetzung der horizontalen Prinzipien,
- die Diskussion zur Verteilung der Fondsmittel,
- die Ex-ante-Evaluierung.

Konkret wurden Vertreter der o.g. Gruppen durch die Teilnahme an den Sitzungen des sogenannten „Begleitgremiums“ für die Programmaufstellung (vergleichbar mit dem Begleitausschuss für das laufende Programm) frühzeitig und umfassend in die Aktivitäten der Programmplanung für die künftige Förderperiode eingebunden. Insgesamt tagte das Begleitgremium seit Oktober 2012 bis heute sechs Mal. Im Rahmen der Sitzungen wurde zum Einen über den neuesten Sachstand zur Programmplanung informiert, zum Anderen wurde Raum für Nachfragen und Diskussionen zu strategischen und fachlichen Fragen der jeweils aktuellen Programmentwürfe eingeräumt. Im Vorlauf zu den ersten informellen Konsultationen des Programmentwurfs in Brüssel (Juni 2013) konnten die Partner auf einer Sitzung zudem aktiv Ihre Stellungnahmen zur Programmstruktur einbringen.

Im März / April 2013 wurden die Partner zusammen mit den fachlich jeweils betroffenen Ressorts außerdem zu sogenannten Vertiefungswerkstätten eingeladen, bei denen es vor allem darum ging, die bis dato in den Programmachsen geplanten Förderanmeldungen kritisch zu überprüfen, den Förderrahmen weiter zu konkretisieren und spezifische Ziele und Ergebnisindikatoren in den Prioritätsachsen zu entwickeln. Zudem fanden entsprechende Werkstätten mit den Partnern auch für die Entwicklung und Operationalisierung der drei Querschnittsziele (Nachhaltige Entwicklung, Chan-

cengleichheit, Gleichstellung von Frauen und Männern) des künftigen Programms statt.

Auch im Rahmen der strategischen Umweltprüfung (SUP) für das künftige EFRE-Programm sind - neben den fachlich betroffenen Behörden - die Umweltpartner an verschiedenen Stellen eingebunden gewesen, u.a. bei der Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping). Die Ergebnisse der SUP waren zudem Gegenstand der obligatorischen Öffentlichkeitsbeteiligung, im Zuge derer im März 2014 eine vierwöchige öffentliche Auslegung des Umweltberichtes und des zugrundeliegende EFRE-Programmplanungsdokuments vorgenommen wurde.

Die Standpunkte, Hinweise und Empfehlungen der Partner zur Programmplanung wurden - neben den dialogorientierten Beteiligungsformaten - auch in Form von schriftlichen Stellungnahmen zum Programmentwurf eingebracht. Sie wurden im Rahmen der Programmplanung intensiv diskutiert, reflektiert und an vielen Stellen auch berücksichtigt. In vielen Fällen dienen die Hinweise aber auch als Grundlage für den weiteren Umsetzungsprozess der Förderung. Für diesen besteht auch weiterhin die Möglichkeit, konstruktive Ideen und Anregungen einzubringen und das Programm mit Unterstützung der Partner bestmöglich auf die Handlungserfordernisse in der Region auszurichten.

Mit der Online-Umfrage „EFRE wills wissen“ hat die EFRE-Verwaltungsbehörde im Oktober 2012 zudem ein neues Format umgesetzt, um neben den zivilgesellschaftlich organisierten Gruppen auch die „breite“ Öffentlichkeit in die Programmplanung einzubeziehen. Ziel war es dabei in erster Linie, ein grobes Stimmungsbild einzufangen, welche potenziellen „EFRE-Themen und -inhalte“ den BürgerInnen in Bremen wichtig sind. Gleichzeitig sollte hierdurch die Sicht- und Wahrnehmbarkeit der EU-Strukturpolitik bei der Bevölkerung aktiv befördert werden. An der Umfrage beteiligten sich immerhin fast 500 Menschen aus „Bremen und umzu“. Die Ergebnisse der Online-Umfrage wurden mit dem Begleitgremium diskutiert und dienen im weiteren Verlauf der Programmplanung als Orientierungshilfe für die Aufstellung und Entwicklung der Programminhalte.

Die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner werden auch bei der Umsetzung, Überwachung und Evaluation des Programms weiterhin eng eingebunden. Hierzu wird sich ein neuer Begleitausschuss für das Programm nach der Genehmigung des Programms konstituieren, der die Aufgaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (Artikel 43) wahrnimmt.

Zu den Aufgaben des künftigen Begleitausschusses zählen, insbesondere

- die Prüfung der Durchführung des Programms inklusive der Bewertung der erreichten Fortschritte des Programms mit Blick auf die Finanzdaten und Zielsetzungen des Programms und der Programmteile;
- die Überprüfung der festgelegten Leistungsziele mit Blick auf die leistungsgebundene Reserve des Programms;
- die Untersuchung von Problemen bei der Umsetzung des Programms und daraus resultierenden Programmänderungen;
- die Möglichkeit Empfehlungen zur Durchführung des Programms auszusprechen und die Überwachung der daraus resultierenden ergriffenen Maßnahmen.

Mit Blick auf die Umsetzung der drei Querschnittsziele ist darüber hinaus geplant, im Verlauf der Förderperiode jährliche Arbeitstreffen zusammen mit Vertretern der Fachreferate und den Partnern durchzuführen. Bei diesen Treffen soll ein Rückblick auf die bewilligten Projekte und ihre im Monitoring dokumentierten Bewertungen hinsichtlich der Querschnittsziele vorgenommen werden. Die gemeinsame Reflexion der Erfahrungen und die Diskussion der Projektwirkungen soll bei den umsetzenden Stellen einen nachhaltigen Lernprozess ermöglichen, sowohl mit Blick auf die Projektgenese und das Projektdesign, als auch die Projektauswahl.

8 Koordination zwischen den Fonds, dem ELER und dem EMFF sowie anderen nationalen und Unionsfinanzierungsinstrumenten und mit der EIB

8.1 Übergreifende Koordinationsmechanismen

Die zuständigen Verwaltungsbehörden bzw. fondsverantwortlichen Stellen für die Umsetzung der vier ESIF-Programme im Land Bremen sind beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen angesiedelt. Dies ermöglicht eine enge Koordinierung und Bündelung aller vier ESIF-Programme unter einer einheitlichen Hausleitung. Für potentiell Begünstigte und andere der Umsetzung der Programme beteiligte Akteure und Stellen bietet es die Möglichkeit, in einem Haus die notwendigen Ansprechpartner schnell zu erreichen und notwendige Abstimmungen herbeizuführen.

In Bremen hat sich, als Land der „kurzen Wege“, eine enge Kooperation zwischen den europäischen Strukturfondsprogrammen etabliert. Mit Blick auf die Umsetzung der Programme und insbesondere das mögliche Zusammenwirken der Programme erfolgen fortlaufend hausinterne Abstimmungen der fondsverwaltenden Stellen/Verwaltungsbehörden beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen. Zu den genutzten übergreifenden Koordinierungsmechanismen gehört neben bedarfsbezogenen Besprechungen z.B. auch die gegenseitige Teilnahme der Verwaltungsbehörden an den Begleitausschusssitzungen der anderen Fonds. In der Erstellungsphase der OP fanden gemeinsame Strategieworkshops der Fondszuständigen des ESF, des EFRE und des EMFF statt, um frühzeitig Synergien und Arbeitsteilung zwischen den Fonds zu besprechen. Für die OP 2014-2020 sind regelmäßige Arbeitstreffen der Verwaltungsbehörden des ESF und des EFRE geplant, in denen auf Arbeitsebene über die Durchführung der OP berichtet und gemeinsame Ansätze koordiniert werden. Die europäischen Strukturfonds orientieren sich im Land Bremen zudem am Strukturkonzept 2020 als strategisches Dach aller Aktivitäten der bremischen Strukturpolitik. Eine gute Koordination und ein harmonisches Zusammenwirken der Fonds sind somit durch eine gemeinsame strategische Grundlage und verschiedene übergreifende Koordinierungsmechanismen gewährleistet.

8.2 Europäischer Sozialfonds (ESF)

EFRE und ESF weisen im Land Bremen eine bewährte Zusammenarbeit hinsichtlich der Themen Beschäftigung, regionale Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und integrierte Stadtentwicklung auf, die in der Förderperiode 2014-2020 fortgesetzt wird. Sowohl in der Programmplanung, als auch der Umsetzung erfolgt eine enge und kontinuierliche Abstimmung zwischen EFRE- und ESF-Verwaltungsbehörde.

Die Programme leisten zum Einen gemeinsame, arbeitsteilige Beiträge zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Unternehmen. Durch den ESF werden dazu Qualifizierungsmaßnahmen aus dem thematischen Ziel 10 „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“ gefördert, die das Qualifizierungsniveau der Beschäftigten sowie die Produktivität der Betriebe erhöhen und dabei die Chancen der Teilnehmer/-innen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Der EFRE unterstützt ergänzend aus dem thematischen Ziel 3 „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ beschäftigungsschaffende betriebliche Investitionen sowie Existenzgründungen. EFRE und ESF verfolgen über die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit das gemeinsame Ziel der Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Weiterhin bieten sich konzeptionelle Anknüpfungspunkte bei der auf die bremischen Cluster ausgerichteten Innovationsförderung des EFRE im Rahmen der Regionalen Innovationsstrategie und den darauf abgestimmten Qualifizierungsmaßnahmen aus dem ESF.

Gute Anknüpfungspunkte des EFRE zum ESF bestehen schließlich auch über die integrierten Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung in der Prioritätsachse 4 und das dort auf benachteiligte Stadtgebiete ausgerichtete Ziel der sozialen Eingliederung und Armutsbekämpfung. Hier ist im Rahmen der integrierten Entwicklungskonzepte (IEK) für die ausgewählten Stadtgebiete eine enge Koordinierung und gezielte Zusammenführung von Maßnahmen aus beiden Fonds vorgesehen. Die EFRE-Ansätze in der Prioritätsachse 4 und die ESF-Förderung unter der Investitionspriorität 11C „Aktive Eingliederung“ werden hier also im Sinne einer integrierten Strategie umgesetzt, um die Ressourcen in den geförderten Stadtteilen mit besonders starken Armuts- und Arbeitslosigkeitsproblemen nachhaltig zu stärken und die Themen lokale Ökonomien sowie Stärkung des lokalen Bildungsniveaus und der Beschäftigungsfähigkeit gemeinsam zu adressieren.

8.3 Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Als Zwei-Städte-Staat bestehen im Land Bremen für den ELER grundsätzlich im Vergleich zu Flächenländern geringere Förderbedarfe. Angesichts des Verwaltungsaufwands bei der Programmabwicklung kooperiert das Land Bremen vor diesem Hintergrund bei der Förderung des ländlichen Raums mit dem Land Niedersachsen. In der Förderperiode 2007-2013 wie auch in der Förderperiode 2014-2020 wird die ELER-Förderung über ein gemeinsames OP und gemeinsame Verwaltungsstrukturen für die Region Niedersachsen/Bremen abgewickelt. Zuständig für die Umsetzung des von Bremen und Niedersachsen gemeinsam erstellten ELER-Programms im Land Bremen ist Referat 32 in der Abteilung 3 beim SWAH.

Der Einsatz der Mittel des ELER erfolgt nahezu ausschließlich in den eher ländlich strukturierten Randbereichen der Stadt. Der EFRE hat demgegenüber eine starke Orientierung auf die nicht landwirtschaftlich genutzten, gewerblichen und dicht bebauten städtischen Siedlungsgebiete in Bremen und Bremerhaven. In der Regel stehen hier dicht besiedelte (z.B. benachteiligte) Stadtgebiete bzw. wirtschaftlich intensiv genutzte Gebiete im Vordergrund. Damit ergibt sich bereits über die räumliche Lage eine unterschiedliche Ausrichtung der Fondsmittel des ELER und des EFRE.

Ein Zusammenwirken der Mittel beider Fonds ist grundsätzlich vorstellbar, allerdings werden die Möglichkeiten hierfür aufgrund der eingangs beschriebenen räumlichen Trennung als sehr gering eingestuft.

8.4 Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

Die nachhaltige Entwicklung von Fischwirtschaftsgebieten, die über den EMFF unterstützt wird, ist ein Faktor für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Landes Bremen, welches Hafenstandort und in Bremerhaven wichtiger Stützpunkt der fischverarbeitenden Industrie ist. Das Land Bremen hat daher den Fischereihafen in Bremerhaven als Fischereiwirtschaftsgebiet benannt und konzentriert die Förderung aus dem EMFF in diesem Gebiet, das im Zuge des Strukturwandels von Arbeitsplatzverlusten stark betroffen war. Der EMFF leistet mit seinem branchenspezifischen Wirkungsansatz und seinen Maßnahmen zur Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit im Fischereihafen daher in Ergänzung zum EFRE und ESF lokal einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels und zur Beschäftigung.

Die beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen angesiedelte Fischereiverwaltung stimmt relevante Maßnahmen mit dem EFRE ab, so dass keine Überschneidungen der Fördermöglichkeiten entstehen.

8.5 Europäische Territoriale Zusammenarbeit

Die zentrale Verantwortung für die Umsetzung der ETZ-Programme liegt beim Senator Umwelt, Bau und Verkehr. Die EFRE-Verwaltungsbehörde steht insbesondere auch mit Blick auf die Berichterstattung zur Umsetzung des EFRE-Programms mit der „ETZ-Stelle“ im Austausch. Dort werden alle im Land durchgeführten ETZ-Programme und -Projekte erfasst und gemeinsam von EFRE-Verwaltungsbehörde und „ETZ-Stelle“ systematisch mit Blick auf mögliche Anknüpfungspunkte zur Förderung im Rahmen des EFRE-Programms ausgewertet. Sofern sich Anknüpfungspunkte bzw. Verbindungen ergeben, werden diese in der laufenden Berichterstattung zum EFRE-Programm aufgegriffen.

Ein besonderer Blick ist dabei auch auf die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Ostseeraum gerichtet, da das Land Bremen auch Teil des Kooperationsraums Ostsee ist und dieser gleichzeitig als erste makroregionale Strategie in der EU im Fokus steht.

8.6 Relevante nationale und EU-Finanzierungsinstrumente, EIB

Nationale Instrumente:

Als nationales Förderinstrument werden, komplementär zur Prioritätsachse 2 im EFRE, Mittel aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) eingesetzt. Schwerpunkt sind hier die Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturen und die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Zudem ist auf den komplementären Einsatz von Städtebaufördermitteln mit dem Einsatz von EFRE-Mitteln in der Prioritätsachse 4 zu verweisen.

Eine koordinierte Nutzung und Abwicklung zwischen den nationalen Fördermaßnahmen und dem EFRE ist durch administrative Vorkehrungen und Bestimmungen, z.B. Ausschlussklauseln o.ä. in den entsprechenden Förderrichtlinien, gewährleistet.

EU-Instrumente:

HORIZON2020: Ein wichtiges, zum EFRE kohärentes EU-Instrument ist - im Bereich Forschung und Entwicklung - das Programm Horizon 2020, im Rahmen dessen auch Akteure im Land Bremen Förderanträge stellen können. Über die verschiedenen Förderinstrumente in der Prioritätsachse 1 kann der EFRE die Voraussetzungen und Chancen für eine erfolgreiche Antragsstellung im Horizon-Programm verbessern und somit dazu beitragen, dass die Unternehmen und FuE-Akteure im Land Bremen zusätzliche FuE-Mittel einwerben können. Für Unternehmen können erfolgreich abgeschlossene FuE-Verbundprojekte im Rahmen des EFRE eine gute Voraussetzung darstellen, um später auch im Rahmen der komplexeren und größeren Horizon-Verbundprojekte zu partizipieren.

COSME: Ein weiteres relevantes EU-Instrument ist das COSME-Programm, mit dem - in Kohärenz zur Prioritätsachse 2 des EFRE-Programms – die Wettbewerbsfähigkeit von KMU verbessert werden soll. Im Fokus stehen hier v.a. weiche und auf die internationale Ebene ausgerichtete Instrumente wie Vernetzung, Beratung, Information etc., aber auch die Bereitstellung von Wagniskapital und Garantien zur Unternehmensfinanzierung. Zudem fördert COSME das Beratungsnetzwerk „Enterprise Europe Network“, das in Bremen über insgesamt drei Kontaktstellen verfügt.

LIFE / PAF: Sofern Projekte zu den Zielsetzungen des EFRE beitragen und sich in die Maßnahmen des OP EFRE einpassen, wird geprüft, ob das OP EFRE für integrierte Projekte zur Umsetzung von EU-Plänen und Strategien zu Themen wie z.B. Naturschutz, Luft und Klimaschutz im Sinne des LIFE-Programms Mittel bereitstellt.

Eine angemessene Berücksichtigung des Prioritären Aktionsrahmens im Land Bremen wird über die Maßnahmen aus dem ELER-Programm sichergestellt.

SET-Plan: Wo vorhanden und sinnvoll (z.B. in den Prioritätsachsen 1 und 3), werden im Rahmen der Programmumsetzung des OP EFRE Synergien zum Europäischen Strategieplan für Energietechnologien (SET-Plan) gesucht.

EIB:

Es sind zunächst keine Finanzierungsinstrumente mit Beteiligung der EIB vorgesehen.

9 Ex-ante-Konditionalitäten

9.1 Ex-ante-Konditionalitäten

Das EFRE-OP adressiert die thematischen Ziele 1, 3, 4 und 9. Es sind die thematischen Ex-ante-Konditionalitäten nach den Ziffern 1.1, 1.2 (beide regionale Innovationsstrategie), 3.1 (Unternehmergeist, Small Business Act), 4.1 (Energieeffizienz Gebäude) sowie 9.1 (nationales strategisches Gesamtkonzept zur Reduzierung der Armut) und 9.2 (nationales strategisches Gesamtkonzept zur Eingliederung der Roma) des Anhangs VI - Teil I der ESI-Verordnung relevant, wobei nur die Nummern 1.1 und 1.2 auf der Ebene des EFRE-Programms erfüllt werden müssen. Sie sind entsprechend in der nachstehenden Tabelle behandelt.

Auf Grundlage einer vorab durch die Europäische Kommission durchgeführten Voreinschätzung ist die Ex-Ante Konditionalität 1.1 bisher nur teilweise erfüllt. Das Monitoringsystem für die bremische Clusterstrategie und das Innovationsprogramm ist derzeit noch in der Entwicklung und eine Übersicht über den Ressourceneinsatz liegt noch nicht vor. Beide Aspekte werden jedoch im Laufe des Jahres 2014 entwickelt und bei der Europäischen Kommission nachgereicht.

Die RIS-3-Strategie des Landes Bremen basiert auf den Ergebnissen mehrerer Studien und Analysen, die in den zurückliegenden Jahren durchgeführt wurden. Vor diesem Hintergrund sieht das Land Bremen das Kriterium 2 als erfüllt an. Da diese Studien und Analysen als empirische Grundlage für die Strategie jedoch nicht in einem kohärenten Papier vorhanden sind, wird zusätzlich zu den erforderlichen Maßnahmen bzgl. der Kriterien 4 und 5 (Aktionsplan) eine Dokumentation der SWOT-Analyse vorgenommen und der KOM nachgeliefert (siehe Tabelle 48).

Die weiteren thematischen Ex-ante-Konditionalitäten sind auf Ebene des Mitgliedsstaats in der Partnerschaftsvereinbarung bearbeitet und sind auf der Grundlage der durchgeführten Bewertung erfüllt.

Darüber hinaus sind die allgemeinen Ex-ante-Konditionalitäten 1 bis 7 des Anhangs VI - Teil II relevant. Die allgemeinen Ex-ante-Konditionalitäten 1 bis 3 werden auf Ebene des Landes behandelt und werden auf Ebene des Bundes umgesetzt / erfüllt. Die allgemeinen Ex-ante-Konditionalitäten 4 bis 7 sind in der nachstehenden Tabelle bearbeitet und sind nach der durchgeführten Bewertung erfüllt.

Die Umsetzung der europäischen Vergaberichtlinien erfolgt hauptsächlich im Bundesrecht. Bei der Begründung ist ausgeführt werden, dass jeder öffentliche Auftraggeber und jeder an das Vergaberecht gebundene Zuwendungsempfänger zur Einhaltung des Vergaberechts des Bundes und des Landes verpflichtet ist. Es ist darzulegen, wie auf Landesebene die Einhaltung des EU-Vergaberechts sichergestellt werden soll, wie es im Übrigen für das EU-Beihilferecht, G5, in der Tabelle erfolgt.

Tabelle 47: Geltende Ex-ante-Konditionalitäten und Bewertung, ob diese erfüllt sind

Ex-ante-Konditionalität	Prioritätsachsen, für die die Konditionalität gilt	Ex-ante-Konditionalität erfüllt (ja/nein/teilweise)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
1.1. Forschung und Innovation: Mit einem nationalen oder regionalen strategischen Forschungs- und Innovationsgesamtkonzept für eine intelligente Spezialisierung, gegebenenfalls im Einklang mit dem Nationalen Reformprogramm, werden private Ausgaben für Forschung und Innovation mobilisiert.	1 Stärkung eines spezialisierten, unternehmensorientierten Innovationssystems	teilweise	<ul style="list-style-type: none"> – Es existiert ein nationales oder regionales strategisches Forschungs- und Innovationsgesamtkonzept für eine intelligente Spezialisierung, – das auf einer SWOT-Analyse oder ähnlichen Analyse beruht, damit die Ressourcen auf einige wenige Prioritäten für Forschung und Innovation konzentriert werden; – in dem auf Maßnahmen zur Anregung privater Investitionen in Forschung und technische Entwicklung (FTE) eingegangen wird; – das einen Kontrollmechanismus umfasst. – Ein Rahmen, der eine Übersicht über die für Forschung und Innovation verfügbaren Mittel bietet, ist angenommen worden. 	<p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>nein</p> <p>nein</p>	<p>Clusterstrategie 2020 (http://www.innovation.bremen.de/sixcms/media.php/13/Clusterstrategie2020%20FINAL.pdf)</p> <p>Innovationsprogramm 2020 (http://www.innovation.bremen.de/sixcms/media.php/13/Innovationsprogramm_2020_LO_W.pdf)</p>	HINWEIS: SFC-Version bei „Kriterien erfüllt“ abweichend
1.2 Ein mehrjähriger Plan, in dem Investitionen budgetiert und nach Priorität erfasst werden.	1 Stärkung eines spezialisierten, unternehmensorientierten Innovationssystems	ja	Der Mitgliedstaat hat einen mehrjährigen Plan angenommen, in dem Investitionen im Zusammenhang mit vorrangigen EU-Projekten (Europäisches Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen – ESFRI) im Haushalt nach Priorität erfasst werden.	ja	Siehe Partnerschaftsvereinbarung	-

Ex-ante-Konditionalität	Prioritätsachsen, für die die Konditionalität gilt	Ex-ante-Konditionalität erfüllt (ja/nein/teilweise)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
3.1. Für die Förderung des Unternehmergeistes unter Berücksichtigung des Small Business Act (SBA) wurden konkrete Maßnahmen durchgeführt.	2 Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur	ja	Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	ja	Siehe Partnerschaftsvereinbarung	
4.1. Es wurden Maßnahmen durchgeführt, um kosteneffiziente Verbesserungen der Endenergieeffizienz und kosteneffiziente Investitionen in Energieeffizienz beim Neubau oder bei der Renovierung von Gebäuden zu fördern.	3 Förderung CO ₂ -effizienter Wirtschafts- und Stadtstrukturen	ja	Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	ja	Siehe Partnerschaftsvereinbarung	
9.1. Verwirklichung eines nationalen strategischen Gesamtkonzepts zur Reduzierung der Armut, das – in Abstimmung mit den beschäftigungspolitischen Leitlinien – auf die aktive Eingliederung von aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen abzielt.	4 Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze	ja	Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	ja	Siehe Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	

Ex-ante-Konditionalität	Prioritätsachsen, für die die Konditionalität gilt	Ex-ante-Konditionalität erfüllt (ja/nein/teilweise)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
9.2. Ein nationales strategisches Gesamtkonzept zur Eingliederung der Roma liegt vor.	Für EFRE nicht relevant	-	-	-	Ausführungen: siehe Partnerschaftsvereinbarung	

Ex-ante Konditionalität	Erfüllt (ja/nein/teilweise)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug: (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
1 Antidiskriminierung	ja	Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	ja	Siehe Partnerschaftsvereinbarung	<p>Diskriminierungen jeglicher Art sind bei der Durchführung von EU-Projekten sind zu vermeiden.</p> <p>In der Freien Hansestadt Bremen gibt es eine Vielzahl von Anlauf- und Beratungsstellen, die Diskriminierungen zum Thema haben und Betroffene unterstützen, etwas dagegen zu unternehmen bzw. diesen entgegenzuwirken.</p>

Ex-ante Konditionalität	Erfüllt (ja/ nein/ teil- wei- se)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug: (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
					<p>Eine Übersicht der verfügbaren Angebote ist hier verfügbar: http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.25122.de</p> <p>Die verantwortlichen Stellen wurden im Rahmen der EFRE-Programmplanung eingebunden, siehe auch Kapitel 11</p>
2 Gleichstellung der Geschlechter	ja	Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	ja	Siehe Partnerschaftsvereinbarung	<p>Das EFRE-Programm soll im Rahmen der bewährten Doppelstrategie insbesondere mit einem im Programm verankerten Querschnittsziel, aber auch mit speziellen Ansätzen zur Verbesserung der Situation der Geschlechter durchgeführt werden.</p> <p>Die verantwortlichen Stellen wurden im Rahmen der EFRE-Programmplanung eingebunden, siehe auch Kapitel 11</p>
3 Menschen mit Behinderung	ja	Assessment im Rahmen der Partnerschaftsvereinbarung	ja	Siehe Partnerschaftsvereinbarung Bremische Gesetzgebung zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderung	<p>Bei der Umsetzung der bremischen EFRE-Projekte werden die Möglichkeiten zur Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen geprüft und soweit möglich und finanzierbar berücksichtigt.</p> <p>Die verantwortlichen Stellen wurden im Rahmen der EFRE-Programmplanung eingebunden, siehe auch Kapitel 11</p>

Ex-ante Konditionalität	Erfüllt (ja/ nein/ teil- wei- se)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug: (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
<p>4 Vergabe öffentlicher Aufträge</p> <p>Es werden Vorkehrungen für die effiziente Anwendung der Unionsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich der ESI-Fonds getroffen.</p>	ja	<p>–Vorkehrungen für die effiziente Anwendung der Unionsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge durch geeignete Mechanismen;</p> <p>–Vorkehrungen, die transparente Auftragsvergabeverfahren gewährleisten;</p> <p>–Vorkehrungen für die Ausbildung und Informationsverbreitung für die in die Inanspruchnahme der ESI-Fonds eingebundenen Mitarbeiter;</p> <p>–Vorkehrungen zur Sicherstellung der Verwaltungskapazitäten zur Umsetzung und Anwendung der Unionsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge.</p>	ja	<p>Siehe Partnerschaftsvereinbarung Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)</p> <p>Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung–VgV)</p> <p>Sektorenverordnung (SektVO)</p> <p>Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), für Bauleistungen (VOB) und Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) (Quelle: Bundesgesetzblatt bzw. Bundesanzeiger)</p> <p>Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), für Bauleistungen (VOB) (Quelle: Bundesanzeiger)</p>	<p>Jeder öffentliche Auftraggeber und jeder an das Vergaberecht gebundene Zuwendungsempfänger ist neben der Einhaltung der EU-weit geltenden Vorschriften, die in deutsches Vergaberecht umgesetzt sind, zur Einhaltung des sonstigen Vergaberechts des Bundes und des Landes Bremen verpflichtet.</p> <p>Für die Ausbildung und Informationsverbreitung kommen einheitliche Checklisten zur Anwendung, die regelmäßig überprüft und ggf. ergänzt werden.</p> <p>Zudem werden allgemeine und fachlich gezielte Fort- und Weiterbildungen für die betroffenen Mitarbeiter_innen im Vergaberecht angeboten.</p> <p>Zwei neue Stellen zum Beihilfe- und Vergaberecht sowie zum Thema Finanzkontrolle sind geschaffen worden. Eine Stelle wurde bereits besetzt.</p>
<p>5 Staatliche Beihilfen</p> <p>Es werden Vorkehrungen für die effiziente Anwendung der Unionsvorschriften über staatliche Beihilfen im Bereich der ESI-Fonds getroffen.</p>	ja	<p>–Vorkehrungen für die effiziente Anwendung der Unionsvorschriften über staatliche Beihilfen;</p> <p>–Vorkehrungen für die Ausbildung und Informationsverbreitung für die in die Inanspruchnahme der ESI-Fonds eingebundenen Mitarbeiter;</p>	ja	<p>Siehe Partnerschaftsvereinbarung</p>	<p>Die Anwendung und Einhaltung des EU-Beihilferechts als unmittelbar anwendbares Recht obliegt der jeweils ausführenden öffentlichen Stelle, die Beihilfen vergibt.</p> <p>Für Grundsatzfragen der EU-Beihilfenpolitik ist eine zentrale Stelle beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zuständig. Diese Stelle informiert über aktuelle Rechtsentwicklungen, berät die Fachressorts und -referate bei der Gestaltung von Förderprogrammen und bei Bedarf auch in komplexeren Einzelfallgestaltungen, führt bei Bedarf Schulungen durch und koordiniert auch</p>

Ex-ante Konditionalität	Erfüllt (ja/ nein/ teil- wei- se)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug: (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
		–Vorkehrungen zur Sicherstellung der Verwaltungskapazitäten zur Umsetzung und Anwendung der Unionsvorschriften über staatliche Beihilfen.			Notifizierungsverfahren sowie das Berichtswesen gegenüber der EU-KOM. Die Bremer-Aufbaubank (BAB) ist in den Verband der öffentlichen der öffentlichen Banken Deutschlands eingebunden, der ein eigenes Informationssystem, u.a. mit einem Schwerpunkt zum Beihilferecht, unterhält. Rechtliche Änderungen und andere Informationen zum Beihilferecht werden den Beteiligten des EFRE-Programms auf der Grundlage des Informationssystems des Bundes per Email mitgeteilt.
6 Umweltvorschriften im Zusammenhang mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und strategischer Umweltprüfung (SUP) Es werden Vorkehrungen für die effiziente Anwendung der Umweltvorschriften der EU	ja	–Vorkehrungen für die effiziente Anwendung der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ³⁵ (UVP) und der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ³⁶ (SUP); –Vorkehrungen für die Ausbildung und Informationsverbreitung für die in die Umsetzung der UVP-	ja	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 21.1.2013 (Quelle: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/uvpg/gesamt.pdf) Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung BremUVPG	EIA-Richtlinie und SEA-Richtlinie wurden durch das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Neufassung vom 24.02.2010, BGBl. I S. 94) in nationales Recht umgesetzt. Das Landesgesetz folgt grundsätzlich der Konzeption des UVPG des Bundes, um Auslegungsproblemen entgegenzuwirken und einen möglichst bundeseinheitlichen Vollzug zu gewährleisten. Das Bundesumweltministerium informiert regelmäßig auf seiner Homepage über aktuelle Ent-

35 Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1).

36 Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30).

Ex-ante Konditionalität	Erfüllt (ja/ nein/ teil- wei- se)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug: (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
im Zusammenhang mit UVP und SUP getroffen.		Richtlinie und der SUP-Richtlinie eingebundenen Mitarbeiter; –Vorkehrungen zur Gewährleistung ausreichender Verwaltungskapazitäten		Informationen und Downloads: http://www.bmu.de/themen/strategien-bilanzen-gesetze/umweltpruefungen-uvpsup/	wicklungen. Außerdem werden auf der Seite des BMU Leitfäden (z.B. zur SUP, zur Anwendung und Auslegung der UVP-Vorschriften sowie zur Vorprüfung des Einzelfalls etc.) zur Verfügung gestellt. Für das EFRE-OP Bremen wurde eine SUP durchgeführt. Der Umweltsenator ist als die für die Umwelt zuständige oberste Landesbehörde an den jeweiligen Verfahren beteiligt und steht anderen Landesministerien bei ressortübergreifenden Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung.
7 Statistische Systeme und Ergebnisindikatoren Es besteht eine für Bewertung benötigte statistische Grundlage, mit der Effizienz und Auswirkung der Programme bewertet werden können. Es ist ein System von Ergebnisindikatoren eingerichtet, das zur Auswahl der Maßnahmen, die am effektivsten zu den angestrebten	ja	–Für die zeitgerechte Sammlung und Aggregation statistischer Daten wurden folgende Vorkehrungen getroffen: –Es werden Quellen und Mechanismen zur Gewährleistung der statistischen Validierung aufgeführt; –Vorkehrungen in Bezug auf die Veröffentlichung und öffentliche Verfügbarkeit aggregierter Daten;	ja	Verwaltungs- und Kontrollsystem (VKS) des Operationellen Programms	Angaben zu Datenquellen und Erhebungsintervallen sind den Tabellen zu Indikatoren in Kapitel 2 des Operationellen Programms zu entnehmen. Im Rahmen der Ex-ante-Evaluation wurde die Erfüllung der nebenstehenden Kriterien und Anforderungen an Ergebnisindikatoren bestätigt.

Ex-ante Konditionalität	Erfüllt (ja/ nein/ teil- wei- se)	Kriterien	Kriterien erfüllt (ja/nein)	Bezug: (Verweis auf Strategien, Rechtsakte oder andere relevante Dokumente, einschließlich der jeweils relevanten Abschnitte, Artikel oder Absätze, sowie Hyperlinks oder Zugang zum Volltext)	Erläuterung
Ergebnissen beitragen, zur Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der angestrebten Ergebnisse und zur Durchführung einer Folgenbewertung benötigt wird.		<p>–Ein effizientes System von Ergebnisindikatoren umfasst Folgendes:</p> <p>–die Auswahl von Ergebnisindikatoren für jedes Programm, die darüber Aufschluss geben, wodurch die Auswahl der durch das Programm finanzierten Maßnahmen gerechtfertigt ist;</p> <p>–die Festlegung von Zielen für diese Indikatoren;</p> <p>–die Übereinstimmung eines jeden einzelnen Indikators mit den folgenden Anforderungen: Belastbarkeit und statistische Validierung, klare normative Interpretation, einer Reaktion auf politische Gegebenheiten und eine zeitgerechte Erfassung von Daten;</p> <p>–Verfahren, durch die sichergestellt wird, dass bei allen durch das Programm finanzierten Vorhaben ein effizientes System von Indikatoren zur Anwendung kommt.</p>	ja	Dokumentation zum Indikatorensystem des Operationellen Programms	

9.2 Beschreibung der Maßnahmen zur Erfüllung der Ex-ante-Konditionalitäten, zuständige Stellen und Zeitplan

Auf Grundlage einer vorab durch die Europäische Kommission durchgeführten Vor-einschätzung ist die thematische Ex-Ante Konditionalität T.01.1 bisher nur teilweise erfüllt.

Das Monitoringsystem (Kriterium 4) für die bremische Clusterstrategie und das Innovationsprogramm als RIS-3-Strategie ist derzeit noch in der Entwicklung und eine Übersicht über den Ressourceneinsatz (Kriterium 5) liegt noch nicht vor.

Beide Aspekte werden im Laufe des Jahres 2014 entwickelt und bei der Europäischen Kommission nachgereicht (Aktionsplan, siehe folgende Tabelle). Zudem wird die „Dokumentation der SWOT-Analyse“ in den Aktionsplan aufgenommen.

Tabelle 48: Maßnahmen zur Erfüllung der geltenden thematischen Ex-ante-Konditionalitäten

Thematische Ex-ante-Konditionalität	Kriterien nicht erfüllt	Erforderliche Maßnahmen	Frist (Datum)	Zuständige Stellen
T.01.1	Kriterium 4: Monitoring Mechanismus	<p>Erarbeitung eines Evaluierungs- und Monitoringsystems für die RIS durch das Fachreferat und einen extern beauftragten Dienstleister.</p> <p>Das Monitoring der RIS orientiert sich an den im Rahmen des Innovationsprogramms 2020 und der Clusterstrategie 2020 definierten Zielen.</p> <p>Neben themenfeldübergreifenden Oberzielen, sind das auch themenfeldspezifische Ziele. Einzelnen Zielen (insb. themenfeldübergreifende Oberziele) werden quantitative Ergebnisindikatoren zugeordnet.</p> <p>Diese Indikatoren sind möglichst ohne aufwendige Sonderauswertungen o.ä. in Zeitreihen verfügbar. Hauptquellen sind hier die amtliche Statistik, ZEW, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (z.B. FuE Ausgaben/ BIP; FuE-Ausgaben bremischer Unternehmen; Anzahl High-Tech Unternehmen, FuE Beschäftigte, Patentanmeldungen etc.)</p> <p>Parallel dazu werden für die RIS auch Outputindikatoren bzgl. der umgesetzten</p>	30.01. 2015	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen; Referat Innovation, Technologietransfer, Clusterpolitik

Thematische Ex-ante-Konditionalität	Kriterien nicht erfüllt	Erforderliche Maßnahmen	Frist (Datum)	Zuständige Stellen
		<p>Fördermaßnahmen definiert. Diese sollten die im Rahmen des EFRE-Programms definierten Outputindikatoren der Prioritätsachse 1 umfassen. Diese könnten dann um den Output aus nicht EFRE-finanzierten RIS-Aktivitäten ergänzt werden, um so ein ganzheitliches Bild der umgesetzten Aktivitäten zu erhalten.</p> <p>Ein Monitoringbericht für die RIS soll alle 2 Jahre erstellt werden. Eine erste Zwischenevaluierung soll 2017/ 2018 erfolgen, da das auch für das EFRE Programm insgesamt einen wichtigen Meilenstein beinhaltet (Entscheidung der KOM über Freigabe der sog. Leistungsgebundenen Reserve). Eine Abschlussevaluierung soll dann nach 2020 erfolgen. Die Evaluierungen sollen durch einen externen Dienstleister erfolgen.</p>		
T.01.1	Kriterium 5: Übersicht über den Ressourceneinsatz	Entwicklung einer Übersicht mit den geplanten Kernmaßnahmen / Instrumenten (inkl. EFRE-Förderung), einschl. einer Budgetplanung im Sinne einer mittelfristigen indikativen Finanzplanung.	30.01.2015	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen; Referat Innovation, Technologietransfer, Clusterpolitik
T.01.1		Dokumentation der SWOT-Analyse: Zusammenfassung und Dokumentation der verschiedenen Studien und Analysen zu Stärken, Schwächen und regionalen Spezialisierungen in den bremischen Kompetenzfeldern und Clustern, mit besonderem Fokus auf die Herleitung der Schwerpunkte des Innovationsprogramms und der Clusterstrategie	30.01.2015	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen; Referat Innovation, Technologietransfer, Clusterpolitik

10 Bürokratieabbau für die Begünstigten

Der administrative Aufwand für die Zuwendungsempfänger und auch für die beteiligten Verwaltungsstellen und sonstigen Akteure soll insbesondere durch die Einführung eines Systems zur möglichst weitgehenden elektronischen Abwicklung vereinfacht werden. Die Verordnungen geben die Einführung eines Systems zur elektronischen Abwicklung unter dem Stichwort e-Cohesion verbindlich bis zum 31.12.2015 vor. Für die Begünstigten wird dabei insbesondere die Möglichkeit der Online-Antragstellung sowie der Datenübermittlung über ein Online-Portal von besonderer Bedeutung sein.

Eine Vereinfachung für die Zuwendungsempfänger soll auch dadurch erreicht werden, dass die Zahl der zwischengeschalteten Stellen gegenüber der heutigen Förderperiode verringert wird. Diese nehmen wichtige Beratungsfunktionen für die (potentiellen) Antragsteller und Zuwendungsempfänger wahr. Die Zahl der Anlaufstellen für die einzelnen Programmteile soll dabei auf ein unbedingt notwendiges Maß reduziert werden.

Der EFRE-Fördersatz soll darüber hinaus im Programm möglichst einheitlich für alle Programmteile auf 50 % festgelegt werden. Auch dies dürfte mit Blick auf die Zuwendungsempfänger eine wesentliche Vereinfachung darstellen. Zudem wird damit auch der Arbeit der zwischengeschalteten Stellen und aller sonstigen beteiligten Akteure vereinfacht. Aus Sicht des Zuwendungsempfängers soll dabei insbesondere versucht werden, das für die Abrechnung gegenüber Brüssel notwendige Projekt- bzw. Ausgabenvolumen, das detailliert auf der Basis von Rechnungen und Ausgabenbelegen nachzuweisen ist, auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren. Im Regelfall wird damit nur das zur Abforderung der EFRE-Mittel notwendige Ausgabenvolumen erfasst. Die Erfassung der finanziellen Projektdaten, die Grundlage für die Überprüfung durch die Prüfbehörde, Bescheinigungsbehörde, Verwaltungsbehörde und zwischengeschalteten Stellen ist, kann sich damit ggf. auf den Zuschuss inklusive der notwendigen Kofinanzierung beschränken. Damit kann unter Umständen der Melde- und Dokumentationsaufwand der Zuwendungsempfänger bzw. Begünstigten auf ein notwendiges Mindestmaß beschränkt und zudem auch der Prüfungsaufwand insbesondere der Prüfbehörde erheblich reduziert werden, da sich auch die Summe der zu prüfenden Ausgaben reduziert. Es wird des Weiteren angestrebt, im Rahmen der EFRE-Förderung verstärkt von Pauschalen Gebrauch zu machen.

11 Bereichsübergreifende Grundsätze

11.1 Nachhaltige Entwicklung

Das EFRE-OP 2014-2020 unterstützt, übereinstimmend mit den Zielen der Europa-2020-Strategie, der aktuellen Koalitionsvereinbarung der Landesregierung und des Klimaschutz- und Energieprogramms 2020 eine nachhaltige Entwicklung. Übereinstimmend mit den Vorgaben der Europäischen Kommission wird der Begriff der nachhaltigen Entwicklung im EFRE auf die ökologische Dimension und somit die umweltgerechte Entwicklung zugespitzt.

Direkte Beiträge zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung

Zentrale Säule für die nachhaltigkeitsorientierte Dimension der EFRE-Förderung ist das TZ 4. Das Land unterstützt hier verschiedene Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz, CO₂-Reduktion und erneuerbare Energien. Dafür werden 20 % des EFRE-Programmvolumens verwendet. Fördermaßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen haben dabei auch positive Wirkungen in Bezug auf die Luftqualität, insbesondere Feinstaub und NO₂.

Darüber hinaus setzt das Land Bremen mit dem TZ 1 nachhaltigkeitsorientierte Maßnahmen im Innovationsbereich um. Hier sind die Programme AUF und PFAU zu nennen, die auf Innovationen sowohl zur Energie- und Ressourceneffizienz als auch zur geringeren Belastung der Umweltmedien (Abwasser, Luftverschmutzung) zielen. Zudem werden durch themenoffene Innovationsmaßnahmen voraussichtlich einzelne Projekte mit einem direkten Beitrag gefördert, z.B. FuE-Infrastrukturen oder Netzwerke im Bereich der erneuerbaren Energien.

Auch im Bereich der betrieblichen Förderung unter dem TZ 3 kann mit Projekten gerechnet werden, die z.B. durch die Verbesserung der Produktionsprozesse zu einem effizienteren Energie- und Ressourceneinsatz beitragen oder die Gründung eines GreenTech-Unternehmens unterstützen.

Mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung zu nennen ist schlussendlich auch der Förderrahmen, den das EFRE-Programm im TZ 9 vorgibt. Durch die Stärkung innerstädtische Quartiere und Gemengelagen wird die Innenentwicklung der Städte Bremen und Bremerhaven als stadtentwicklungspolitisches Ziel und als Instrument zur Reduzierung des Flächenverbrauchs unterstützt. Durch die Fördermöglichkeiten im

Bereich der grünen Infrastrukturen können hier zudem direkte Wirkungsbezüge zur Anpassung der Stadtstrukturen an den Klimawandel hergestellt werden.

Umsetzung der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung als Querschnittsziel

Neben der unmittelbaren Unterstützung wird die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch die Verankerung als Querschnittsziel im EFRE-Programm realisiert. Durch die folgenden Genehmigungs-, Prüf und Auswahlverfahren wird für die Umsetzung des horizontalen Prinzips gesorgt:

- Für das OP wird im Zuge der Ex-Ante-Analyse eine strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt, die dazu dient, potenzielle Umweltwirkungen auf einer übergeordneten Ebene vorzeitig abzuschätzen, bei etwaigen Fehlentwicklungen frühzeitig gegenzusteuern und für die Umsetzung ein Set an umweltspezifischen Indikatoren zu entwickeln.
- Im Rahmen der Projektauswahl werden die eingereichten Projektvorschläge anhand von Auswahlkriterien mit Bezug zu Umweltwirkungen bewertet. Dies trägt zu einer Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung bei den Antragstellenden bei. Bei ansonsten gleicher Eignung sind die Anträge mit besserer Umweltwirkung vorrangig zu bewilligen.
- Die im Zuge der Projektauswahl dokumentierten Bewertungen sowie die im Zuge der Umsetzung erhobenen umweltspezifischen Indikatoren gehen für die bewilligten Projekte in das Monitoring ein. Die Verwaltungsbehörde berichtet auf dieser Datengrundlage in den Durchführungsberichten über die Umsetzung des Querschnittsziels. Die Daten können ebenfalls für programmbegleitende Evaluationen verwendet werden.

Die Gewährleistung des Querschnittsziels wird zudem durch die folgenden Beteiligungsverfahren erreicht:

- In die inhaltliche Vorbereitung und den strategischen Programmplanungsprozess des OP waren die Umweltpartner über den Gesamtverband Natur- und Umweltschutz Unterweser e.V. (GNUU) im EFRE-Begleitgremium aktiv eingebunden. Der Vertreter des GNUU nahm an den Sitzungen des Begleitgremiums sowie Programmplanungswerkstätten und Arbeitsgesprächen zum Querschnittsziel teil. In verschiedenen Workshops zur inhaltlichen Ausgestal-

tung der Prioritätsachsen lieferten die Umweltpartner aktive Beiträge zur Programmplanung.

- Die Umweltpartner werden zudem während der Umsetzung des Programms im EFRE-Monitoringausschuss vertreten sein, um sicherzustellen, dass die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung auch in der Implementierungsphase kontinuierlich beachtet werden.
- Darüber hinaus ist geplant, im Zuge der Umsetzung der Förderung jährliche Arbeitstreffen zusammen mit Vertretern der Zwischengeschalteten Stellen und den Partnern durchzuführen. Bei diesen Treffen wird ein Rückblick auf die bewilligten Projekte und ihre im Monitoring dokumentierten Bewertungen hinsichtlich der Querschnittsziele vorgenommen. Die gemeinsame Reflexion der Erfahrungen und die Diskussion der Projektwirkungen soll bei den umsetzenden Stellen einen nachhaltigen Lernprozess ermöglichen, sowohl mit Blick auf die Projektgenese und das Projektdesign, als auch die Projektauswahl.
- Zu Beginn der Förderperiode soll außerdem ein Workshop zur Sensibilisierung der bewilligenden/zwischengeschalteten Stellen für die Belange der Querschnittsziele durchgeführt werden.

Die beschriebenen Vorkehrungen gewährleisten, dass mögliche negative Umweltwirkungen, die bei einzelnen Maßnahmen und Projekten nicht vollständig ausgeschlossen werden können, weitestgehend vermieden und gleichzeitig positive Effekte des OP für eine nachhaltige Entwicklung genutzt und verstärkt werden. Die Förderung erfolgt im Einklang mit den in der Partnerschaftsvereinbarung festgelegten Anforderungen und den Umweltpolitiken der Europäischen Union.

11.2 Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung

Während der Vorbereitung und Durchführung des EFRE-OP 2014-2020, insbesondere in Bezug auf den Zugang zum Programm, wird jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung vermieden. Insbesondere die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung wird bei der gesamten Vorbereitung und Umsetzung der Programme berücksichtigt. Die Grundsätze der Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung sind im gesamten Programm verankert und durch das bundesweit geltende Allgemeine Gleichstellungsgesetz abgesichert. Eine übergreifende Darstellung des Prinzips der Chancengleichheit und

Nicht-Diskriminierung sowie allgemeine Ausführungen zur Umsetzung in Deutschland sind auch in der Partnerschaftsvereinbarung zu finden.

Direkte Beiträge zur Förderung von Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung

Aufgrund der EFRE-spezifischen Maßnahmen- und Projekttypen, ist für den überwiegenden Teil der Projekte nur ein mittelbarer Bezug zur Förderung von Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung zu erwarten. Eine Möglichkeit für direkte Anknüpfungspunkte besteht jedoch z.B. bei infrastrukturellen Vorhaben des EFRE-Programms. Durch eine barrierefreie Ausgestaltung wird Menschen mit Behinderung der Zugang zu den geförderten Infrastrukturen erleichtert. Der Abbau von Benachteiligungen, die Gewährleistung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Ermöglichung einer selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderung sind ein wichtiges Anliegen des Landes, das durch das Bremische Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung abgesichert ist. Auch bei städtebaulichen Projekten bestehen direkte Anknüpfungspunkte zur Förderung von Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung. Stadtentwicklungsprojekte können bspw. Begegnungsmöglichkeiten für Menschen unterschiedlicher Altersgruppen sowie ethnischer und religiöser Hintergründen schaffen und dazu beitragen, die gesellschaftliche Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen zu stärken.

Umsetzung der Förderung von Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung als Querschnittsziel

Die Förderung der Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung wird auch durch die Verankerung auf der Zielebene als Querschnittsziel im EFRE-Programm realisiert. Die mit dem OP verbundenen Verfahren sorgen für die Umsetzung des horizontalen Prinzips.

- Im Zuge einer ressortübergreifenden Abfrage zur EFRE-Programmplanung musste von den Fachreferaten für alle Anmeldungen dargestellt werden, welche Wirkungsbezüge zu den drei Querschnittszielen zu erwarten sind (Ex-Ante Impact Assessment).
- Im Rahmen der Projektauswahl der Maßnahmen des EFRE-Programms werden die eingereichten Projektvorschläge anhand von Auswahlkriterien mit Bezug zum Querschnittsziel Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung bewertet. Dies trägt zu einer Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung bei den Antragstellenden bei. Bei ansonsten gleicher Eignung sind die Anträge mit stärkerer Berücksichtigung des Querschnittsziels vorrangig zu bewilligen.

- Die im Zuge der Projektauswahl dokumentierten Bewertungen gehen für die bewilligten Projekte in das Monitoring ein. Die Verwaltungsbehörde berichtet auf dieser Datengrundlage in den Durchführungsberichten über die Umsetzung des Querschnittsziels. Die Daten können ebenfalls für programmbegleitende Evaluationen verwendet werden.

Die Gewährleistung des Querschnittsziels wird zudem durch die folgenden Beteiligungsverfahren erreicht:

- In die inhaltliche Vorbereitung und den strategischen Programmplanungsprozess des OP waren die Sozialpartner und der Landesbehindertenbeauftragte im EFRE-Begleitgremium aktiv eingebunden. Die Vertreter nahmen an den regelmäßigen Sitzungen des Begleitgremiums sowie Programmplanungsworkstätten und Arbeitsgesprächen zum Querschnittsziel teil.
- Die oben genannten Partner werden zudem während der Umsetzung des Programms im EFRE-Monitoringausschuss vertreten sein, um sicherzustellen, dass das Prinzip der Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung auch in der Implementierungsphase kontinuierlich beachtet wird.
- Darüber hinaus ist geplant, im Verlauf der Förderperiode jährliche Arbeitstreffen zusammen mit Vertretern der Zwischengeschalteten Stellen und den Partnern durchzuführen. Bei diesen Treffen wird ein Rückblick auf die bewilligten Projekte und ihre im Monitoring dokumentierten Bewertungen hinsichtlich der Querschnittsziele vorgenommen. Die gemeinsame Reflexion der Erfahrungen und die Diskussion der Projektwirkungen soll bei den umsetzenden Stellen einen nachhaltigen Lernprozess ermöglichen, sowohl mit Blick auf die Projektgenese und das Projektdesign, als auch die Projektauswahl.
- Zu Beginn der Förderperiode soll außerdem ein Workshop zur Sensibilisierung der bewilligenden/zwischengeschalteten Stellen für die Belange der Querschnittsziele durchgeführt werden.

11.3 Gleichstellung von Männern und Frauen

Das Thema „Gleichstellung von Männern und Frauen“ wird durch das OP als spezieller Aspekt der Chancengleichheit aufgegriffen. Wie bereits beschrieben, ist jede Form der Diskriminierung im Rahmen des OP untersagt. Eine übergreifende Darstellung des Prinzips der Gleichstellung ist auch in der Partnerschaftsvereinbarung zu

finden. Aufgrund der Art der Maßnahmen des OP ist für den überwiegenden Teil der Projekte nur ein mittelbarer Beitrag zur Förderung der Gleichstellung zu erwarten. Ein gleichberechtigter Zugang wird über alle Maßnahmen hinweg sichergestellt.

Direkte Beiträge zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen

In einigen Maßnahmen des OP wird ein direkter Beitrag zur Förderung der Gleichstellung geleistet oder gezielt genderrelevante Aspekte adressiert.

Hier kann z.B. die Clusterförderung genannt werden, die auch Ansätze fördert, die den Zugang von Frauen zu einer Beschäftigung in den bremischen Clustern verbessern. Für und mit Unternehmen aus den beschäftigungsmäßig v.a. männerdominierten Clustern werden „Werkzeugkoffer“ erarbeitet, die eine gezielte Ansprache und Bindung von Frauen ermöglichen. Auf diese Weise soll ein aktiver Beitrag zum Abbau der geschlechtsspezifischen horizontalen und vertikalen Segregation auf dem Arbeitsmarkt geleistet werden.

In weiteren Programmbereichen werden Anreize für eine besondere Berücksichtigung genderrelevanter Aspekte gesetzt. Im Programm AUF und ggf. PFAU wird z.B. ein genderspezifisches Beratungsformat angeboten. Bei besonders genderrelevanten Projekten ist zusätzlich ein „Gender-Teilprojekt“ möglich, d.h. die Projektnehmer werden bei der Berücksichtigung von Gender-Aspekten durch eine unabhängige Stelle begleitet und es wird zusätzliches Geld zur Umsetzung der Gender-Aktivitäten bewilligt.

Bei der Förderung von betrieblichen Investitionen besteht z.B. die Option, für die gezielte Schaffung von neuen Dauerarbeitsplätzen für Frauen bessere Förderkonditionen zu erhalten.

Im Innovationsbereich sind die Zuwendungsempfänger angehalten, bei gleicher Eignung Frauen bevorzugt einzustellen, um den unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in Wissenschaft und FuE zu erhöhen. Bei der Förderung der anwendungsnahen FuE-Einrichtungen verfügen die Zuwendungsempfänger über ausgearbeitete Genderstrategien.

Bei städtebaulichen Vorhaben werden die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse der Geschlechter in der Planung und Umsetzung berücksichtigt.

Umsetzung der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen als Querschnittsziel

Die Förderung der Gleichstellung erfolgt auch durch die Verankerung als Querschnittsziel im OP. Die folgenden Verfahren sorgen für die Umsetzung des horizontalen Prinzips.

- Im Zuge einer ressortübergreifenden Abfrage zur EFRE-Programmplanung musste von den Fachreferaten für alle Anmeldungen dargestellt werden, welche Wirkungsbezüge zu den drei Querschnittszielen zu erwarten sind (Ex-Ante Impact Assessment).
- Im Rahmen des Verfahrens zur Projektauswahl werden die eingereichten Projektvorschläge anhand von Auswahlkriterien mit Bezug zum Querschnittsziel bewertet. Dies trägt zu einer Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung bei den Antragstellenden bei. Bei ansonsten gleicher Eignung sind die Anträge mit stärkerer Berücksichtigung des Querschnittsziels vorrangig zu bewilligen.
- Die im Zuge der Projektauswahl dokumentierten Bewertungen gehen für die bewilligten Projekte in das Monitoring ein. Gleichzeitig wird im Monitoring bei der Erhebung der direkt durch das Projekt geschaffenen Arbeitsplätze das Geschlecht der Arbeitskräfte dokumentiert. Die Verwaltungsbehörde berichtet auf dieser Datengrundlage in den Durchführungsberichten über die Umsetzung des Querschnittsziels. Die Daten können ebenfalls für programmbegleitende Evaluationen verwendet werden.

Die Gewährleistung des Querschnittsziels wird zudem durch die folgenden Beteiligungsverfahren erreicht:

- In die inhaltliche Vorbereitung und den strategischen Programmplanungsprozess des OP waren die Sozialpartner über den Bremer Frauenausschuss und die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) im Begleitgremium aktiv eingebunden. Die o.g. Vertreter nahmen an den Sitzungen des Begleitgremiums sowie Programmplanungswerkstätten und Arbeitsgesprächen zum Querschnittsziel teil. In verschiedenen Workshops zur inhaltlichen Ausgestaltung der Prioritätsachsen lieferten die Partner aktive Beiträge.

- Die Partner werden zudem während der Umsetzung des OP im Monitoringausschuss vertreten sein, um sicherzustellen, dass das Prinzip der Gleichstellung kontinuierlich beachtet wird.
- Darüber hinaus ist geplant, im Verlauf der Förderperiode jährliche Arbeitstreffen zusammen mit Vertretern der Zwischengeschalteten Stellen und den Partnern durchzuführen. Bei diesen Treffen wird ein Rückblick auf die bewilligten Projekte und ihre im Monitoring dokumentierten Bewertungen hinsichtlich der Querschnittsziele vorgenommen. Die gemeinsame Reflexion der Erfahrungen und die Diskussion der Projektwirkungen soll bei den umsetzenden Stellen einen nachhaltigen Lernprozess ermöglichen, sowohl mit Blick auf die Projektgenese und das Projektdesign, als auch die Projektauswahl.
- Zu Beginn der Förderperiode soll außerdem ein Workshop zur Sensibilisierung der bewilligenden/zwischengeschalteten Stellen für die Belange der Querschnittsziele durchgeführt werden.

12 Andere Bestandteile

12.1 Liste der geplanten Großprojekte

Für Bremen nicht relevant.

12.2 Leistungsrahmen des Operationellen Programms

Prioritätsachse	Fonds	Regionenkategorie	Indikator oder wichtiger Durchführungsschritt	Einheit für die Messung (ggf.)	Etappenziel für 2018	Endziel (2023)
1	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zuschussfähige Auszahlungen	Euro	23.700.000	102.700.498
1	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zahl der Forscher/-innen, die in verbesserten Forschungsinfrastruktureinrichtungen arbeiten (GI)	Forscher	11	410
1	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zahl der Unternehmen, die bei der Einführung von Produkten unterstützt werden, die für das Unternehmen neu sind (GI)	Unternehmen	25	68
2	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zuschussfähige Auszahlungen	Euro	6.000.000	27.760.200
2	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zahl der Unternehmen, die Unterstützung erhalten	Unternehmen	52	125
2	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zahl der unterstützen wissens- und technologieorientierten Neugründungen	Gründungen	41	76
3	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zuschussfähige Auszahlungen	Euro	5.900.000	39.560.200
3	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zahl der zur betrieblichen CO ₂ -Minderung beratenden Unternehmen (PS)	Unternehmen	107	238

4	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zuschussfähige Auszahlungen	Euro	8.400.000	27.780.098
4	EFRE	Stärker entwickelte Regionen	Zahl der unterstützten investiven Projekte im Rahmen der Integrierten Entwicklungskonzepte (PS) KIS 2018: Zahl der Infrastrukturprojekte, in denen eine politische Beschlussfassung vorliegt, die die Finanzierung und Umsetzung des Projektes sicherstellt	Projekte	0 2	8 8

12.3 Relevante Partner, die in die Erstellung des Programms eingebunden sind

Eingebundene Partner/Institutionen
Arbeitnehmerkammer Bremen
ASU – Die Familienunternehmer
Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB)
Bremer Frauenausschuss e. V.
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Standortentwicklung mbH (BIS)
Bremische Bürgerschaft
Bremische Bürgerschaft - Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
Bremische Bürgerschaft - Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
Bremische Bürgerschaft - Haushalts- und Finanzausschuss
Bremische Bürgerschaft - Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
Bremische Bürgerschaft - Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Bremische Bürgerschaft - Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung
Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Der Landesbehindertenbeauftragte der Freien Hansestadt Bremen
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen
Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - Bescheinigungsbehörde
Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - Prüfbehörde
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Region Bremen
Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa

Eingebundene Partner/Institutionen
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen der Freien Hansestadt Bremen
Die Unternehmensverbände im Land Bremen e.V.
Europäische Kommission - Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
EuropaPunktBremen - Europe-Direct-Informationszentrum
Fondsverwaltung ELER Bremen
Fondsverwaltung EMFF Bremen
Fondsverwaltungen / Verwaltungsbehörden deutscher EFRE-Programme
Fondsverwaltung / Verwaltungsbehörde ESF Bremen
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.
GEFRA GbR - Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen
Gesamtverband Natur- und Umweltschutz Unterweser e.V. (GNUU)
Handelskammer Bremen
Handwerkskammer/Handwerkerschaft Bremen
Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Institut Arbeit und Wirtschaft an der Universität Bremen
Koordinierungsstelle für die Europäischen Territoriale Zusammenarbeit im Land Bremen
Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde
Magistrat der Stadt Bremerhaven
Prognos AG
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB)

**Der Senator für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Weitere Informationen im Internet unter:

www.efre-bremen.de